

## Editorial

Es ist Krieg in Europa und vom Río Bravo bis Feuerland spürt man den Donner der Kanonen. Auf dem Subkontinent, wo man die letzten 200 Jahre beim Schlagwort imperialistische Aggression automatisch an die Interventionen der USA denken musste, fällt es schwer, den Angriffskrieg in der Ukraine politisch einzuordnen. Angesichts der unbestreitbaren geostrategischen Interessen Washingtons am Rande Europas neigen viele dazu, den wirklichen Aggressor im Weißen Haus zu suchen. Das umso mehr, als die Propagandamedien des Kremls in Lateinamerika ihr Zielpublikum auf der Linken finden, wo Meldungen über die Missetaten der USA auf fruchtbaren Boden fallen.

Klar auf der Seite Putins stehen allerdings nur jene Regierungen, die seit den Zeiten der Sowjetunion enge Beziehungen nach Moskau pflegen, oder jene, die in die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland und China geraten sind. Die meisten Regierungen ziehen sich einfach auf das geheiligte Prinzip der Nichteinmischung zurück und enthalten sich bei Resolutionen gegen Russ-

land in den Vereinten Nationen der Stimme. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Position der neuen progressiven Regierung von Chile, die nicht reflexartig den Gegner der USA favorisiert, sondern den wahren Kriegstreiber benennt. Man kann darin einen Reifeprozess der Linken erkennen.

Kurioserweise ermöglicht die durch die blutige Intervention ausgelöste Krise eine Annäherung zwischen den USA und Venezuela, das als Erdöllieferant an Gewicht gewinnt. Vor allem wirtschaftlich spüren alle lateinamerikanischen Nationen den Krieg. Die Exporteure fossiler Brennstoffe profitieren, die großen Mehrheiten leiden aber unter dem Preisauftrieb. In den schon durch zwei Jahre Pandemie gebeutelten Gesellschaften sammelt sich dadurch zusätzlicher sozialer Sprengstoff. Der könnte auch – ein Jahr nach den wochenlangen Straßenprotesten in Kolumbien – am 29. Mai eine politische Wende in einem der konservativsten Länder Südamerikas begünstigen.

Ralf Leonhard

## Inhalt

### IM SCHATTEN DES KRIEGES

- 4 Linke uneinig zur russischen Invasion  
Von Raúl Zibechi
- 6 Putins Propagandisten in Lateinamerika  
Von Ralf Leonhard
- 7 Der Konflikt in der Ukraine und Venezuela  
Von Gustavo Márquez Marín
- 9 Brasilien: Erfolglose Offensive zur Ausbeutung indigener Gebiete  
Von René Kuppe
- 10 Für einen Wandel in der US-Außenpolitik  
Von Brett J. Kyle und Andrew G. Reiter

### AKTUELLES & ANALYSE

- 13 Einsatz gegen Waffengewalt in Mexiko  
Von Hermann Klosius
- 15 Halbzeittest für López Obrador  
Von Kristina Pirker, Mexiko
- 16 El Salvador: Casino-Kapitalismus in den Tropen  
Von Christian Ambrosius
- 18 Bitcoin-City in El Salvador  
Von Alberto Ramos
- 19 Kolumbien: Steile Anstiege  
Von Stefan Peters und Kristina Birke Daniels
- 21 Ein Blumenstrauß mit eigenem Glanz  
Von Ralf Leonhard
- 22 „Ein Attentat wäre eine Katastrophe für Kolumbien“  
Interview mit Juan Gabriel Vásquez  
Von Ralf Leonhard
- 23 Anarchistische Versuche in Uruguay  
Von Ralf Leonhard
- 24 Das Recht auf Abtreibung und die Linke  
Von Frédéric Thomas

- 26 Die Klimakrise wird sich in Lateinamerika verschärfen  
Von Fermín Koop
- 28 Guatemala: Fénix in die Asche?  
Von Hermann Klosius
- 30 Die Dominikanische Republik „wieder groß machen“?  
Von Lorgia García-Peña
- 32 Argentinien: Ein Kredit als politische Hypothek  
Von Laurin Blecha
- 33 Das Weltsozialforum: Katalysator für den globalen Systemwandel  
Von Leo Gabriel
- 34 KURZNACHRICHTEN
- 36 BUCHBESPRECHUNGEN  
Colonia Dignidad; Masken des Widerstands; Leonardo Padura: Wie Staub im Wind; Dekolonialistische Theorie; Seniorenhilfe; Biografie Fritz Mandl
- 39 Gustavo Esteva, Nachruf  
Von Martina Kaller
- 40 Impressum

## Linke uneinig zur russischen Invasion in der Ukraine

Wenn im Weltsystem Chaos herrscht, ist es wichtig, das „Ruder fest im Griff zu halten“, schrieb einst der US-amerikanische Soziologe und Sozialhistoriker Immanuel Wallerstein. Damit warnte er einerseits vor der Versuchung, auf Generalisierungen oder gar den Universalismus zu vertrauen, andererseits vor einer Flucht in Details, vor der Tendenz, die Umstände losgelöst vom Kontext zu betrachten. In gewisser Weise war dies ein Aufruf, ein analytisches Gleichgewicht aufrecht zu erhalten in Momenten, in denen im ohnehin schon hochkomplexen sozio-historischen Geflecht zusätzlich noch – in der Formulierung Wallersteins – ein „Boot durch raue See gesteuert“ werden muss.

Von Raúl Zibechi

Die globale Linke, jenes widersprüchliche Amalgam aus linken und progressiven Regierungen, politischen Parteien, sozialen Bewegungen und anerkannten Intellektuellen, hat in den letzten Tagen sehr unterschiedlich auf das Geschehen in der Ukraine reagiert. Nicht nur das Fehlen einer einstimmigen Meinung wurde offenbar, sondern auch das Fehlen eines gemeinsamen Nenners. Das ist eine durchaus positive Entwicklung. Denn sie geht über eine fast schon generalisierte und abstrakte Ablehnung von Krieg hinaus. In ihrer Reaktion auf den Krieg wiederholt die lateinamerikanische Linke mehr oder weniger genau jene Argumente, die schon seit einigen Jahren zu hören sind, genauer gesagt seit dem Beginn der boliviarischen Revolution in Venezuela.

Die Regierungen von Nicaragua, Kuba und Venezuela stellen sich an die Seite Russlands und beschuldigen die westliche Welt, mit zweierlei Maß zu messen, wenn sie Moskaus Argument, Russland werde militärisch eingekreist, ignorieren. „Frieden kann man nicht schaffen, indem man Staaten umzingelt“, sagte der kubanische Botschafter bei den Vereinten Nationen auf der anlässlich des Krieges einberufenen Generalversammlung der Organisation. Die Reaktion der bolivianischen Regierung war zunächst zum Teil widersprüchlich, die von ihr vermittelte Botschaft bei der Vollversammlung jedoch eindeutig: Der Botschafter Diego Pary las den zehnten Artikel der Verfassung seines Landes vor, in dem es heißt: „Bolivien ist seiner Verfassung nach ein pazifistischer Staat und lehnt Angriffskriege oder Angriffsdrohun-

gen als Instrument zur Lösung von Konflikten zwischen Staaten ab.“ In diesem Zusammenhang verurteilte Pary auch alle Invasionen und militärischen Alleingänge der jüngeren Vergangenheit. „Beispiele sind Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Palästina und nun auch die Ukraine“, sagte der Diplomat. Der Resolution zur Verurteilung der russischen Invasion enthielt er sich anschließend.

Lula da Silva, ehemaliger Präsident Brasiliens und einer der bedeutendsten Vertreter des lateinamerikanischen Progressivismus, beschränkte sich während eines Besuchs in Mexiko-Stadt auf eine sehr allgemein gehaltene Verurteilung von Krieg. „Regierende, legt die Waffen nieder, setzt euch an den Verhandlungstisch und findet eine Lösung des Problems, das euch in den Krieg geführt hat“, formulierte er seine höchstens lauwarmer und sehr ungenaue Kritik. Ein Grund dafür mag sein, dass sein größter Widersacher in den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Oktober, der amtierende Präsident Jair Bolsonaro, eine neutrale Position einnimmt. „Wir werden nicht Partei ergreifen, sondern neutral bleiben und helfen, wo es geht“, sagte Bolsonaro. Dem Vizepräsidenten Hamilton Murão, der sich offen gegen die russische Invasion ausgesprochen hatte, sprach Bolsonaro die Zuständigkeit ab, sich zum Thema zu äußern.

### Divergierende Meinungen linker Journalist:innen

Die große Mehrheit der Analysen kommt dieser Tage jedoch von Journa-

list:innen und Intellektuellen. Dass sie dabei sehr unterschiedliche Positionen vertreten, deutet auch auf eine gewisse Ratlosigkeit hin. Der uruguayische Schriftsteller Jorge Majfud etwa behauptet auf dem Online-Portal *Rebelión*: „Die internationale Linke unterstützt Putin“. Eine Aussage, die noch unwahrscheinlicher klingt, wenn Majfud diese Unterstützung mit Putins „cleverer und machtvoller Antwort auf die ökonomische und militärische Hegemonie des Westens“ begründet. In prorussischen linken Kreisen ist die ablehnende Haltung gegenüber den USA so groß, dass sie keine Kritik an den Handlungen des Kremls zulässt. Selbst wenn dieser Methoden anwendet, die wir aus mehr als einem Jahrhundert US-Imperialismus kennen.

Auch der argentinische Soziologe und Politikwissenschaftler Atilio Borón spricht sich nicht gegen die russische Invasion aus. Auf *Página 12* schreibt er: „Das Offensichtliche ist nicht immer die ganze Wahrheit. Und was auf den ersten Blick eine Sache zu sein scheint, nämlich eine Invasion, könnte aus einer anderen Perspektive und unter Berücksichtigung des Kontexts etwas ganz Anderes sein.“ Weiterhin entwirft er eine für sich genommen zutreffende Argumentation, die aber unhaltbar ist, weil sie die Taten der Invasoren quasi rechtfertigt: „Die Militäroperation gegen die Ukraine ist die logische Konsequenz einer ungerechten politischen Situation.“ Der spanische Journalist Ignacio Ramonet schloss sich dieser Lesart in einem Interview mit *Telesur* an. Darin verteidigt er den russischen Standpunkt und sieht die Verantwortung beim Westen. Dieser hätte die von Russland geforderten Garantien ignoriert, dass sich „keine Atomwaffen im Gebiet der Ukraine und an der Grenze zu Russland befinden und die Sicherheit Russlands bedrohen dürfen“.



EZLN-Subcomandante Moisés im September 2021 in Wien, © Yunier Cubas

Derartige Aussagen sind in Lateinamerika keine Seltenheit. Sie scheinen aber auf Annahmen zu beruhen, die nicht in die heutige Zeit passen, wie unter anderem auch die spanischen Philosophen Santiago Alba Rico und Raúl Sánchez Cedillo sowie der ukrainische Sozialanthropologe Volodymyr Artiuch feststellen. Tatsächlich wirken die Parolen, die während der US-Invasion im Irak im Jahr 2003 noch richtig schienen, heute fehl am Platz. „Sich immer nur auf die Vereinigten Staaten beziehen, hilft uns überhaupt nicht weiter“, sagt Artiuch. Und das ist unter anderem so, weil wir heute in einer Zeit leben, in der die Dominanz der USA schwindet, das Weltsystem durcheinander gerüttelt wird und Krieg, genauer gesagt rohe Gewalt auch von mittleren Mächten wie Saudi-Arabien, Iran und der Türkei angewendet wird, beispielsweise in Jemen, Syrien und Kurdistan, wie Alba Rico anmerkt. Noch deutlicher wurde der US-amerikanische Sozialkritiker Noam Chomsky in einem Interview mit Truthout: „Die russische Invasion in der Ukraine ist ein schweres Kriegsverbrechen, vergleichbar mit der Invasion der USA im Irak oder dem Angriff von Hitler und Stalin auf Polen im September 1939, um nur zwei Beispiele zu nennen.“ Chomsky merkt weiterhin an, dass es zwar Sinn mache, nach Erklärungen dafür zu suchen, diese aber niemals eine Rechtfertigung sein könnten. Auch auf die Verantwortung des Westens und insbesondere der USA weist er hin: „Die Krise hat sich entwickelt über 25 Jahre. In diesem Zeitraum haben die Vereinigten

Staaten auf verächtliche Weise die Sicherheitsbedenken Russlands missachtet, vor allem dessen klare rote Linie: Georgien und insbesondere die Ukraine.“

### **EZLN: an der Seite der Rechtlosen und Unterdrückten**

Unter den Stellungnahmen verschiedener sozialer Bewegungen ist das Kommuniqué der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) besonders erhellend. Unter dem Titel „Nach der Schlacht wird es nichts mehr geben, worum man kämpfen könnte“ stellt sie sich an die Seite der Rechtlosen und Unterdrückten. Sie lehnt es ab, sich aus einer Perspektive von Staatlichkeit und Kapital heraus zu positionieren, weder für Russland noch für den Westen oder irgendeine andere Partei. Die EZLN stellt klar: „Es gibt einen Aggressor, das ist die russische Armee.“ Anschließend kritisiert sie, dass es in dem Konflikt um die Interessen des Großkapitals gehe und die Bevölkerung beider Länder darunter leide. „Als Zapatistas unterstützen wir keinen der beiden Staaten, sondern alle, die für das Leben und gegen das System kämpfen.“ Eine Unterteilung in gute und schlechte Invasionen missbilligt die EZLN ebenso wie die Rolle, die die Massenmedien spielen. Im letzten Punkt zeigen sich die Zapatistas solidarisch mit allen, die in der Ukraine Widerstand leisten und in Russland auf die Straße gehen. „Dieser Krieg muss sofort gestoppt werden. Sollte er

weitergehen und zunehmend eskalieren, wird es vielleicht niemanden mehr geben, der nach der Schlacht Zeugnis ablegt von dem, was einmal war“, endet der von den Subcomandantes Moisés und Galeano unterschriebene Text.

### **Politik ohne Ethik ist eine Sackgasse**

Nachdem wir eine Vielzahl an Analysen über die russische Invasion gelesen und gehört haben, bleiben viele Fragen offen: Ist es so schwierig, eine Haltung einzunehmen, die Krieg grundsätzlich ablehnt und Aggressoren verurteilt? Müssen jede Stellungnahme und jede Analyse immer zuerst einen „Hauptfeind“ (die USA) ausmachen und einen „zweiten Feind“ ausblenden? Ist das nicht genau das Prinzip, das Feministinnen kritisieren, wenn sie sagen, dass es keinen Hauptwiderspruch (die sozialistische Revolution) gibt, der sich anderer Probleme erst später annimmt? Unsere Vorstellungen von Ethik werden immer dann auf die Probe gestellt, wenn wir uns in schwierigen und komplizierten Situationen befinden. Sich vom Richtigen leiten zu lassen und nicht vom Nützlichen ist dann besonders wichtig, aber ebenso schwierig. Selbst die Medien können dabei kaum Orientierung bieten. Eine Politik ohne Ethik, die nur auf Berechnung basiert, führt uns immer in dieselbe Sackgasse: ein ständiger Kampf, der die immer gleichen Unterdrückungsmechanismen reproduziert, die man eigentlich bekämpfen wollte.

Im letzten Kommentar auf seiner Webseite hinterließ uns Wallerstein kurz vor seinem Tod so etwas wie ein Vermächtnis. Einen dieser Sätze, die uns lange grübeln lassen. Da ich seinen Lebensweg kenne, bin ich mir sicher, dass in diesen Satz auch das Wissen der Völker eingeflossen ist, für die er sich engagiert hat: „Was zukünftige Generationen tun können, um einen wahren Wandel herbeizuführen, ist, mit sich selbst zu kämpfen.“ Was genau mag er mit „mit sich selbst kämpfen“ gemeint haben? ○

**Dieser Text des uruguayischen Schriftstellers und Aktivisten wurde am 13. März 2022 auf [www.npla.de](http://www.npla.de) erstveröffentlicht. Übersetzung: Patrick Schütz**

## Putins Propagandisten in Lateinamerika

Auffällig viele Linke in Lateinamerika zeigen sich anfällig für russische Propaganda. Dahinter steckt eine Strategie der russischen Führung, die auf die Schwächung des Einflusses der USA auf dem Subkontinent und ein Untergraben von Demokratie abzielt.

Von Ralf Leonhard

Russland wurde zu einer „militärischen Spezialoperation“ gezwungen, weil die NATO in der Ukraine biologische Waffen entwickelt hätte. Diese offenkundige Propaganda aus dem russischen Verteidigungsministerium war im März im lateinamerikanischen TV-Kanal *Telesur* zu hören. Der Nachrichtensprecher zuckte mit keiner Wimper und wies mit keiner Bemerkung darauf hin, dass dieser Vorwurf unbewiesen und unüberprüfbar sei. *Telesur*, eine Gründung des 2013 verstorbenen venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, finanziert von Venezuela, Kuba und Argentinien, übernimmt, wie zahlreiche andere Medien auf dem Subkontinent, ungefiltert Nachrichten, die vom internationalen Kreml-Kanal RT (*Russia Today*) verbreitet werden.

Wenige Wochen vor dem russischen Überfall auf die Ukraine – die russische Armee baute bereits ihre Invasionstruppen an der Grenze auf – besuchte Brasiliens rechtsextremer Präsident Jair Bolsonaro Moskau. Fernsehbilder zeigen ihn grinsend beim Handshake mit Kreml-Chef Wladimir Putin, der seinen ungeimpften Gast nicht am berühmten weißen Tisch auf Distanz hielt. Der ist für Besucher aus „unfreundlichen“ Ländern reserviert. Auch Argentinien's Präsident Alberto Fernández machte Putin noch Anfang Februar seine Aufwartung und erklärte sein Land zur „Eingangstür“ für russische Interessen in Lateinamerika.

Tatsächlich ist Argentinien schon seit langem ein offenes Tor für russische Propaganda. „Cristina Kirchner als Präsidentin gab ihre Interviews lieber *Russia Today* oder *Telesur*, als den Medien des eigenen Landes“, sagt die Medienwissenschaftlerin Adriana Amado gegenüber der *Deutschen Welle*. „Die russischen Regierungsmedien konnten in Lateinamerika leicht Fuß fas-



Argentinien's Präsident Alberto Fernández bei Putin  
© Presidencia de la Nación

sen, weil sie große Übereinstimmungen mit Medien haben, die sich als staatlich darstellen, in Wahrheit aber der jeweiligen Regierung dienen“, so Amado, die die argentinische Plattform *Infocudadana* leitet, eine Initiative, die sich der „verantwortungsvollen Informationspolitik“ verschrieben hat.

*Russia Today* und *Sputnik*, beide vom Kreml gesteuert, sind seit der Fußball-WM 2014 in Lateinamerika präsent und begannen mit Sport und anderen ideologiefernen Themen. Heute hat RT gut 200 spanischsprachige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den drei Büros in Caracas, Havanna und Buenos Aires. Auf dem Subkontinent folgen 3,5 Millionen Menschen dem Service auf Twitter, 4,3 Millionen auf YouTube und mehr als 18 Millionen auf Facebook.

Anders als in Europa, wo sich die russische Propaganda in erster Linie an die rechte bis rechtsextreme Klientel richtet, fokussiert sie sich in Lateinamerika in erster Linie auf die antiimperialistische Linke, bei der die gegen den Hegemonieanspruch der USA gerichteten Botschaften auf fruchtbaren Boden treffen. Schließlich hat auf dem Subkontinent kaum jemand Erfahrungen mit dem russischen Imperialismus gemacht, wie er derzeit in der Ukraine brutal vorexerziert wird. Und die Interventionen der USA, allein im vergangenen Jahrhundert – von Nicaragua über die Dominikanische Republik bis Panama – folgten einem ähnlichen imperialistischen Schema wie die Kriege der Sowjetunion und Putins Russland.

Eine Studie der privaten *Vanderbilt University* in Tennessee zeigt, dass in Lateinamerika die allgemeine Unterstützung für die Demokratie von 61 auf 53 Prozent abgenommen hat, seit die russischen Medien flächendeckend ihre Propaganda

verbreiten. Sie bauen dabei, so die Studie, auf bestehenden Vorbehalten in Bezug auf die US-Politik gegenüber der Region auf, übertreiben oder verzerren Tatsachen und mixen Unwahrheiten über Aktivitäten der Supermacht hinein.

Brian Fonseca von der *New America's Cybersecurity Initiative* unterschied 2018 im Militärmagazin *Diálogo* drei Formen russischer Propaganda: schwarze, weiße und graue. Die schwarzen Informationskampagnen würde reine Lügen verbreiten, weiße basierten auf Tatsachen mit Nennung der Quelle, graue Narrative würden Wahrheiten verdrehen oder Kontexte verändern und dabei die Quelle verschleiern.

In Kuba, Venezuela und Nicaragua, Länder mit vehement gegen die USA ausgerichteten Regierungen, hat Russland leichtes Spiel. Sie haben die Separatistengebiete in der Ukraine unmittelbar nach Russland als souveräne Republiken anerkannt. In Nicaragua hat sogar die von Russland besetzte georgische Provinz Abchasien vor kurzem einen Botschafter eingesetzt. Überraschend ist, wie El Salvadors autoritärer Präsident Nayib Bukele sich Moskau zugewandt hat. Der Einführung der Kryptowährung Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel hat Moskau applaudiert. Bitcoin-Berater Max Keiser ist ständiger Studiogast bei *Russia Today*. Vor der Invasion hat er dort häufig Invektiven gegen die Ukraine abgegeben. Nach der Invasion hat er diesbezügliche Tweets gelöscht. Auch in anderen Ländern ist man nach dem Überfall auf die Ukraine zu Moskau auf Distanz gegangen. Man darf gespannt sein, ob auch die Glaubwürdigkeit der russischen Propagandamedien, die weiterhin unhaltbare *Fake News* verbreiten, unter dem Krieg leidet. ●

## Der Konflikt in der Ukraine und Venezuela

Der in der Ukraine ausgetragene Konflikt zwischen Russland und der NATO ist Ausdruck der starken Widersprüche zwischen den Fraktionen des Kapitals und des Übergangsprozesses zu einer neuen multipolaren geopolitischen Ordnung. Diese ergibt sich aus der Auseinandersetzung zwischen den USA als der nach dem Zusammenbruch der UdSSR verbliebenen Hegemonialmacht und den aufstrebenden Mächten der eurasischen Achse, die von China und Russland gebildet wird.

**Von Gustavo Márquez Marín**

Der Niedergang des US-Imperiums hat sich mit dem Aufstieg des asiatischen Giganten an die Spitze der Weltwirtschaft vertieft, und zwar im Zusammenhang mit der außerordentlichen technologischen und industriellen Entwicklung, die er in kaum drei Jahrzehnten erreicht hat, sowie mit der gewaltigen Ausweitung seines kommerziellen und finanziellen Einflussbereichs auf globaler Ebene, insbesondere in Richtung Afrika, Asien und Lateinamerika. Angesichts dieser Realität versuchen die USA eine Strategie der Eindämmung, indem sie unter der Regierung Trump und jetzt unter Biden Handelsbeschränkungen und Sanktionen verhängen und Druck auf ihre Partner und Verbündeten ausüben, um die Konsolidierung der sogenannten „Seidenstraße und des Seidengürtels“ zu verhindern. Mit diesem strategischen Megaprojekt der wirtschaftlichen Integration fördert Peking durch die Entwicklung von zwei Handelsrouten – eine auf dem Seeweg und eine auf dem Landweg – die Verbindung Chinas mit Europa, Afrika und Lateinamerika, und zwar durch umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur.

Auf der anderen Seite hat Russland seinen Status als eurasische Macht auf der Grundlage seines wirtschaftlichen Potenzials, das sich aus dem Besitz großer strategischer Energie- und Bodenschätze, seiner militärischen Macht und seiner geostrategischen Lage ergibt, wiedererlangt. Gleichzeitig wurden wirtschaftliche Interdependenzen mit Westeuropa geschaffen, ebenso (durch die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion mit Armenien, Belarus, Kasachstan und Kirgisistan) mit den Ländern in seiner unmittelbaren Nachbarschaft sowie durch eine strategische Allianz mit China. Angesichts dieser Dynamik des unvermeidlichen Wachstums

der chinesischen Wirtschaftsmacht und der Wiedergeburt ihres strategischen Verbündeten Russland als aufstrebende Macht haben die USA ihre enorme militärische Macht eingesetzt und Konflikte in sensiblen Gebieten mit geopolitischem Einfluss sowohl für China als auch für Russland, wie Taiwan und die Ukraine, provoziert, um eine globale territoriale Vorherrschaft durchzusetzen. Trotz ihrer enormen militärischen Kapazitäten können sie diese – ein grundlegender Hebel zur Förderung des militärisch-wirtschaftlichen Komplexes, von dem ein wesentlicher Teil ihrer Wirtschaft abhängt – nicht mehr aufrechterhalten.

### Ein neuer Kalter Krieg?

In der Ukraine wurde ein Kriegsschauplatz zwischen der US-NATO und Russland eröffnet, der einen neuen globalen hybriden Kalten Krieg ankündigt, der nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch an der politischen, finanziellen, kommerziellen, medialen und kulturellen Front geführt wird und sich auf die globalen Versorgungsketten auswirkt, indem er den Fluss von Rohstoffen beeinträchtigt. Lateinamerika ist vorerst kein relevanter Faktor, obwohl es wie die übrigen Regionen der Welt unter den Folgen von Engpässen und Preissteigerungen bei einigen Nahrungsmitteln wie Weizen, Sonnenblumenöl, Mais und anderen von Russland und der Ukraine exportierten Getreidesorten sowie bei von Russland exportierten Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Aluminium, Nickel, Eisen, Kupfer, Gold, Titan, Kobalt, Palladium und Düngemitteln zu leiden haben wird. Länder wie Brasilien, Bolivien, Chile, Peru und Venezuela, die einige dieser Rohstoffe exportieren, können davon



Venezuelas Vizepräsidentin Delcy Rodríguez rief zum Dialog auf; © Wikipedia

sogar profitieren. Darüber hinaus verstärken die Sanktionen der USA und ihrer europäischen Verbündeten gegen Russland den Druck auf diese Engpässe, von denen insbesondere Deutschland, Österreich und die von russischem Öl und Gas abhängigen Länder der Europäischen Union betroffen sind, da die Pipeline Nord Stream 2 ausgesetzt wurde.

Eines der geopolitischen Ziele der USA in diesem Konflikt besteht darin, Russland von Europa zu isolieren, indem erstens die Vertiefung der russisch-europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Abhängigkeit im Energiebereich, insbesondere mit Deutschland als der führenden Wirtschaftsmacht der EU, verhindert wird und zweitens die Grenzen der NATO nach Osten ausgedehnt und der Block ihrer Außenpolitik untergeordnet wird, um ihn als Spielball auf dem globalen Schachbrett zu benutzen. Die Antwort

Russlands auf die politische, wirtschaftliche und finanzielle Belagerung durch die USA ist eine verstärkte Zusammenarbeit mit China. Angesichts der Abschaltung von Nord Stream 2 bot China an, die Nachfrage nach russischem Gas zu verdoppeln. Mit dem Ausschluss Russlands aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT wird die Einrichtung eines neuen Währungssystems als Alternative zum US-Dollar beschleunigt, was dessen Status als dominierende Tauschwährung in der internationalen Arena ernsthaft in Frage stellen und damit den Trend zur Regionalisierung der Weltwirtschaft verstärken wird – entgegen der von den US-Globalisten und den großen Finanzkonzernen geförderten neoliberalen Globalisierung. In diesem Zusammenhang zeichnet sich ein geopolitischer Block in Asien ab, der China, Russland, Indien, Pakistan, Iran und Südostasien umfasst.

Der Konflikt in der Ukraine hat aufgrund seines Charakters als Konfrontation zwischen zwei nuklearen Großmächten die Gefahr eines nuklearen Holocausts in den Vordergrund gerückt, angesichts dessen die internationalen Institutionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, nutzlos und erschöpft erscheinen. Sie können den Krieg nicht verhindern, da sie von der Dynamik, die der Streit zwischen den Machtblöcken angenommen hat, faktisch überholt worden sind. Zur Zufriedenheit der großen Konzerne der Kriegsindustrie stehen wir mit der Erhöhung der Militärausgaben in Europa und der Einrichtung neuer NATO-Standorte in den an Russland angrenzenden Ländern vor einem neuen Wettrüsten. Der Trend zum Rückzug aus Verträgen zur nuklearen Abrüstung und zur Verbreitung chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen verstärkt sich.

Steigende Militärausgaben konkurrieren mit Investitionen in die Energiewende und gefährden diese. Darüber hinaus drängen die Energiekonzerne aufgrund der Unsicherheit, die durch die Knappheit und die hohen Preise von Öl und Gas entsteht, im Rahmen des Konflikts darauf, neue Quellen für fossile Brennstoffe zu erschließen, wodurch die Ziele zur Verringerung der Treibhausgase weiter gefährdet werden. Das beschleunigt den Marsch in Richtung eines durch die globale Erwärmung verursachten planetarischen Kollapses.

## Wettlauf um Venezuelas Öl

Im Zusammenhang mit der Energiekrise, die durch den Konflikt in der Ukraine und die US-Sanktionen gegen Russland ausgelöst wurde, haben die venezolanischen Ölreserven an Bedeutung gewonnen, da die US-Raffinerien im Golf von Mexiko für den Betrieb mit venezolanischem Rohöl ausgelegt sind. Obwohl sie wegen der ähnlichen Zusammensetzung mit russischem Öl beliefert wurden, müssen sie nun aus Kosten- und Dringlichkeitsgründen die Lieferungen aus Venezuela wieder aufnehmen. Darüber hinaus ist der US-amerikanische Ölkonzern Chevron, der aufgrund der Sanktionen nur noch in begrenztem Umfang in Venezuela tätig ist, in der Lage, die Produktion für den Export in die USA wieder aufzunehmen, sobald die von der US-Regierung gegen Venezuela verhängten Sanktionen gelockert werden. Die Notwendigkeit der USA, ihre Raffinerien zu beliefern, um russisches Rohöl zu ersetzen, war einer der Beweggründe für die Regierung Biden, kürzlich eine hochrangige Kommission nach Caracas zu entsenden, um mit der Regierung Maduro über diese Forderung und die Freilassung von zwei Führungskräften des venezolanischen Unternehmens CITGO (der PDVSA-Tochter in den USA) durch die venezolanische Regierung zu verhandeln.

Mit dieser Geste hat die US-Regierung ihre Zurückhaltung bei der Nichtanerkennung der autoritären Regierung von Nicolás Maduro aufgegeben und den Weg für direkte Regierungsverhandlungen geebnet. Offenbar hat sie die gescheiterte Strategie der Doppelregierung und der Übergangsregierung von Juan Guaidó, die einen faktischen Regimewechsel in Venezuela anstrebte, ad acta gelegt. Damit wird ein Prozess der Neugestaltung der Verhandlung und des Dialogs zwischen der venezolanischen Opposition und der Regierung eingeleitet. Während dieser möglichen Änderung, die PDVSA dazu veranlassen könnte, wieder Rohöl in die USA zu exportieren, hat das Unternehmen kurzfristig Schwierigkeiten, die aus den 60 % seiner derzeitigen Ölexporte nach Asien stammenden Barmittel in Dollar zu beschaffen, da diese über die Moskauer PDVSA-Niederlassung gehandelt werden, die von den von Washington gegen russische Banken verhängten Finanzsank-

tionen betroffen sein könnte. Dies sind kollaterale Folgen des Ukraine-Konflikts in Venezuela.

Die unmittelbare und selbstgefällige Reaktion von Präsident Maduro am Ende seines Treffens mit der von der Regierung Biden nach Caracas entsandten Verhandlungsdelegation schien widersprüchlich zu sein, wenn man bedenkt, dass seine Regierung einige Tage zuvor die russische Invasion in der Ukraine bedingungslos unterstützt hatte. Nach diesem Treffen kam es aber zu einer Korrektur dieses anfänglichen Diskurses. Die venezolanische Vizepräsidentin Delcy Rodríguez rief „die am Konflikt zwischen Russland und der Ukraine beteiligten Parteien“ dazu auf, „einen aufrichtigen Dialog einzuleiten, der zu einer friedlichen Lösung führt“, und bekräftigte, dass Venezuela sich den Stimmen anschließe, die eine Lösung durch Dialog fordern, um „Leid für die Völker der beteiligten Parteien zu vermeiden“. Diese Verschiebung spiegelt den Vorrang der „Realpolitik“ wider.

Mit dieser politischen Öffnung gegenüber Venezuela verfolgt die US-Regierung ein dreifaches Ziel. Erstens, die kurzfristige Versorgung mit venezolanischem Öl zu gewährleisten, um das durch die gegen Russland verhängten Sanktionen entstandene Defizit auszugleichen, und um diese Versorgungsquelle im Falle eines sich entwickelnden „kalten Krieges“ zu erschließen. Zweitens, die Zwangslage der venezolanischen Regierung auszunutzen, auf sofortige Einnahmen zuzugreifen, die es ihr erlauben würden, „politische Zeit“ zu gewinnen, während die wirtschaftliche Erholung voranschreitet. Die USA wollen unter privilegierten Bedingungen eine Öffnung des Ölmarktes für westliches transnationales Kapital aushandeln, um China und Russland im Wettlauf um die Ausbeutung der venezolanischen Ölreserven vorzuzukommen. Drittens soll Druck auf die Regierung Maduro ausgeübt werden, um einen politischen Übergang zuzulassen, der der venezolanischen Opposition mehr Gewicht verleihen würde. ●

**Der Autor ist ehemaliger Botschafter der Bolivarischen Republik Venezuela in Österreich. Übersetzung: Ralf Leonhard**

## Erfolglose Offensive zur Ausbeutung indigener Gebiete

Auch am anderen Ende der Welt hat der Krieg in der Ukraine einen – wenn auch von der Weltöffentlichkeit kaum beachteten – Niederschlag gefunden. Kurz nach der russischen Invasion in die Ukraine verkündete Präsident Bolsonaro, die Lösung für Probleme mit Düngemittelimporten aus Russland, die sich aufgrund der von vielen Ländern verhängten Wirtschaftssanktionen nun stellten, liege in der Ausbeutung von Kaliumsalzen in Brasilien selbst; deshalb sei Bergbau in den anerkannten indigenen Ländereien nötig.

Von René Kuppe

Die Verfassung Brasiliens aus dem Jahr 1988 enthält eine Bestimmung (Art. 231, §3), die die Ausbeutung von mineralischen Rohstoffen durch Dritte grundsätzlich verbietet – es sei denn, sie würde durch ein Bundesgesetz zugelassen. Ebenso sind die natürlichen Reichtümer der traditionellen Ländereien der ausschließlichen Nutzung durch deren indigene Bewohner vorbehalten.

Schon vor seinem Amtsantritt waren derartige Schutzbestimmungen Bolsonaro ein Dorn im Auge. Seine sich auf die Bergbau- und Agrarlobby stützende Regierung hat nach und nach mehrere Gesetzesvorhaben vorbereitet, unter anderem den als Landgrabbing-Gesetz bekannt gewordenen Entwurf, der illegale Besetzungen legalisieren soll (Projeto Lei, PL 2644/2020), und ein Gesetzesprojekt (PL 191/2020), das die wirtschaftliche Expansion auf Indigenenland vorsieht. Diese und andere Vorhaben waren jedoch unter anderem wegen verfassungsrechtlicher Bedenken nicht wirklich vorangekommen.

Der Ukraine-Krieg gab nun den Zielsetzungen der Regierung neuen Auftrieb: Um die legalen Voraussetzungen für die Öffnung der indigenen Ländereien (*Terras Indígenas*) zu schaffen, hat die Abgeordnetenkammer des Kongresses am 9. März 2022 einen speziellen Parlamentsausschuss eingerichtet, durch den in einem beschleunigten Verfahren das Gesetzesprojekt 191/2020 und weitere ähnliche Gesetzesvorhaben rasch durchgezogen werden sollten. Das Schnellverfahren sollte sicherstellen, dass die neuen Regelungen

unter Umgehung der üblichen parlamentarischen Schritte und Begutachtungen vom Plenum verabschiedet werden könnten, ohne dabei etwa auf umweltrechtliche oder verfassungsrechtliche Gesichtspunkte Rücksicht nehmen zu müssen.

Während die Agrarlobby bereits zwei Jahre zuvor die Covid-19-Pandemie instrumentalisiert hatte, um – möglichst unmerkelt von der Weltöffentlichkeit – eigene politische Ziele zielstrebig verfolgen zu können, sollte jetzt der russisch-ukrainische Krieg dafür als Vorwand dienen. Der Abgeordnete Nilto Tatto von der oppositionellen Arbeiterpartei PT brachte dieses Vorpreschen auf den Punkt: „Sie nützen den Moment, in dem alle vom Krieg bewegt sind, und sagen, der Bergbau auf indigenem Land sollte genehmigt werden, um Brasilien nicht zu schaden“.

Schon am Tag der Abstimmung kam es jedoch vor dem Kongressgebäude in Brasilia zu massiven Protesten. Tausende Menschen, Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, sozialer Organisationen, der Gewerkschaften und natürlich allen voran indigene Aktivist:innen, trafen sich in der Hauptstadt zu einem „Akt für die Verteidigung der Erde“ (*Ato pela terra*)<sup>1</sup>. Proteste gegen die Gesetzesvorhaben sollten in den folgenden Wochen auch weltweit anhalten. So brachten am 5. April 29 Abgeordnete des deutschen Bundestages in einem Schreiben an Brasiliens Senatspräsident Rodrigo Otavio Soares Pacheco ihre Besorgnis über die im Nationalkongress anhängigen Gesetzesvorhaben zum Ausdruck. Darin wurde die „unerlässliche

Bedeutung der indigenen Völker und Gemeinschaften für den Walderhalt in Brasilien“ unterstrichen.

Die Sonderkommission des brasilianischen Kongresses war auf eine Dauer von 30 Tagen eingerichtet worden, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Diese Frist ist verstrichen, ohne dass die umstrittenen Gesetzesentwürfe fertiggestellt werden konnten. Es ist unklar, welche Umstände zu dieser vorläufigen Niederlage der Bergbau- und Wirtschaftslobby geführt haben. Möglicherweise war es ein Zusammenspiel interner Spannungen, verfassungspolitischer Bedenken und massiven Widerstands von Seiten der Zivilgesellschaft.

Das Argument der Regierung Bolsonaro, die indigenen Ländereien müssten wegen drohender kriegsbedingter „Düngemittelengpässe“ der Agroindustrie zugänglich gemacht werden, war rasch entkräftet: Mario Santilli, Mitbegründer des renommierten Instituto Socioambiental (ISA), strafe sie in einer Studie Lüge: Die für die Gewinnung von Kaliumsalzen geeigneten Vorkommen innerhalb dieser Ländereien machten nur 1,6% der überhaupt für die Exploration in Frage kommenden Lagerstätten aus. Auch andere für Düngemittel relevanten Mineralien lagern nur in geringem Ausmaß innerhalb indigenen Landes. Eine detaillierte in der Publikation enthaltene Landkarte zeigt das Auseinanderfallen der anerkannten indigenen Territorien und der durch anhängige Bergbauanträge betroffenen Gebiete auf.<sup>2</sup>

Der öffentliche Widerstand gegen die Vorhaben der Regierung hat auch einen



Lula beim Besuch im acampamento Terra Livre; © Evaristo Sa

prominenten alten Bekannten auf den Plan gerufen: In der Woche vom 10. bis 14. April versammelten sich mindestens 5.000 indigene Aktivist:innen in der Hauptstadt Brasiliens, um zum 18. Mal das *Acampamento Terra Livre* (ATL – Freies Land-Camp) abzuhalten<sup>1</sup>. Diese jährlich stattfindende Demonstration für soziale Gerechtigkeit und gegen staatliche Willkür und Unterdrückung rückt indigene Organisationen gemeinsam mit Vertreter:innen anderer Volksbewegungen ins Licht der Öffentlichkeit. *Terra Livre* 2022 stand ganz im Zeichen der Ablehnung der von der Regierung vorgesehenen neuen Gesetze, insbesondere von Gesetzesentwurf 191/2020.

Am 12. April trat dort auch Luiz Inácio Lula da Silva auf: Er unterstützte die Forderungen der indigenen und sozialen Bewegungen und stellte in Aussicht, im Falle seines Wahlsieges im Oktober eine Reihe von Forderungen der indigenen Bewegung in sein eigenes Regierungsprogramm aufzunehmen: „Jedes rückschrittliche Dekret muss sofort widerrufen werden. Wenn wir an die Regierung zurückkehren, wird ohne eure Zustimmung nichts auf indigenem Land geschehen dürfen.“ Lulas Auftritt gab den Anliegen der indigenen Völker Brasiliens viel zusätzlichen Rückhalt. Es wird sich aber erst nach seinem Wahlsieg zeigen<sup>2</sup>, ob eine neue Regierung Lula diese Zusagen tatsächlich einhalten kann. Wie seine Wahl des rechten Politikers Geraldo Alckmin zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft befürchten lässt, dürfte dieses Bündnis mit wirtschaftsnahen politischen Kräften auch mit inhaltlichen Zugeständnissen verbunden sein. ●

- 1 siehe Film: <https://www.youtube.com/watch?v=Rgra1mbMoog>
- 2 <https://www.socioambiental.org/pt-br/blog/blog-do-ppds/bolsonaro-mente-sobre-potassio-em-terras-indigenas>
- 3 siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=tXsBP7KUwky>
- 4 Am 7. Mai hat Lula seine Kandidatur offiziell angekündigt

## Für einen Wandel in der US-Außenpolitik

Angesichts eines neuen Krieges in Europa wird es für die USA nicht so einfach sein, Unterstützung für ihre Position in Lateinamerika zu gewinnen, wie die Regierung Biden glaubt.

Von Brett J. Kyle und Andrew G. Reiter



Nicht nur unter Präsident Trump pflegten die USA intensive Beziehungen zu autoritären Regierungen  
© Alan Santos/PR

Am 10. März kündigte Präsident Joe Biden an, dass die Vereinigten Staaten Kolumbien zu einem wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten erklären wollen. Das gewährt Kolumbien besondere militärische und wirtschaftliche Privilegien, darunter die Teilnahme an gemeinsamer Verteidigungsforschung und Ausbildung sowie die Möglichkeit, Waffen, Munition, Fahrzeuge und anderes entbehrliches Kriegsmaterial aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Dies geschah vor dem Hintergrund der Reise einer US-Delegation nach Venezuela. Es war die erste seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Schließung der Botschaft 2019. Der Grund: Die USA wollen wieder venezolanisches Öl kaufen, um den Wegfall der Ölimporte aus Russland zu kompensieren und einen Keil zwischen Russland und seinen wichtigsten lateinamerikanischen Verbündeten zu treiben.

Washington zeigt sich bemüht, die Beziehungen zu einer Region zu verbessern, die die USA lange vernachlässigt

und deren Unterstützung sie für selbstverständlich gehalten haben. Die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten haben in Bezug auf den Einmarsch in die Ukraine eine bemerkenswerte Einigkeit bei der Konfrontation mit Russland gezeigt. Das Gleiche kann man von Lateinamerika nicht behaupten. Trotz direkter Aufforderungen der USA, nicht zu reisen, haben der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro und der argentinische Präsident Alberto Fernández jeweils Moskau nur wenige Wochen vor der Invasion besucht, um ihre "Solidarität" mit Russland zu bekunden und eine Investitionspartnerschaft als Alternative zu den Vereinigten Staaten zu knüpfen.

Nach der Invasion weigerten sich El Salvador und Bolivien gemeinsam mit Kuba und Nicaragua, Russlands langjährigen Verbündeten aus dem Kalten Krieg, bei der Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 2. März den russischen Überfall zu verurteilen. Mexiko hat die Forderungen der USA nach Sanktionen rundweg ab-



gelehnt und sich für neutral erklärt. Es ist in der Tat bezeichnend, dass Biden seine Pressekonferenz zur Ankündigung der neuen NATO-Ernenennung Kolumbiens mit einem Dank an Präsident Iván Duque für die Verurteilung der russischen Invasion begann und bemerkte: „Nicht jeder in der Hemisphäre ... hat das getan“.

Da die Vereinigten Staaten in einen weiteren großen europäischen Krieg verwickelt sind, brauchen sie wieder einmal die Unterstützung Lateinamerikas und erwarten diese auch. Die Biden-Regierung musste aber rasch feststellen, dass die Schaffung einer regionalen Einheit eine schwierige Aufgabe sein wird. Der Schatten früherer Kriege und die jüngste Vernachlässigung der hemisphärischen Beziehungen durch die USA haben die lateinamerikanischen Länder ins Abseits gedrängt und haben es Russland und China ermöglicht, erheblich an Einfluss zu gewinnen. Wenn die Vereinigten Staaten die Unterstützung ihrer Nachbarn in der Konfrontation mit Russland wünschen, müssen sie einen neuen Ansatz in der Außenpolitik verfolgen, der die Interessen ihrer Partner anerkennt und ein konsequentes Engagement in anderen Bereichen als der militärischen Sicherheit einschließt.

### Harte Lektionen aus vergangenen Kriegen

Während des Zweiten Weltkriegs folgte die Region eng der Führung der Vereinigten Staaten. Am Vorabend des Krieges strebten die isolationistischen USA die Zusammenarbeit mit Lateinamerika an, um einen Handelsblock zu schaffen, der die US-Industrie weiterhin mit Rohstoffen versorgen und als Markt für US-Fertigungsgüter dienen sollte, der von den drohenden Konflikten in Europa und Asien abgeschirmt war. Nach dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 koordinierten die USA eine Neutralitätspolitik in der gesamten Hemisphäre. Nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor im Jahr 1941 traten sie in den Krieg ein, und die meisten lateinamerikanischen Staaten erklärten rasch den Krieg oder brachen zumindest ihre Beziehungen zu den Achsenmächten ab.

Lateinamerika stand fest an der Seite der Alliierten und trug zu den Kriegs-

anstrengungen bei, indem es an der Verteidigung mitwirkte und Rohstoffe für die Kriegsindustrie und Lebensmittel für die Ernährung der Alliierten lieferte. Brasilien und Mexiko entsandten Truppen an die europäischen bzw. pazifischen Kriegsschauplätze. Nach dem Krieg wurden die lateinamerikanischen Länder jedoch kaum für ihre Unterstützung belohnt. Während die USA enorme Entwicklungshilfe und Investitionen nach Europa und Japan lenkten, ließen sie den brasilianischen Präsidenten Juscelino Kubitschek, der das auch für sein Land einforderte, abblitzen und bestanden darauf, Lateinamerika müsse für seine Entwicklung private Investitionen anziehen.

Mit dem Ausbruch des Kalten Krieges erkannten die Vereinigten Staaten erneut, dass sie regionale Partner für den Kampf gegen die kommunistische Bedrohung brauchten, und entwickelten rasch eine „hemisphärische Verteidigungsdoktrin“, die 1947 im Vertrag über gegenseitige Hilfe (Rio-Pakt) kodifiziert wurde. Der vorwiegend militarisierte Ansatz der USA hatte jedoch katastrophale Folgen für die Region. Die USA akzeptierten – und förderten oft – autoritäre Regierungen, solange sie ihre antikommunistische Position unterstützten. Sie inszenierten 1954 einen Putsch zum Sturz des guatemaltekischen Präsidenten Jacobo Árbenz, marschierten 1965 in die Dominikanische Republik ein, um ein befreundetes Regime zu installieren, unterstützten die Regierung von El Salvador in ihrem langen Bürgerkrieg und bewaffneten die Contras, um die sandinistische Regierung in Nicaragua zu bekämpfen. Die von den USA unterstützte *Operación Cóndor* vereinte Militärregimes in ganz Südamerika zu einem transnationalen Netzwerk der politischen Unterdrückung, das Aktivist:innen auch im Exil verfolgte. Hunderttausende von Menschen starben in Bürgerkriegen und unter brutalen Diktaturen.

Das Ende des Kalten Krieges läutete für einen Großteil der Region eine Zeit des demokratischen Wandels ein, aber die USA legten keinen Wert auf den Aufbau enger Beziehungen zu diesen neuen Regierungen. Sie betrachteten Lateinamerika weiterhin durch das Prisma der nationalen Sicherheit und konzentrierten sich auf begrenzte Drogenprobleme und Marktreformen. Im Rahmen des Plan

Colombia stellten sie zehn Milliarden US-Dollar an Hilfe für Kolumbien bereit. Dabei ging es um Drogenbekämpfung und die Förderung der neoliberalen Wirtschaft.

Dies führte schließlich zu einer politischen Gegenreaktion in Form der Rosa Welle – der Wahl linker Präsidenten, die versprachen, die wirtschaftlichen Folgen des Neoliberalismus rückgängig zu machen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts war Lateinamerika zur Erkenntnis gelangt, dass die Unterstützung der Vereinigten Staaten in ihren globalen Konflikten wenig zurückbrachte.

### Die vergessene Hemisphäre

Die US-lateinamerikanischen Beziehungen im 21. Jahrhundert werden mehr durch die nicht existierenden Beziehungen bestimmt als von denen, die existieren. Die USA hatten begonnen, ihren sicherheitspolitischen Schwerpunkt auf den Nahen Osten zu verlagern, was sich nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 dramatisch beschleunigte. Das Desinteresse der USA und die wachsende Opposition gegen den Neoliberalismus führten zu einem Bruch des Sicherheitsumfelds in Lateinamerika. Weit davon entfernt, der universelle Vertrag zur gegenseitigen Verteidigung zu sein wie 1947, hat der Rio-Pakt in den letzten Jahren zahlreiche Mitglieder verloren. Kurz vor dem 11. September 2001 plädierte Präsident Vicente Fox für einen neuen Sicherheitspakt. Mexiko zog sich 2002 aus dem Rio-Pakt zurück, als sich die Beziehungen zu den USA verschlechterten, weil die Bush-Regierung beim Krieg gegen den Irak die UNO übergang. In den 2010er Jahren zogen die linksgerichteten Präsidenten von Bolivien, Ecuador, Nicaragua und Venezuela ihre Länder aus dem Vertrag zurück.

Während der Trump-Administration haben sich die Beziehungen weiter verschlechtert. Trumps Fokus auf den Bau einer Grenzmauer zu Mexiko und die Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens deuteten schon vor seinem Amtsantritt auf eine feindliche Haltung gegenüber der Region hin. Außerdem machte er die Bemühungen der Obama-Regierung um eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba rückgängig und versuchte, den

vorübergehenden Schutzstatus für Migrant:innen aus Haiti, El Salvador, Nicaragua und Honduras zu beenden. Die Bemühungen der USA, Venezuela diplomatisch und wirtschaftlich zu isolieren, haben keinen Regimewechsel herbeigeführt. Trumps engste Beziehung in der Region war die zu Brasiliens ebenfalls rechtspopulistischen Bolsonaro. Brasiliens Ernennung zu einem wichtigen NATO-Verbündeten im Jahr 2019 erinnert an die Zeiten des Kalten Krieges, als die USA autoritäre Regierungen unterstützten.

Auch wenn die Regierung Biden in der Frage der Einwanderung einen sanfteren Ton anschlägt, bleibt ihre Außenpolitik gegenüber der Region weiterhin antagonistisch. Als Reaktion auf die erfolgreichen Verhandlungen von Nayib Bukele mit den Banden *Mara Salvatrucha* (MS-13) und *Barrio 18* zur Verringerung der Gewalt verhängte Biden Sanktionen gegen dessen inneren Kreis und vertiefte damit die Kluft zwischen den beiden Ländern. Bukele hatte sich im Vorfeld der Russland-Invasion in den sozialen Medien offen über Biden lustig gemacht, und es ist keine Überraschung, dass sich El Salvador bei der UN-Abstimmung der Stimme enthielt. Aufgrund der Feindseligkeit der USA gegenüber Lateinamerika in den letzten Jahren wird die Erneuerung regionaler Partnerschaften schwierig sein. Gerade Aktionen wie der Besuch in Venezuela erinnern erschreckend daran, dass die USA Prinzipien beiseite lassen, wenn Sicherheit oder materielle Interessen auf dem Spiel stehen.

Diese Misserfolge haben Russland in die Lage versetzt, sein Ansehen in der Region zu verbessern. Putin hat seine Beziehungen zu Kuba durch die Gewährung von Krediten in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar gestärkt, deren Rückzahlung erst zwei Tage vor der Invasion auf 2027 verschoben wurde. Fünfzig T-72-Panzer wurden Nicaragua geschenkt. Venezuela hat sich von Russland Milliarden von Dollar geliehen, um sein Militär und seine Wirtschaft zu unterstützen, und Mitglieder der Wagner-Gruppe – eine eng mit der russischen Regierung verbundene private Söldnertruppe – wurden während der Proteste 2019 zum Schutz Maduros eingesetzt.

Russland machte sich auch in der Region beliebt, indem es z.B. Argentinien und Bolivien mit dem Sputnik-Impfstoff



Wandmalerei in El Salvador: Statt die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und politischen Reformen, wie sie Erzbischof Romero stellte, zu unterstützen, haben die USA im Bürgerkrieg die Armee finanziert  
© Christliche Initiative Romero

versorgte, als nur wenige andere Optionen zur Verfügung standen. Auch seine wirtschaftlichen Beziehungen zur Region haben sich verstärkt. Brasilien importiert jetzt etwa die Hälfte seines Düngers aus Russland und Weißrussland, was den südamerikanischen Riesen dazu veranlasste, Düngemittel von den US-Sanktionen auszunehmen. Argentinien bezieht aus Russland etwa zehn Prozent seiner Ölimporte. Im Gegenzug exportieren Brasilien und Argentinien Lebensmittel nach Russland. Der Gesamtwert des Handels zwischen Russland und Lateinamerika ist jedoch so gering, dass die fehlende Beteiligung Lateinamerikas kein entscheidender Faktor für die Wirksamkeit der Sanktionen sein wird. Eine Beteiligung würde den lateinamerikanischen Volkswirtschaften mehr schaden als Russland.

### Wie geht es für die Vereinigten Staaten weiter?

Um ihre Beziehungen zu Lateinamerika wiederherzustellen, müssen die Vereinigten Staaten ihre Interessen durch nachhaltiges Engagement in verschiedenen Bereichen verfolgen. Der sicherheitsorientierte Ansatz für wirtschaftliche und soziale Fragen sollte umgedreht werden. Die USA müssen Sicherheit durch wechselseitige wirtschaftliche und soziale Partnerschaften anstreben. „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ mag in früheren Jahrhunderten eine ausreichende Begründung für Militärbündnisse gewesen sein. Heute sind Bündnisse wie die NATO mehr als nur militärische Verbindungen zwischen Staaten. Sie sind eine Bekräftigung gemeinsamer Werte und die Bereitschaft, für die Verteidigung

dieser Werte zusammenzuarbeiten und zu kämpfen, wenn nötig.

Wenn die USA und Kolumbien auf diese Weise zusammenarbeiten, dann wird der neue NATO-Verbündetenstatus für beide Länder Wert und Bedeutung haben. Solche Bündnisse gehen über die einzelnen Staatsoberhäupter hinaus und bringen stattdessen eine Verbindung zwischen den Nationen zum Ausdruck. Iván Duque könnte bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2022 bald durch einen linken Ex-Guerillero ersetzt werden. Bolsonaro in Brasilien und Bukele in El Salvador wurden demokratisch gewählt. Der Bündnisstatus sollte weder Motivation sein, sich in Entscheidungen über die Führungsspitze einzumischen oder Autoritarismus zu dulden, sondern eine Gelegenheit, den von den Menschen im Land geteilten Werten verpflichtet zu bleiben.

Wenn also die Vereinigten Staaten jene Art von Einigkeit angesichts internationaler Bedrohungen, wie sie Europa an den Tag gelegt hat, in Lateinamerika erzeugen wollen, müssen sie eine Strategie anhaltenden konstruktiven Engagements verfolgen, das sie zum glaubwürdigen Partner bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen macht. ○

**Brett J. Kyle ist außerordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der University of Nebraska in Omaha. Andrew G. Reiter ist außerordentlicher Professor für Politik und Internationale Beziehungen am Mount Holyoke College. Ihr Beitrag ist auf [www.nacla.org](http://www.nacla.org) erschienen und wurde von Ralf Leonhard übersetzt.**

## Einsatz gegen Waffengewalt in Mexiko

Seit Ausrufung des Kriegs gegen den Drogenhandel durch Präsident Felipe Calderón im Jahr 2006 hat sich Mexiko zu einem der Länder mit den weltweit höchsten Mordraten entwickelt. Wesentlich tragen dazu illegal aus den USA importierte Handfeuerwaffen bei, die zum Großteil in den Händen der organisierten Kriminalität landen. Im August 2021 hat die mexikanische Regierung diesbezüglich in den USA Klage gegen zehn Waffenfirmen erhoben, darunter auch die österreichische Glock Ges.m.b.H und ihre Tochterfirma in den USA.

Von Hermann Klosius

### Der Mangel an Sicherheit in Mexiko

Mexiko ist gegenwärtig eines der unsichersten Länder der Welt, gemessen an der Anzahl jener Personen, deren Tod durch die gewalttätige, widerrechtliche Handlung einer anderen Person (außerhalb von Kriegshandlungen) vorsätzlich herbeigeführt wurde, relativ zur Bevölkerungsgröße („Mordrate“). Gemäß UN-Daten sank die Mordrate von 17,3 Tötungen pro 100.000 Einwohner:innen im Jahr 1990 recht kontinuierlich auf 8,1 im Jahr 2007. Im Zuge des von Präsident Felipe Calderón Ende 2006 ausgerufenen Kriegs gegen die Drogenkartelle stieg diese Rate dann bis auf 29,1 im Jahr 2018 an. Unter Präsident Andrés Manuel López Obrador (seit Dez. 2018) wurde zwar ihr rasanter Anstieg gestoppt, aber sie verblieb mit 28,4 im Jahr 2020 auf hohem Niveau. Weltweit wiesen 2018 nur ein paar zentralamerikanische und karibische Länder sowie Südafrika höhere Mordraten auf, Brasilien und Kolumbien lagen auch nur knapp darunter. Die Tötungen finden vor allem unter Männern statt, deren Homizidrate bei 53,1 lag, während 5,8 von 100.000 Frauen ermordet wurden.

Gegenwärtig sterben in Mexiko also jährlich rund 37.000 Personen, davon 34.000 Männer, eines gewaltsamen Todes. Außerdem galten Mitte 2020 etwa 73.000 Personen als „verschwunden“ – ein Großteil von ihnen dürfte die Anzahl der in den Vorjahren getöteten Menschen noch er-

höhen. Für die mexikanische Gesellschaft bedeuten diese Toten einen enormen Verlust, für die ihnen nahestehenden Personen unermessliches Leid – eine Lücke, die Schmerz und Trauer, Empörung und Wut, Angst und Trauma sowie auch den Wunsch nach Rache hinterlässt.

Der Großteil dieser Tötungen erfolgte durch Handfeuerwaffen. Somit drängt sich die Frage auf, woher die dafür zum Einsatz kommenden Schusswaffen, vor allem Pistolen, stammen. Legale Waffenverkäufe an Zivilisten sind in Mexiko – ganz anders als in den USA – sehr restriktiv geregelt. Es verbleiben also vor allem die illegalen Kanäle.

### Legale Importe nach Mexiko

In Mexiko sind nur die staatlichen Sicherheitskräfte berechtigt, größere Waffenbestände zu halten, und nur die mexikanische Armee im Auftrag des Verteidigungsministeriums (SEDENA) darf importieren, auch für Polizeieinheiten, private Sicherheitsfirmen und Individuen. Die Armee hat die Kontrolle über Ankauf und Verteilung der Waffen, erteilt Waffenbesitz-Genehmigungen und unterhält ein entsprechendes Register legaler Bestände. Zudem produziert die Armee selbst auch Waffen für den Eigenbedarf. Im internationalen Vergleich ist Mexiko kein besonders großer Importeur von Waffen



Die organisierte Kriminalität ist gleich gut bewaffnet wie die Polizei  
© Gerardo Magallón

und der Großteil des Waffen-Importwerts entfällt zudem nicht auf Handfeuerwaffen. Dennoch erlangte in den letzten Jahren die Anzahl der Pistolen, die die Armee für die Polizeikräfte importierte und dann an diese weiterverkaufte, zunehmend Aufmerksamkeit. Denn sowohl Armee- als auch Polizeieinheiten waren gemäß Hunderten von formalen Feststellungen durch Mexikos Nationale Menschenrechtskommission in schwere Menschenrechtsverletzungen involviert.

Hinzu kommen die Fälle von geheimen Absprachen zwischen staatlichen Sicherheitskräften und der organisierten Kriminalität. Am 15. Oktober 2020 wurde in den USA General Salvador Cienfuegos, ein früherer Armeechef und Verteidigungsminister (2012-2018) festgenommen. Die Anklage wegen Drogenhandels und Geldwäsche stützte sich auf Hunderte sms-Nachrichten. Das US-Justizministerium entschied jedoch im November 2020, den Fall aus „heiklen und wichtigen außenpolitischen Überlegungen“ an die mexikanischen Strafbehörden abzutreten, ohne sich von den Vorwürfen zu distanzieren. Die mexikanische Regierung setzte sich vehement für diese Verfahrensabtretung ein, angeblich unter Druck der Armee. Am 15. Jänner 2021 ließ dann das mexikanische Gericht die Anklage fallen. General Cienfuegos soll in Verbindung mit dem Drogenkartell im Bundesstaat Nayarit

als „El Padrino“ bekannt gewesen sein. Aufmerksamkeit erregte er auch dadurch, dass er der von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission beauftragten Interdisziplinären Gruppe Unabhängiger Experten (GIEI) untersagte, Soldaten im Fall der 2014 in Ayotzinapa verschleppten 43 Studenten zu befragen.

Gemäß SEDENA-Daten verkaufte die Armee von 2006 bis 2018 rund 305.000 Handfeuerwaffen an die Polizeikräfte, einschließlich der Gemeindepolizei, die rund die Hälfte der im Jahr 2019 etwa 260.000 Polizisten stellte. Von diesen Schusswaffen entfielen etwa 36% auf die italienische Marke Beretta sowie 22% auf die Marke Glock, die vom Glock-Mutterkonzern in Österreich oder von einem der Glock-Tochterunternehmen, insbesondere von jenem in den USA, an SEDENA geliefert wurden. Während offizielle Exporte von Handfeuerwaffen an die Sicherheitskräfte in Mexiko oft mit dem Argument befürwortet wurden und werden, sie seien zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität notwendig, stellt die Parallelität des Anstiegs der Mordrate und der Verkäufe von Handfeuerwaffen an die Sicherheitskräfte diese Argumentation in Frage. Die Fragwürdigkeit wird sowohl durch die Involvierung der Sicherheitskräfte in Menschenrechtsverletzungen als auch durch das sehr geringe Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei verstärkt. Daraus resultiert die Frage an die für Waffenexportkontrollen zuständigen Behörden der USA und der EU-Mitgliedstaaten, ob weitere Exporte von Handfeuerwaffen nach Mexiko tatsächlich im Einklang mit den eigenen rechtlichen und letztlich den völkerrechtlichen Regelungen, wie dem internationalen bindenden Vertrag zur Kontrolle des Waffenhandels (*Arms Trade Treaty*) stehen.

### Illegale Importe nach Mexiko

Größere internationale Aufmerksamkeit erlangten jedoch die illegal nach Mexiko importierten Handfeuerwaffen, nachdem am 4. August 2021 die mexikanische Regierung eine Klage gegen zehn Waffenfirmen vor einem US-Bundesgericht in Boston, Massachusetts eingebracht hatte, mit dem Vorwurf, dass sie den illegalen Export von Waffen aus den USA nach Mexiko begünstigt hätten. Diese Firmen werden für rund 70% der mehr als eine halbe Million (!) Schusswaffen, die laut Schätzungen

jährlich (!) illegal aus den USA nach Mexiko verbracht werden, mitverantwortlich gemacht. Diese Klage ist auch aus österreichischer sowie EU-Sicht sehr relevant, denn zu den Beklagten gehören in den USA ansässige Unternehmen, einschließlich Tochterunternehmen europäischer Unternehmen, sowie in zwei Fällen auch die zugehörigen Mutterkonzerne: *Beretta Holding S.P.A.* (Italien) und *Glock Ges.m.b.H.* (Österreich).

Das Unternehmen Glock erhöhte die Produktion seiner US-Tochterfirma in den letzten Jahren deutlich. Zudem entfiel summiert über die Jahre 2013 bis 2019 rund die Hälfte des Gesamtwertes der in der EU ausgestellten Genehmigungen für Handfeuerwaffen- bzw. Kleinwaffen-Exporte aus der EU in die USA auf österreichische Genehmigungen für Glock-Exporte aus Österreich (im Umfang von rund € 5,5 Mrd. bei einem Stückpreis von rund € 500). Hinzu kamen noch Glock-Exporte aus der Slowakei.

Die Klage zielt also nicht gegen die ultra-liberalen staatlichen Regelungen betreffend Waffenerwerb und -besitz in den USA oder gegen die durch ein eigenes US-Bundesgesetz abgeschwächten Haftungsregelungen für US-Waffenunternehmen (*Protection of Lawful Commerce in Arms Act, PLCAA*). Vielmehr richtet sich die Klage gegen das Verhalten von US- und EU-Waffenunternehmen, die sich diese lockeren Regelungen widerrechtlich für ihren Geschäftsvorteil zunutze gemacht haben sollen.

Gegenwärtig ist der Gerichtsprozess noch im Gange. Bis 30. November 2021 konnten die beklagten Unternehmen beim Gericht Stellungnahmen einbringen und bis 31. Jänner 2022 konnte die mexikanische Regierung als klagende Partei ihre Replik auf die Einwände der beklagten Unternehmen abgeben. Am 1. Februar 2022 veröffentlichte eine Gruppe von US-basierten NGOs einen „amicus curiae“-Brief zur Unterstützung der Klage. Die beklagten Unternehmen argumentierten, das PLCAA würde keine zivilen Schadenersatzklagen für Schäden, die Dritte mit ihren Produkten anrichteten, zulassen. Das Anwaltsteam der mexikanischen Regierung entgegnete, dass das PLCAA eine Ausnahme vorsehe, wenn beim Vertrieb der Waffen sorgfaltswidrig und fahrlässig vorgegangen wurde. Tatsächlich hätten

die Unternehmen Waffen großen Kalibers mehrfach an den gleichen Käufer verkauft und Waffen extra mit für Mitglieder des organisierten Verbrechens besonders ansprechenden Designs ausgeführt. Gegen den Einwand der Beklagten, dass das PLCAA ihnen Immunität gewähre, argumentiert das Anwaltsteam, diese Bestimmung gelte nur für die USA, aber nicht für das Ausland wie Mexiko – eine auch von mehreren Dutzend US-Staatsanwälten unterstützte Argumentation.

Viele Beobachter:innen bezweifelten von Anfang an, dass die Klage erfolgreich sein würde. Umso wichtiger war daher der am 15. Februar 2022 von einer Gruppe von Opferfamilien erzielte Vergleich mit dem US-Waffenhersteller Remington: Nach dem Massaker in der Sandy-Hook-Volksschule im US-Bundesstaat Connecticut 2012 dauerte es bis 2019, dass das Oberste Gericht von Neuengland die Klage gegen Remington wegen Vermarktung in unmoralischer Weise überhaupt zuließ – und damit den Weg für den Vergleich ebnete. Dieser Prozess könnte die Erfolgsaussichten der Klage der mexikanischen Regierung erhöhen.

Nach allgemeiner Ansicht besorgen sich vor allem die Gruppen der organisierten Kriminalität die Schusswaffen illegal aus den USA. Zugleich ist es jedoch wahrscheinlich, dass ein Teil dieser illegalen Importe durch die Mitwirkung korrupter Teile der mexikanischen und/oder der US-Sicherheitskräfte ins Land kommt und somit teilweise auch eine Mitverantwortung beider Staaten besteht.

Die Klage beruft sich nicht auf das US-Strafrecht, sondern auf das US-Schadenersatzrecht. Sollte hier jedoch ein Urteil tatsächlich ein systematisches gravierendes Fehlverhalten der in den USA ansässigen Waffenunternehmen feststellen, so müssten die für Waffenexportkontrollen zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten mit noch mehr Nachdruck die Frage gestellt werden, ob Exporte von Handfeuerwaffen in die USA (!) tatsächlich im Einklang mit den eigenen rechtlichen und letztlich den völkerrechtlichen Regelungen stehen – angesichts des hohen Risikos der unerlaubten Weitergabe. ●

**Autor und Redaktion danken dem Internationalen Versöhnungsbund für die Quellenhinweise zum Thema.**

## Halbzeittest für López Obrador

Ist das Glas nun halbvoll oder halb leer? Das Ergebnis des Referendums, mit dem der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador, wie bei seinem Amtsantritt 2018 versprochen, am 10. April über seine Amtsführung abstimmen ließ, wird von Anhänger:innen und Gegner:innen unterschiedlich interpretiert.

Von Kristina Pirker, Mexiko

Während für die Opposition die verhältnismäßig niedrige Wahlbeteiligung – 17,7 % bzw. 17 Millionen Wahlberechtigte, also weit unter der vom Gesetz festgelegten Grenze von 40 %, um verpflichtend zu sein – das Scheitern des Referendums und den Popularitätsverlust des Präsidenten aufzeigt (immerhin wurde López Obrador von 30 Millionen Mexikaner:innen gewählt), ist es für seine Anhänger:innen ein Achtungserfolg. 15,6 Millionen stimmten für eine Kontinuität im Amt, das sind weit mehr als die 12,6 Millionen, die bei den Präsidentschaftswahlen von 2018 der konservative Kandidat Ricardo Anaya Cortés erhalten hatte.

Die Sympathisant:innen des Präsidenten machten für die niedrige Beteiligung die mangelnde Unterstützung der nationalen Wahlbehörde *Instituto Nacional Electoral* (INE) für dieses bisher einzigartige Experiment direkter Demokratie in Bezug auf das mexikanische Präsidentenamt verantwortlich. Im Budget 2022 musste die Institution einschneidende Kürzungen hinnehmen, was als zentrale Begründung verwendet wurde, um zunächst die öffentliche Kampagne, mit der die wahlberechtigte Bevölkerung über das Referendum und seine Bedeutung informiert werden sollte, auf ein Mindestmaß zu reduzieren, und dann nur ein Drittel der ursprünglich vorgesehenen Wahlzellen zu installieren. Vor allem in ländlichen Gebieten bedeutete das oft Distanzen von fünf bis zehn Kilometern für die Teilnahme an der Abstimmung. Dazu kommt, dass die drei wichtigsten Oppositionsparteien (*Partido Revolucionario Institucional*, *Partido Acción Nacional* und *Partido de la Revolución Democrática*) zu einem Boykott aufgerufen hatten. Mobilisiert wurde daher vor allem die Basis von López Obrador und seiner Partei MORENA (*Movimiento de Regeneración Nacional*).

Die Resultate des Referendums zeigen daher vor allem auf, wo das Projekt von López Obrador, die Idee der „Vierten

Transformation“ und die Parteistruktur über soziale Verankerung verfügen, und wo die Unterstützung im Vergleich zu den letzten Wahlen gesunken ist. Strategische Information, sowohl für die bevorstehenden Lokalwahlen im Juni in Aguascalientes, Durango, Hidalgo, Oaxaca, Quintana Roo und Tamaulipas, aber auch schon für die Präsidentschaftswahlen 2024. Dass der Südosten Mexikos eine Bastion von MORENA und López Obrador ist, hat sich wieder einmal bestätigt: Der Bundesstaat Tabasco, Geburtsort des Präsidenten und Anfangspunkt seiner politischen Karriere in den 1980er Jahren als Funktionär des lokalen Instituts für die indigene Bevölkerung (*Instituto Nacional Indigenista*), wies mit 35,9 % die höchste Wahlbeteiligung auf, gefolgt von Chiapas (32 %), Campeche (27,8 %) und Veracruz (26,8 %). Im Gegensatz dazu wurde in den nördlichen und traditionell konservativ wählenden Bundesstaaten die niedrigste Wahlbeteiligung verzeichnet: Jalisco, Aguascalientes und Guanajuato mobilisierten unter 10 % ihrer Wahlberechtigten. Die Resultate von Mexiko Stadt wiederum bestätigen die Gefahr einer Erosion der Unterstützung für MORENA in der seit 1997 von der Linken regierten Hauptstadt. Mit einer Wahlbeteiligung von 19,7 % liegt die Stadt im Mittelfeld.

Kurzfristig wird sich vor allem der Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem nationalen Wahlinstitut unter seinem Vorstand Lorenzo Córdova vertiefen. Die Konsolidierung einer öffentlichen, von der Regierung unabhängigen Institution zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen sowie der administrativen und rechtlichen Validierung der Ergebnisse war eines der wesentlichsten Resultate der kontrollierten und zwischen den zentralen Parteien ausgehandelten Öffnung des politischen

Systems Mexikos seit Mitte der 1990er Jahre. Allerdings wurde mit der Zeit diese Institution zu einem zwar technisch sehr ausgetüftelten Apparat zur Wahlabwicklung, aber auch immer mehr zum Symbol einer zwar repräsentativen, aber abgehobenen und teuren Parteiendemokratie, wo die Vorstandmitglieder der Wahlbehörde von den Parlamentarier:innen gewählt werden und Partizipationsmechanismen der direkten Demokratie ein Schattendasein fristen.

In diesem Zusammenhang ist auch der am 28. April von López Obrador vorgelegte Vorschlag einer Wahlrechtsreform zu verstehen: Die Reduzierung der Zahl von Kongressabgeordneten und Senator:innen soll Steuergeld einsparen und die Direktwahl der Mitglieder der Wahlbehörde eine Demokratisierung dieser Institutionen vorantreiben. Ein risikoreicher Vorschlag, meint Lorenzo Córdova, Chef der Wahlbehörde, in einem Interview in der liberalen Zeitschrift *Nexos* vom 27. April, da die von der Regierung vorgeschlagene Gesetzesänderung nicht auf Verhandlungen und dem Konsens der Parteien beruht, die sich ja an die Spielregeln der Wahlen halten sollten, um deren Resultate dann nicht in Frage zu stellen. Einig sind sich Córdova und López Obrador nur darin, dass Mexikos Wahlsystem auf eine Krise zusteuert. Für den einen sitzt der Hauptverantwortliche für diese Krise allerdings im Präsidentenpalast, von wo aus er Spielregeln und Institutionen in Frage stellt, während López Obrador und seine Anhänger:innen den Verschleiß einer elitären, abgehobenen und daher nicht mehr zeitgemäßen Parteiendemokratie sehen, die dringender Veränderung bedarf. ○

Die Autorin lehrt am *Instituto Mora* in Mexiko Stadt ([kparker@institutomora.edu.mx](mailto:kparker@institutomora.edu.mx)).



Die Popularität von AMLO ist nicht überall in Mexiko ungebrochen  
© Gerardo Magallón

# Casino-Kapitalismus in den Tropen

## Bukeles gefährliche Bitcoin-Wette

In El Salvador läuft seit September 2021 ein gewagtes Experiment. Nach nur drei Monaten Vorbereitung führte das mittelamerikanische Land den Bitcoin als zweites legales Zahlungsmittel neben dem US-Dollar ein. Über beide Währungen hat El Salvador keinerlei Kontrolle, wie sie eine Zentralbank über die einheimische Währung zumindest theoretisch ausübt. Der nach Christoph Kolumbus benannte salvadorianische Colón wurde schon 2001 abgeschafft. Seitdem war das Land auch offiziell dollarisiert, nun ist eine Kryptowährung hinzugekommen.

Von Christian Ambrosius

Im Juni 2021 überraschte Nayib Bukele, der erst 40-jährige Präsident El Salvadors, die internationale Bitcoin-Gemeinde und die eigene Bevölkerung mit einer Video-Nachricht von der *Bitcoin 2021 Conference* in Miami. Als weltweit erster Staat versprach das kleine zentralamerikanische Land, die bisher wichtigste und bekannteste Digitalwährung als legales Zahlungsmittel einzuführen. In Windeseile segnete das von seiner Partei *Nuevas Ideas* kontrollierte Parlament das sogenannte Bitcoin-Gesetz ab. Am 7. September wurde der Bitcoin als zweites legales Zahlungsmittel nach dem US-Dollar eingeführt.

Damit schuf El Salvador eine bis dato einzigartige Situation: Während der US-Dollar von der US-amerikanischen Zentralbank kontrolliert wird, kommt der Bitcoin gleich ganz ohne Staat aus. Dank seiner Blockchain-Technologie werden Transaktionen dezentral organisiert und die Ausgabe neuer Zahlungseinheiten über den enormen Energieverbrauch knapp gehalten, der bei der „Prägung“ neuer digitaler Münzen anfällt. Bitcoin-Fans feiern diese Technologie als revolutionäre Befreiung von staatlicher Manipulation und Einflussnahme – und Bukele sich selbst als Visionär einer finanziellen Avantgarde.

Tatsächlich ist der Bitcoin für den Alltagsgebrauch wegen seiner hohen Volatilität nicht sonderlich attraktiv und wird bisher vor allem als spekulatives Investitionsobjekt genutzt. Wie im Casino sind mit dem Bitcoin-Erwerb hohe Gewinne möglich, aber eben auch hohe Verluste. Erfahrung damit hat auch Bukele selbst

gemacht: Nach eigenen Angaben auf Twitter hat er mit öffentlichen Geldern bisher mindestens 1.391 Bitcoins zu einem durchschnittlichen Preis von etwa 50.000 US-Dollar pro Bitcoin erworben, deren Wert Mitte Januar um 14 Prozent niedriger lag als ihr durchschnittlicher Einkaufspreis. Damit hätte Bukele rund zehn Millionen US-Dollar aus der Staatskasse verspielt.<sup>1</sup>

Angesichts von Bukeles unberechenbarer Wirtschaftspolitik ist der Risikoaufschlag für salvadorianische Staatsanleihen zudem stark angestiegen, was den Schuldendienst aus Zins- und Tilgungszahlungen nach oben treibt. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über einen Kredit von 1,3 Milliarden US-Dollar weiterhin in der Schwebe ist. Dass der IWF ihn überhaupt gewährt, wird angesichts der Entwicklungen im Land zunehmend unwahrscheinlicher.

Gleichzeitig lehnt die deutliche Mehrheit der salvadorianischen Bevölkerung den Bitcoin ab. Entsprechend einer Umfrage der Zentralamerikanischen Universität UCA haben 70 Prozent gar kein oder nur wenig Vertrauen in die Digitalwährung. Das liegt auch daran, dass die Einführung des Bitcoin holprig verlief: Die staatliche *Chivo-App* für Bitcoin-Transaktionen ließ sich auf vielen Plattformen nicht installieren. Zudem hatten sich viele Personen mit falschen Identitäten registriert, um das Startgeschenk der Regierung von 30 US-Dollar für die Installation der App zu erhalten. Nach zwei Tagen war dessen Wert auf 28 US-Dollar gesunken, weil der Bitcoin-Kurs gefallen war. Am 15. September, dem Jahrestag der Unabhängigkeit, demonstrierten Tausende Salvadorianer:innen gegen die Regierung und die Einführung des Bitcoin, ein weiterer großer Protestmarsch folgte im Oktober. Zwar ist Bukele weiterhin enorm populär mit Zustimmungsraten von über 80 Prozent, doch hat seine Beliebtheit erste Kratzer bekommen.

Der Gegenwind hat Bukele nicht von seinem Kurs abgebracht. Im Gegenteil: Mit einer aufwändigen medialen Inszenierung hat er Ende November am Strand von El Salvador neue Projekte angekündigt. Er versprach den Verkauf von Bitcoin-Bonds im Wert von insgesamt einer Milliarde US-Dollar – wohl nicht zufällig etwa in der Höhe des vom IWF zurückgehaltenen Kredites. Ein Teil davon soll zur Finanzierung von „Bitcoin-City“ verwendet werden, einer neu zu schaffenden salvadorianischen Stadt mit weitreichender Autonomie für Bitcoin-Investor:innen. Die Energie für die Stadt soll der anliegende Vulkan *Conchagua* liefern. Er soll auch den Energiebedarf für die Prägung digitaler Münzen decken. Dass die Energiekosten eigentlich viel zu hoch sind, um die Prägung von Bitcoins in El Salvador rentabel zu machen, hat der Euphorie unter Bukeles Anhänger:innen keinen Abbruch getan.

### Skeptische Expert:innen

Anders als in der Bitcoin-Gemeinde finden die Vorschläge Bukeles unter Volkswirt:innen kaum Unterstützung. Schließlich verträgt sich die extreme Volatilität des Bitcoin schlecht mit dem Ziel makroökonomischer Stabilität als Grundlage für verlässliche Investitionen und langfristiges Wachstum. Warum geht Bukele also ein derart riskantes Experiment ein – allen Warnungen von Expert:innen zum Trotz? Offiziell wird zur Begründung auf die Vereinfachung von Zahlungen für all jene verwiesen, die keinen Zugang zum formalen Bankensystem haben. Demnach kann jeder, der über ein Smartphone verfügt, am globalen Zahlungsverkehr teilhaben. Vor allem das Senden der sogenannten *remesas*, der Überweisungen vor allem aus den USA durch die über zwei Millionen Migrant:innen mit salvadorianischen Wurzeln, soll einfacher und billiger werden. Die *remesas* machen über 20 Prozent des Bruttosozialprodukts El Salvadors aus.

Das offizielle Argument pro Bitcoin ist aus mindestens drei Gründen fadenscheinig: Erstens fallen weiterhin Transaktionskosten an, wenn US-Dollar zunächst in Bitcoin und dann wieder zurück in



Die Bevölkerung sieht den Bitcoin mehrheitlich kritisch, unterstützt aber weiterhin Bukele; © Contrapunto

US-Dollar getauscht werden müssen. Zweitens bedarf es im Prinzip keiner staatlichen Erlaubnis, um internationale Geldsendungen per Bitcoin durchzuführen. Denn genau darin liegt ja die Besonderheit des Bitcoin: Die Transaktionen funktionieren ohne staatliche Legitimation. Drittens ist finanzielle Inklusion sehr viel mehr, als globale Zahlungen in digitalen Währungen abschließen zu können. Viel wichtiger für ärmere Haushalte ist der Zugang zu sicheren Sparoptionen, Krediten zu vernünftigen Konditionen und grundlegenden Versicherungsprodukten. Es grenzt an Zynismus, den Zwang, Zahlungen in einer spekulativen Vermögensform entgegennehmen zu müssen, als finanzielle Inklusion zu verkaufen.

Zu vermuten ist, dass Bukele mit dem Bitcoin-Gesetz vor allem digitales Geld anlocken möchte und dabei den Standortvorteil als dollarisiertes Land ausspielt, das El Salvador attraktiv für Geldwäsche macht. Auch deshalb richtet sich seine vornehmlich englischsprachige Kommunikation an ein internationales Publikum, während die eigene Bevölkerung kaum Informationen erhält. Durch die verordnete Akzeptanz der Kryptowährung als prinzipiell gleichberechtigtes Zahlungsmittel können die digitalen Münzen bequem in US-Dollar oder reale Vermögenswerte, zum Beispiel Immobilien, getauscht werden. Allzu viele Nachfragen von Regulierungsbehörden sind nicht zu befürchten. Der salvadorianische Staat wird kein großes Interesse daran haben, den Ursprung pseudonymer Zahlungsströme ernsthaft nachzuerfolgen. Zudem bedeutet weitgehende Autonomie einer Bitcoin-City in El Salvador vermutlich auch, dass sich das Land seiner

Verantwortung für die Einhaltung von Geldwäscheregelungen entziehen könnte. Stattdessen wirbt Bukele offensiv um das Bitcoin-Paradies in den Tropen, das er mit Aufenthaltstiteln für all jene versüßt, die mindestens drei Bitcoin (aktuell rund 130.000 US-Dollar)<sup>2</sup> im Land investieren. Dem libertären Traum von „Bitcoin-City“ hat Bukele weitgehende Steuerfreiheit zugesichert, ledig-

lich zehn Prozent Mehrwertsteuer sollen die zukünftigen Bewohner:innen zahlen. Sollte die Rechnung aufgehen, wäre El Salvadors Bitcoin-Ökonomie ein Modell von „Entwicklung“, das nicht auf die wirtschaftliche Ermächtigung benachteiligter Gruppen abzielt. Es wäre ein Modell, das darauf hofft, im Schattenreich des globalen Kapitalismus eine profitable Nische zu finden.

### Autoritäre Entwicklung

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die mediale Aufmerksamkeit rund um Bitcoin, Bitcoin-City und Bitcoin-Bonds wirkt wie Nebelkerzen, die vom autoritären Umbau des Staates ablenken, den Bukele in einem atemberaubenden Tempo vorantreibt.<sup>3</sup> Er hat in der Rekordzeit von nur zwei Jahren die Gewaltenteilung und demokratische Kontrollmechanismen abgeschafft. Er hat etwa ein Drittel der Richter:innen abbestellt und gesetzeswidrig die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofes mit regierungstreuen Jurist:innen besetzt, die ihm – verfassungswidrig – seine Wiederwahl erlaubt haben. Die Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit und Korruption in El Salvador (CICIES), die er erst vor zwei Jahren gemeinsam mit der Organisation Amerikanischer Staaten gegründet hatte, hat Bukele aufgekündigt. Auch Einschüchterungen von Journalist:innen und

anderen Kritikern hat er ermutigt und toleriert. Erst kürzlich wurde nachgewiesen, dass die Telefone von mindestens 35 Journalist:innen und Oppositionellen von der israelischen Spionagesoftware Pegasus überwacht wurden. Man kann davon ausgehen, dass Bukele hinter ihrer Überwachung steckt.

Sollte Bukele es schaffen, dank Bitcoin-Bonds die drohende Zahlungsunfähigkeit auch bei einem Ausfall weiterer IWF-Kredite abzuwenden, hätte er ausreichend Zeit, seine Machtposition abzusichern, bevor der Stern seiner Popularität sinkt. Dann würde er auf lange Zeit die Politik des Landes bestimmen. Das benachbarte Nicaragua der Ortigas auf der anderen Seite des Golfo de Fonseca, nicht weit entfernt von der geplanten Bitcoin-City, steht als mahnendes Beispiel für eine Familiendiktatur, auf die auch El Salvador unter dem Clan der Bukeles zusteuert. Geht das Experiment schief, so stehen dem geplagten Land schwere soziale, wirtschaftliche und politische Konflikte bevor. In beiden Fällen zahlen 6,5 Millionen Salvadorianer:innen einen hohen Preis für das Experiment ihres Präsidenten. ○

**Dieser Text ist zuerst in den Lateinamerika Nachrichten im Februar 2022 erschienen.**

- 1 Laut der Zeitschrift *New Scientist* vom 5. März 2022 hat El Salvador 85,5 Mio. USD für den Kauf von Bitcoins ausgegeben, deren Wert nach Schätzungen auf 76,1 Mio. USD (und seither auf unter 50 Mio.) gefallen ist.
- 2 Siehe dazu auch Kurznachricht auf Seite 34



Bis Ende April ließ Bukele über 18.000 Mitglieder von Jugendbanden verhaften; © Presidencia de El Salvador

## Bitcoin-City in El Salvador

Das Projekt einer digitalen Stadt im ersten Land der Welt mit einer Kryptowährung als gesetzliches Zahlungsmittel löst Begeisterung und Sorge aus.

Von Alberto Ramos

Am 8. Juni verabschiedete das Parlament in San Salvador das Bitcoin-Gesetz. El Salvador ist damit das erste Land der Welt, das eine Kryptowährung als gesetzliches Zahlungsmittel einführte. Vergangenen September trat das Gesetz in Kraft. Seitdem hat Präsident Nayib Bukele insgesamt 1.801 Bitcoins im Wert von 84,3 Millionen US-Dollar angekauft. Bis Anfang April wurden 51 Bitcoin-Automaten eröffnet und jeder Staatsbürger/jede Staatsbürgerin bekam ein Konto im Wert von 30 US-Dollar in Bitcoin.

Zwei Jahre zuvor hatte man begonnen, Bitcoins am Strand von El Zonte zu verwenden, einem beliebten internationalen Surfsport, der nur 43 Kilometer von der Hauptstadt entfernt ist. Touristen konnten dort für viele Dienstleistungen mit der Kryptowährung bezahlen. An einem anderen Strand, Santa María Mizata, rief Präsident Bukele am 21. November 2021 die Gründung von Bitcoin-City aus, einer Stadt für Investoren in Kryptowährungen, wo außer der Mehrwertsteuer keine Abgaben erhoben werden.

Das Schürfen von Bitcoins in El Salvador erfolgt mit geothermischer Energie in einer Anlage, die von La Geo betrieben wird, einem Unternehmen, das seit mehreren Jahren Strom aus vulkanischen Quellen erzeugt.

Bitcoin-City wird am Fuße des Vulkans Conchagua im Departement La Unión entstehen, wo die geothermische Energie zum „Schürfen“ genutzt werden kann. Diese Stadt soll kreisförmig angelegt werden und wird sämtliche Dienstleistungen und Konsumgüter für ihre Bewohner enthalten. Bitcoin City wird über Einkaufszentren, Restaurants und Wohngebiete verfügen, die sich alle um Bitcoin drehen. Dazu kommen Dienstleistungen, Unterhaltung, ein Flughafen, ein Hafen und eine Eisenbahn sowie Einrichtungen für kulturelle und sportliche Aktivitäten. All das an den Hängen des Vulkans Conchagua, der die Energie für das Mining von Bitcoin und den Bedarf der Stadt liefern soll.

Präsident Bukele erschien zum Abschluss einer „Bitcoin-Week“, in der Kryptowährungsexpert:innen aus aller Welt Erfahrungen austauschen und das Bitcoin-Gesetz von El Salvador kennenlernen konnten.

Im November 2021 fand auch die lateinamerikanische Bitcoin- und Blockchain-Konferenz statt, wo der Präsident verkündete: „Investieren Sie hier und verdienen Sie so viel Geld, wie Sie wollen“.

Der Staatschef gab bekannt, dass während der Konferenz der Gegenwert von einem Bitcoin für das Kinderspital Benjamin Bloom in San Salvador gespendet wurde. Weitere Projekte würden mit den Erlösen aus der Einführung der Kryptowährung finanziert, darunter 20 Bildungszentren und eine Tierklinik namens „Chivo Pets“, wo Haustiere für 25 Dollarcent 24 Stunden am Tag behandelt werden sollen.

„Wir werden nie wieder Einkommensteuern erheben, Null Grundsteuer, Null Lohnsteuer, Null Gemeindesteuern und Null CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Die einzige Steuer, die Sie in Bitcoin zahlen werden, ist die Mehrwertsteuer, von der die Hälfte für die Bezahlung der Anleihen der Stadt und der Rest für öffentliche Infrastruktur und die Instandhaltung der Stadt eingesetzt wird“, versprach der Präsident.

50 Prozent der Stadtfläche sind für Wohngebiete vorgesehen, 20 Prozent für den sozialen Bereich, zehn Prozent für Grünflächen und acht Prozent für Industrie und Büros, sieben Prozent für die Installation digitaler Geräte, drei Prozent für die Öko-Innovation der Stadt und zwei Prozent für Verkehr.

Die ablehnende Reaktion der Vereinigten Staaten, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Gegner der Bukele-Regierung ließ nicht lange auf sich warten: Die US-Kongressabgeordnete Norma Torres hat eine Initiative eingebracht, die darauf abzielt, die Risiken von Bitcoin in El Salvador für Geldwäsche und die Verwundbarkeit eines Finanzsystems ohne internationale Überwachungsmechanismen prüfen zu lassen.



Bukele schenkte dem Milliardär einen Bitcoin; © www.arout.net

In einem Bericht vom November 2021 warnte der IWF die Regierung vor dem möglichen Anwachsen der Staatsverschuldung auf über 95 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2026 durch das „Fehlen entscheidender politischer Maßnahmen, die das Haushaltsungleichgewicht korrigieren und Wachstumshemmnisse abmildern können“.

Nach Angaben des Präsidenten wird innerhalb von 60 Tagen nach der Finanzierung mit dem Bau der Stadt begonnen. Die für vergangenen März angekündigte Emission von Bitcoin-Anleihen im Wert von einer Milliarde Dollar wurde ohne Angabe von Gründen bis auf Weiteres verschoben.

„Wir zeigen, dass man mit Bitcoin viele Dinge tun kann“, betonte Bukele. „Bitcoin wird die Welt verändern, das ist bereits im Gange. Das ist eine normale Entwicklung, die man nicht aufhalten kann.“ Unter den Besuchern in El Salvador war auch der mexikanische Milliardär Ricardo Salinas, Eigentümer von TV Azteca, der ins Land kam, um sich über das von Präsident Bukele geförderte Bitcoin-Projekt zu informieren. Der Geschäftsmann, Gründer und Präsident des Grupo Salinas, dem die Banco Azteca und andere Unternehmen angehören, traf am 24. März mit Bukele zusammen, um über Bitcoin zu diskutieren.

Obwohl die salvadorianische Wirtschaft weltweit gesehen wenig Gewicht hat, fürchten die Vereinigten Staaten, dass andere Länder diesem Beispiel folgen und Kryptowährungen als gesetzliches Zahlungsmittel einführen könnten. Dadurch würde die Vorherrschaft des Dollars in der Weltwirtschaft geschwächt. ●

**Der Autor ist Mitglied der Partei Nuevas Ideas von Präsident Bukele.**



## Steile Anstiege

Als erster Progressiver könnte Gustavo Petro Kolumbiens Präsident werden. Doch die liberale Elite fürchtet um ihre Privilegien und hält dagegen.

Von Stefan Peters und Kristina Birke Daniels

Steht Lateinamerika nach den Wahlsiegen von Xiomara Castro in Honduras und Gabriel Boric in Chile vor einer neuen progressiven Welle? Die Präsidentschaftswahlen in Kolumbien und Brasilien in diesem Jahr werden weltweit aufmerksam verfolgt. Kolumbien galt lange Zeit als rechter Stabilitätsanker in Lateinamerika. Ein Wahlsieg des aktuellen Favoriten Gustavo Petro – einem linken Sozialdemokraten, der stets um die Bildung breiter Koalitionen bemüht ist – hätte im traditionell konservativen Kolumbien durchaus Signalwirkung. Eine progressive Welle wird in der Region im Hinblick auf einen sozial-ökologischen Aufbruch dringend gebraucht.

Die Ergebnisse der kolumbianischen Parlamentswahlen und der Vorwahlen für das Präsidentschaftsamt am 13. März waren eine erste Kraftprobe. Das Rennen um die Präsidentschaft bleibt aber weiterhin offen. Der Wahlkampf gleicht einer Berg- etappe nach Alpe d'Huez bei der Tour de France. Er ist lang, nimmt viele Wendungen, richtet den Fokus auf die Kapitäne, gibt vielversprechenden Newcomern die Möglichkeit, sich in Szene zu setzen, und steht immer unter dem latenten Verdacht von Betrug. Seit den Vorwahlen ist klar, dass die breite Linksallianz *Pacto Histórico*

(Historischer Pakt) mit Gustavo Petro den aussichtsreichsten Kandidaten für die erste Runde der Präsidentschaftswahlen am 29. Mai ins Rennen schickt. Doch noch ist nichts entschieden: Schon so mancher Ausreißer ist auf dem Weg zum Gipfel ins Straucheln geraten.

Nach Jahrzehnten als Senator greift der 62-jährige Petro, der von 2012 bis 2015 auch Bürgermeister der Hauptstadt Bogotá war, nun nach der Macht. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen 2018 unterlag er knapp. Für den diesjährigen Wahlkampf stellt er sich bewusst breit auf und betont – ähnlich dem Ansatz der chilenischen Regierung – den inklusiven Charakter seines Bündnisses. Dabei zeigt er auch keine Scheu, etablierte Politikerinnen und Politiker und ihre unappetitlichen klientelistischen Seilschaften einzubeziehen. Trotzdem versucht er für Kolumbien etwas Einmaliges: nämlich den vielfältig marginalisierten Bevölkerungsgruppen eine Stimme innerhalb seines politischen Projekts zu geben.

Die Verkörperung dieser Stimme ist seine Vizepräsidentenskandidatin Francia Márquez, die erste Afro-Kolumbianerin, die diese Position übernehmen könnte. Die Aktivistin und Anwältin hatte

bei den Vorwahlen insgesamt die drittmeisten Stimmen aller Kandidaten – ein beachtlicher Überraschungserfolg. Ihre Wählerschaft zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten, aber vor allem bei den jüngeren Generationen schnitt sie besonders stark ab. Sie verkörpert den Wunsch nach schnellen radikalen Veränderungen und einer sofortigen Transformation der Gesellschaft. Gustavo Petro versucht mit ihrer Ernennung, die vielen jungen Protestierenden zu mobilisieren und vor allem die hohe Zahl derjenigen, die nicht wählen gehen. Allerdings bleibt offen, ob dieser Versuch ausreicht, um die Wahlen zu gewinnen.

Dank des Friedensschlusses mit der ältesten Guerilla Lateinamerikas hat sich das Land politisch verändert. Zweifellos gewinnt das neue kolumbianische Parlament an Diversität. Mehr Frauen, Afro-Kolumbianer, LGBTQI-Abgeordnete und Indigene werden das Land künftig vertreten. Erstmals wurden 16 Sitze an Opfer aus den Regionen vergeben, die besonders vom internen bewaffneten Konflikt betroffen sind. Doch die Bilanz fällt gemischt aus: Neben anerkannten Menschenrechtsverteidigern zogen im März auch Personen mit engen Verbindungen zu Paramilitärs und den Seilschaften der traditionellen Parteien über diesen Weg ins Parlament ein. Ihre Rolle dort bleibt abzuwarten.

Alles in allem zeigt sich nach der ersten Wahletappe ein heikler Mix aus Kontinuität und Wandel. Gustavo Petro reklamiert für sein Bündnis den Wahlsieg – weitgehend zu Recht. Der *Pacto Histórico* erhielt bei den Kongresswahlen die meisten Stimmen, Petro persönlich die meisten bei der Vorwahl. Aber der Wahlsieg der politischen Linken ist nur die halbe Wahrheit. Denn im Senat und Repräsentantenhaus gibt es nach wie vor keine progressive Mehrheit. Nichtsdestoweniger startet Petro quasi mit dem gelben Trikot in die Präsidentschaftswahlen. Alte klientelistische Machtstrukturen haben das politische System Kolumbiens allerdings weiterhin fest im Griff. Insofern ist selbst im Falle von Petros Sieg ein



Folgt Petros Erfolg bei den Parlamentswahlen die Wahl zum Präsidenten?; © Raúl Arboleda, AFP

radikaler Wandel aufgrund der Kongresszusammensetzung wenig wahrscheinlich.

Die Mehrheitsverhältnisse werden die dringend erforderlichen mutigen Reformen zur Bearbeitung der krisenhaften Entwicklung Kolumbiens erschweren. Die Ursachen des heftigen sozialen Aufstands von 2021 wurden bislang kaum bearbeitet. Armut und soziale Ungleichheiten haben zugenommen, auch durch die Pandemie. Steigende Nahrungsmittelpreise erhöhen die Hungergefahr. Gleichzeitig ist das Land hochverschuldet. Die Sicherheitssituation hat sich in vielen Regionen des Landes in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. Bedrohungen, politische Gewalt und Morde an Aktivistinnen, Menschenrechtsverteidigerinnen und ehemaligen FARC-Kämpfern sind gerade in den abgelegenen Regionen an der Tagesordnung. Dies wird von Polizeigewalt, Korruptionskandalen und einem geringen Vertrauen der Bevölkerung in die meisten staatlichen Institutionen ergänzt. Der historische und international viel gelobte Friedensprozess wurde von der aktuellen Regierung ausgehöhlt. Er befindet sich nun in einer kritischen Phase.

Kolumbien steht vor einer Richtungs- wahl. Es könnte ein Duell zwischen Gustavo Petro und dem rechtskonservativen Federico „Fico“ Gutiérrez geben. Gutiérrez hat die Unterstützung des rechten *Centro Democrático*, der Partei des ehemaligen Präsidenten Alvaro Uribe und des amtierenden Präsidenten Iván Duque. Sie sind die größten Verlierer dieser ersten Etappe. Das Duellszenario ist jedoch keineswegs sicher. Auch der rechtspopulistische Kandidat Rodolfo Hernández, der sich als politischer Outsider und unerschrockener Kämpfer gegen die Korruption inszeniert, spielt eine Rolle. Die politische Mitte scheint dagegen chancenlos. Ihr Kandidat Sergio Fajardo ist deutlich geschwächt. Er bräuchte ein Wunder, um in die Stichwahl zu kommen – bei der er dann paradoxerweise jedoch gute Chancen hätte. Ebenfalls aus der Mitte kandidiert die international vielbeachtete Ingrid Betancourt, die 2002 als Präsidentschaftskandidatin von der FARC-Guerilla entführt wurde. Der einzigen Frau unter den Kandidaten werden jedoch kaum Chancen eingeräumt.

Die liberale Elite des Landes bringt sich indes bereits gegen einen Sieg der Linken in Stellung. Der Wahlkampf ist geprägt

vom Rassismus, Sexismus und Klassismus gegen Francia Márquez. Selbst dem seit über dreißig Jahren demobilisierten Petro wird stets seine Vergangenheit als Mitglied einer Guerillaorganisation vorgeworfen. Die Abneigung gegenüber einer Umverteilung sowie der drohende Verlust einiger üppiger Privilegien scheint die politischen Kräfte der etablierten Mitte stärker zu treiben als die Hoffnung auf eine gerechtere und friedlichere Zukunft.

Darüber hinaus schwebt über den Wahlen das Damoklesschwert des Wahlbetrugs. Neben Stimmenkauf und Klientelismus wurde bei den jüngsten Parlamentswahlen das geringe Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen dadurch weiter erschüttert, dass hunderttausende Stimmen – überwiegend für oppositionelle Parteien der Mitte oder der Linken – zunächst „verschwunden“ waren und erst bei Neuauszählungen berücksichtigt wurden.

Auch außenpolitisch sind die Herausforderungen immens. Im Wahlkampf werden zwar erwartungsgemäß kaum außen- und sicherheitspolitische Fragen diskutiert – obwohl das Land einen gewaltsamen Friedensprozess durchlebt. Auch das geopolitische Umfeld ist herausfordernder geworden. Kolumbien ist Partnerland der NATO und nimmt, trotz der wiederholten Menschenrechtsverbrechen seitens des Militärs, als deren neuer Premiumpartner eine Pionierrolle in dem Militärbündnis ein. Der direkte Nachbar Venezuela hingegen pflegt seit Jahrzehnten enge politische, wirtschaftliche und militärische Verbindungen zu Russland und China. Aktuell hat die kolumbianische Regierung die Beziehungen zu Venezuela aus ideologischen Gründen abgebrochen. Grenzkonflikte drohen ständig zu eskalieren. Angesichts der schicksalhaften Verknüpfung beider Länder muss der nächste Präsident dringend neue Wege gehen. Kolumbien hat in den letzten Jahren fast zwei Millionen venezolanischen Flüchtlingen einen Aufenthaltsstatus gewährt. Gleichzeitig agieren kolumbianische Guerillaorganisationen mittlerweile in beiden Ländern. Lösungen für diese Probleme werden nur durch Kooperation zu finden sein.

In den kommenden Wochen wird sich zeigen, ob es Gustavo Petro noch schafft, die Mitte von seiner Präsidententauglichkeit zu überzeugen. Dafür bemüht er sich

auch, etwas vom Ruhm Egan Bernals abzubekommen, dem ersten lateinamerikanischen Sieger der Tour de France. Petro weist gerne darauf hin, dass es seine Kommunalpolitik – in jungen Jahren, kurz nach seiner Demobilisierung aus der M19 – gewesen sei, die in Egans Heimatstadt Zipaquirá die ersten Sozialprogramme aufgebaut habe. Diese hätten es dem Superstar überhaupt erst ermöglicht, als Jugendlicher eine Karriere im Profisport zu starten. Bernal hat sich zumindest nicht gegen die Vereinnahmung gewehrt. Er demonstriert nach einem Horrorsturz gerade sein spektakuläres Comeback. Vielleicht kämpfen sich bald beide zurück ins Scheinwerferlicht – und verleihen damit auch dem Land nach den Rückschlägen und Verletzungen der letzten Jahre wieder Rückenwind. ○

**Stefan Peters ist Direktor des Deutsch-Kolumbianischen Friedensinstituts (CA-PAZ) mit Sitz in Bogotá sowie Professor für Friedensforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Kristina Birke Daniels ist Leiterin der FES-Büros in Bogotá und Stockholm.**

Der Artikel ist erstmals am 4. April im IPG Newsletter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erschienen.



## Ein Blumenstrauß mit eigenem Glanz

Wenn es im kolumbianischen Präsidentschaftswahlkampf eine überraschende Erscheinung gibt, dann ist es Francia Márquez. Die 40jährige afrokolumbianische Umweltaktivistin wurde vom aussichtsreichsten Amtsanwärter Gustavo Petro zur Kandidatin für die Vizepräsidentschaft ernannt.

Von Ralf Leonhard

In Kolumbien stehen die Zeichen auf politischen Wandel. Niemand zweifelt daran, dass Gustavo Petro, der 62jährige Ökonom und Ex-Guerillero des M19, bei den Wahlen vom 29. Mai die meisten Stimmen bekommen wird. Ein Sieg in der Stichwahl ist möglich. Mit seinem Bündnis *Pacto Histórico* hat er bei den Parlamentswahlen am 13. März die meisten Abgeordnetenmandate und Senatoren gewinnen können. Alle Umfragen bescheinigen ihm einen gewaltigen Vorsprung vor Federico „Fico“ Gutiérrez, Ex-Bürgermeister der Millionenstadt Medellín und der Mann, der von den Rechtsparteien unterstützt wird und für das gegenwärtige System steht. Bei Vorwahlen, die gleichzeitig mit der Abstimmung über die Parlamentssitze stattfanden, hat Petro mit 4,5 Millionen Stimmen oder 80 Prozent ein eindeutiges Mandat seines Bündnisses

bekommen. Aber Francia Márquez landete mit 800.000 Stimmen einen Achtungserfolg.

Petro hat zwar eine Vergangenheit als Guerillero, aber als Bürgermeister von Bogotá auch reichlich Erfahrung in der Spitzenpolitik und erreichte 2018 die Stichwahl um die Präsidentschaft. Francia Márquez gehört zu einer Minderheit, die bisher nur auf kommunaler Ebene präsent war. 1981 in der afrokolumbianischen Gemeinde Suárez, Departamento Cauca, geboren, war sie von Kind an mit den Geißeln des Drogenhandels, des illegalen Bergbaus und des bewaffneten Konflikts konfrontiert. Wie viele Mädchen ihres sozialen Hintergrunds verdingte sie sich als Dienstmädchen bei einer Oberschichtsfamilie in der Metropole Cali. Durch eisernes Sparen konnte sie genug auf die Seite legen, um an der *Universidad Santiago de Cali* Jus zu inskribieren und zu promovieren.

Schon mit 13 Jahren war Márquez gegen ein Staudammprojekt aufgetreten. 2014 führte sie einen Marsch von 80 Frauen über 600 Kilometer in die Hauptstadt Bogotá an, um gegen den illegalen Goldabbau in ihrer Heimatregion zu protestieren. Mit Erfolg: Die Regierung ließ die Goldgräber in den folgenden zwei Jahren vertreiben. Márquez bekam 2018 den *Goldman Environmental Award* verliehen. Das ist so etwas wie der Nobelpreis für Umweltaktivist:innen.

Zu ihrer Popularität in Kolumbien hat das kaum beigetragen. Als sie sich 2018 im Alleingang um einen Parlamentssitz bewarb, scheiterte sie krachend. Inzwischen gehört sie zu den bekanntesten Persönlichkeiten in der Politik. Ein gescheitertes Attentat auf ihr Leben bei einem Treffen mit führenden Indigenen und Menschenrechtsaktivist:innen am 4. Mai 2019 beweist, dass ihre Positionen von demokratiefeindlichen Gruppen als Bedrohung wahrgenommen werden.

Nach Daten des Instituts für Entwicklungsstudien und Frieden (*Indepaz*), sind bis 19. April allein in diesem Jahr 52 Anführer:innen von sozialen Organisationen in Kolumbien ermordet worden. Seit Unterzeichnung des Friedensvertrags mit den FARC im August 2016 sind es 1331. Dazu kommen 313 demobilisierte Guerilleros.

Obwohl sie als erste ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen bekannt gemacht hat, wurde die Feministin und Afro-Aktivistin anfangs nicht zu den TV-Debatten eingeladen. Erst als Gustavo Petro seine Teilnahme verweigerte, wenn sie nicht berücksichtigt würde, kam auch sie erstmals

vor einem überregionalen Forum zu Wort. Und das Fernsehpublikum bekam eine hochgebildete Frau zu sehen, die in gesetzten, aber energischen Worten für Umwelt, Frauenrechte, Menschenrechte und gegen soziale Ungleichheit eintrat. Rassistische Aggressionen prallten an ihr ab, für jede These brachte sie überzeugende Argumente. Seither sind Menschenrechte, Menschenwürde und häusliche Gewalt ein Thema im Wahlkampf.

Francia Márquez hat die Bewegung *Soy porque somos* – „Ich bin, weil wir sind“ – gegründet. Der Grundgedanke fußt auf dem afrikanischen Gemeinschaftsdenken *Ubuntu*, das die Existenz des Individuums aus dem Kollektiv ableitet. Gleichzeitig sieht sie sich dem Guten Leben verpflichtet, dem andinen *Sumak Kawsay*, das den Daseinszweck nicht in möglichst viel Konsum oder dem Anhäufen von Gütern sieht, sondern in einem erfüllten Leben im Gleichgewicht mit der Natur. Bei ihr heißt das: *Vivir sabroso* – das Leben genießen!

„Ich beschreite diesen Weg für die Frauen, die keine Stimme haben, und damit die Frauen, die jetzt auf Knien leben, wieder aufrecht gehen können“, sagt die Kandidatin. So eine Persönlichkeit polarisiert. Die Hass-Postings in den sozialen Medien sind ungezählt. Auch Prominente, wie die populäre Sängerin Marbelle, lassen sich zu rassistischen Tweets hinreißen. Marbelle nannte Márquez angewidert über die Anmaßung einer schwarzen Unterschichtsfrau „King Kong“. Juan Diego Gómez, der konservative Senatspräsident, warf ihr Verbindungen zur Guerilla ELN vor und konnte dafür nicht mehr an Beweisen liefern, als dass die Rebellen ihre Kandidatur öffentlich unterstützen.

Francia Márquez pflegt auch auf Hassbotschaften mit versöhnlichen Gesten zu antworten und beschämt damit die Aggressoren. Marbelle schickte sie eine „Umarmung der Urahnen“ und die Botschaft: „Rassismus tötet“. In vielen Medien steht sie inzwischen hoch im Kurs. Für den Wahlkampf von Gustavo Petro sei sie nicht einfach ein nettes Dekorstück, sondern „ein Blumenstrauß mit eigenem Glanz“. Sie besetzt Themen, bei denen der Spitzenkandidat traditionell schwächelt, etwa Frauenrechte. Und sie wirkt wie ein Magnet nicht nur auf Feministinnen und Intellektuelle, sondern auch auf viele Frauen, die wie sie aus ärmlichsten Verhältnissen kommen und ohne sie vielleicht nicht zur Wahl gegangen wären. ●



Wahlkampf-Sujet auf Francias Facebookseite

## „Ein Attentat wäre eine Katastrophe für Kolumbien“

Interview mit dem kolumbianischen Schriftsteller Juan Gabriel Vásquez

**Die Rechte Kolumbiens fährt eine erbitterte Kampagne, um einen Wahlsieg von Gustavo Petro zu verhindern. Muss man sich vor Petro fürchten?**

JGV: Nicht aus den Gründen, die die Rechte anführt. Petro ist ein Populist und Demagoge. Seine Zeit als Bürgermeister von Bogotá brachte mehr Negatives als Positives. Ich halte ihn nicht für einen verantwortungsvollen Politiker. Seine jüngsten Erklärungen bestärken mich in dieser Meinung. Da hat er einen rechten Journalisten, der einen dummen rassistischen Kommentar abgegeben hat, als Neonazi bezeichnet. Das ist eine überschießende Attacke gegen die Presse. Die Pressefreiheit muss man respektieren, auch wenn Dummheiten verbreitet werden.

Mir wäre es lieber, wenn Petro nicht Präsident wird. Allerdings kann sich Kolumbien keine weiteren vier Jahre Rechtsregierung leisten, zumal die Rechte immer noch von (Ex-Präsident Álvaro) Uribe gesteuert wird. Ihre Regierungen sind für mich eine moralische Katastrophe gewesen. Die attraktivste Option für mich ist das Zentrum unter Sergio Fajardo. Er ist ein ehrlicher und gebildeter Mann, der als Bürgermeister von Medellín hervorragende Arbeit geleistet hat. Aus einer der konfliktreichsten Städte ist eine der attraktivsten geworden. Aber mein Land ist stark polarisiert, die Gesellschaft ist in zwei Extreme gespalten und das kann zu nichts Gutem führen.

**Vor drei Jahrzehnten sind in einem Wahlkampf drei Kandidaten ermordet worden. Alle drei hatten einen Wandel versprochen. Muss man um das Leben von Gustavo Petro fürchten?**

Kolumbien ist ein extremistisches und sehr gewalttätiges Land, wo die extreme Rechte lange Zeit völlig straflos töten konnte. Man kann das also nicht ausschließen. Ein tödliches Attentat auf Petro, wäre das Schlimmste, was dem Land jetzt passieren könnte.

**Die Überraschung dieses Wahlkampfes ist Francia Márquez, die an der Seite von Gus-**

**tavo Petro Vizepräsidentin werden will. Was halten Sie von ihr?**

Francia Márquez ist eine außergewöhnliche und mutige Frau, die die hässlichsten Seiten der kolumbianischen Gesellschaft bloßgelegt hat: den Rassismus, den Klassismus, die Verachtung der Minderheiten. Dass sie im Rennen ist, finde ich äußerst positiv. Sie steht für eine Region Kolumbiens, die immer unterrepräsentiert war. Ich wünsche mir zwar keine Präsidentschaft von Petro, aber dass sie dabei ist, erscheint mir positiv. Ich hoffe, dass sie noch sehr lange in der kolumbianischen Politik präsent sein wird und ihre Positionen verteidigt. Dass eine schwarze Frau diese prominente Position einnimmt, erscheint mir wichtig, genauso wie die Kandidatur des Afro-Kolumbianers Luis Gilberto Murillo an der Seite von Sergio Fajardo.

**Kolumbien war das einzige Land auf dem Subkontinent, das sich zu Beginn des Jahrhunderts der Welle von linken oder progressiven Regierungen entzogen hat. Wie kann man das erklären?**

Kolumbien ist immer ein besonders konservatives Land gewesen. Der einzige Präsident des 20. Jahrhunderts, dessen Regierung man progressiv nennen kann, war Alfonso López Pumarejo in den 1930er Jahren. Abgesehen davon haben die Elite und das Kapital dem Land stets den Rücken zugewendet, so wie Bogotá abgekoppelt von den Regionen existiert. Das ändert sich jetzt langsam. In Kolumbien hat es aber nie eine starke politische Linke gegeben. Zum Teil ist das die Schuld der Guerilla, die den Zugang einer demokratischen Linken zum politischen Leben verzögert hat.

**War es nicht vielmehr die Rechte, die Versuche der Etablierung einer unbewaffneten Linken, wie der Unión Patriótica in den 1990er Jahren, im Blut der Aktivist:innen erstickt hat?**

Natürlich. Das stimmt auch. Es gibt dieses Klischee, dass Kolumbien politisch so stabil ist und seit den 1950er Jahren keine Diktatur mehr gehabt hat. Und die dauerte nur wenige Jahre. Ganz im Gegensatz zu den anderen Ländern, vor allem im Süden des Kontinents, wo sich sehr lange und sehr blutige Diktaturen etablierten,



© Ralf Leonhard

wurde Kolumbien als demokratisches Vorbild betrachtet. Ich habe diese Ansicht nie geteilt. Es gab keine Diktaturen, weil sie nicht notwendig waren. Die Rechte und die gewalttätige Rechte haben das politische Leben immer kontrolliert. Die extreme Rechte hat ihre politischen Gegner immer mit einer verblüffenden Leichtigkeit und absoluter Strafflosigkeit eliminiert. Deswegen bedurfte es keiner Militärdiktatur.

**Wie erklärt sich diese Gewalt in Kolumbien, die ja viel älter ist als der Drogenhandel, der gerne verantwortlich gemacht wird?**

Das ist die Besessenheit meiner Romane und der kolumbianischen Literatur überhaupt, auf diese Frage eine Antwort zu geben. Die politische Gewalt reicht ja bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Es gab immer nur kurze Perioden, in denen das Land nicht in einen Bürgerkrieg verstrickt war. Die Konservativen und die Liberalen hatten das Land politisch zweigeteilt. Auch die Religion im öffentlichen Leben hat entscheidend zu dieser Spaltung beigetragen, vom 19. Jahrhundert bis zur Epoche zwischen 1948 und 1957, die wir *La Violencia* nennen. Dann kam der ideologische Schirm, den die kubanische Revolution über die linken Bewegungen des Subkontinents gespannt hat, und die Entstehung der Guerillaorganisationen in den 1960er Jahren. Als Reaktion entstand dann der rechtsextreme Paramilitarismus und alles wurde durch den Drogenhandel noch befeuert. So erscheint die Geschichte Kolumbiens als Abfolge von Gewalttätigkeiten, die einander ablösen. Die kolumbianische Literatur ist diesem Phänomen immer nachgegangen. ○

**Interview: Ralf Leonhard**

Der literarische Teil des Interviews folgt in der nächsten Ausgabe.

## Anarchistische Versuche in Uruguay

Am 27. März stimmten die Uruguayer:innen in einem Referendum über 135 Artikel eines für die konservative Regierungspolitik zentralen Dringlichkeitsgesetzes ab. Die Linke verlor die Volksabstimmung mit 48,67 zu 51,23 Prozent, was angesichts der knappen Niederlage einen Achtungserfolg darstellt.

Von Ralf Leonhard

Mit knapper Mehrheit haben die Bürgerinnen und Bürger Uruguays in einer Volksabstimmung den Reformkurs der aktuellen Mitte-rechts-Regierung von Präsident Luis Lacalle Pou bestätigt. Zur Abstimmung standen 135 von 476 Artikeln des umstrittenen Dringlichkeitsgesetzes (*Ley de Urgente Consideración*, LUC). Als „dringlich“ eingebrachte Gesetze müssen binnen 90 Tagen vom Parlament abgestimmt werden. Die Regierung konnte mit dem Ergebnis zwar ihr Gesetzeswerk retten, verpasste aber einen klaren Wahlerfolg. Das Ergebnis ist für die Regierung bindend.

In das gleich zu Beginn seiner Amtszeit zusammengestellte Gesetzespaket hatte Lacalle Pou alles hineingepackt, was seine Wendepolitik ausmachte. Darunter die Schwächung der Staatsunternehmen und die Privatisierung von Bildung und staatlichen Dienstleistungen. Mit der Lockerung der „legitimen Polizeiverteidigung“ werden die Sicherheitskräfte schneller von der Schusswaffe Gebrauch machen können. Zur im Wahlkampf versprochenen Politik der harten Hand gehört auch, dass minderjährige Straftäter zu höheren Strafen verurteilt werden können. Die Einschränkung des Streik- und Versammlungsrechts soll Massenproteste verhindern. Mit weniger Kontrolle bei Adoptionen zieht sich der Staat aus einem Bereich zurück, wo er nach der neoliberalen Doktrin nichts verloren hat. Durch die Einschränkung von autonomen Rechten des Lehrpersonals in den Erziehungsgremien wird die Basisdemokratie attackiert.

Nach 15 Jahren Regierungszeit des linken Bündnisses *Frente Amplio* mit den Präsidenten Tabaré Vázquez und José Mujica wurde dem Land damit ein konservativer und neoliberaler Kurs verordnet. Dementsprechend empört reagierten die abgewählten Parteien, die organisierte Zivilgesellschaft und allen voran der Gewerkschaftsbund PIT-CNT. In einer landesweiten Kampagne gelang es ihnen,

über 750.000 Unterschriften gegen das LUC zu sammeln – für ein Referendum hätten bereits 673.000 Unterschriften gereicht. So wurde das Referendum gleichzeitig zur Abstimmung über die Regierung von Lacalle Pou, die sich für ein „No“ stark machte. Präsident Luis Alberto Lacalle Pou hatte sich über diese Mobilisierung gegen sein Paket empört: Man solle ihn doch regieren lassen. Volksabstimmungen sind in Uruguay nichts Neues. 1992 hatte Luis Alberto Lacalle Herrera, der Vater des aktuellen Präsidenten, ein Referendum über die Privatisierung von Staatsbetrieben krachend verloren.

„Es ist das erste Mal, dass sich ein Präsident in einen Wahlkampf einmischt“, konstatierte Ex-Präsident Mujica am Wahltag. Er hatte schon 2016 in seiner Rede im Rahmen des III. Lateinamerikanischen Fortschrittskongresses (ELAP) in der ecuadorianischen Pazifikmetropole Guayaquil bekräftigt, dass die Linke niemals mit der extremen Rechten paktieren dürfe, sie müsse intelligente Bündnisse zugunsten fortschrittlicher Prozesse eingehen. Gemeint war das taktische Bündnis mit den anarchosyndikalistischen PIT-CNT-Gewerkschaften, einer Kraft, mit der *Frente Amplio* sonst wenig Freude hatte. Auch während der Kampagne für das „Sí“ hatte es an der Basis Unstimmigkeiten gegeben. Einige warfen der *Frente Amplio* Anpassung, sogar neoliberale Aufbereitung vor, aber letztlich waren alle in der Kampagne aktiv dabei. Mujica, inzwischen beinahe siebenundachtzig, war in der letzten Phase täglich für das „Sí“ im Einsatz.

Die rosaroten Flaggen, Aufkleber und Transparente für das „Sí“ markierten nur zum Teil die mittlere bis untere Klasse der Autos, stärker war die Kampagne bei den Aushängen in den Wohnungen zu bemerken, ärmere Viertel waren vorwiegend rosarot geschmückt.

Insgesamt ist die knappe Niederlage von *Frente Amplio* und Anarchist:innen ein Achtungserfolg. Die Medien hatten sogar einen höheren Prozentsatz für das „No“ erwartet, da die Bevölkerung die effiziente Organisation der Pandemie goutiere. Uruguay hatte als eines der ersten Länder welt-

weit ausreichend Impfstoff zur Verfügung und musste das öffentliche Leben kaum einschränken. Die Erhöhung der Treibstoffpreise im Gefolge des Ukraine-Krieges gab der Opposition wieder Hoffnung. Bei einer der angestrebten Reformen ging es um das Recht des Staates, regulierend einzugreifen. Eine Woche vor der Abstimmung zeigte das „Sí“ einen deutlichen Aufwärtstrend und ganze 22 Prozent der Wahlberechtigten hatten sich noch nicht entschieden.

Drei Provinzen haben am 27. März mit dem „Sí“ eine klare Ablehnung des Gesetzes erreicht, es war zu wenig: Canelones mit 53,29 Prozent, Montevideo mit 55,90 Prozent und Paysandú mit 52,99 Prozent. Daraus sieht man, dass es wie in vielen Ländern auch in Uruguay ein Stadt-Land-Gefälle von fortschrittlich zu konservativ gibt. Maldonado dürfte dabei eine Ausnahme sein: In dieser Provinz erreichte das „No“ 59,56 Prozent; dort wohnen die Reichen und Superreichen (sogar ein Beverly Hills wurde gegründet und ein Trump Tower ist in Bau). Das knappe Ergebnis wird die Opposition ermutigen, gegen die angekündigte Pensionsreform neuerlich mittels Referendum zu Felde zu ziehen. ◉



Werbung für das Sí  
© Luis Stabauer

## Das Recht auf Abtreibung und die Linke

Am 21. Februar hat das kolumbianische Verfassungsgericht die Abtreibung entkriminalisiert. Diese Entscheidung stellt einen unbestreitbaren Fortschritt für die kolumbianische Frauenbewegung dar und hallt auf dem gesamten lateinamerikanischen Kontinent wider.

Von **Frédéric Thomas**

Am 21. Februar 2022 stimmte das kolumbianische Verfassungsgericht mit fünf zu vier Stimmen (darunter auch drei Frauen) für die Entkriminalisierung der Abtreibung bis zur 24. Schwangerschaftswoche. Seit 2006 galt, wie in den meisten lateinamerikanischen Ländern, die Indikationenlösung: Straffreiheit nach Vergewaltigung, bei Lebensgefahr für die Mutter und wenn der Fötus nicht lebensfähig war. Auch wenn diese Entscheidung einen wichtigen Meilenstein für die feministische Bewegung darstellt, steht ihr der schwierigste Teil noch bevor.

Der 28. September wurde zum Internationalen Tag für das Recht auf Abtreibung erklärt. Die Situation auf globaler Ebene ist uneinheitlich. In etwa 15 Ländern ist der Schwangerschaftsabbruch noch immer völlig verboten. Das Bild vom rückständigen Süden gegenüber einem fortschrittlichen Westen bedarf jedoch einer Korrektur. In der Tat ist der Schwangerschaftsabbruch in fast ganz Lateinamerika, Afrika und Teilen Asiens verboten oder auf bestimmte Fälle beschränkt (Vergewaltigung, Fötus nicht lebensfähig, Risiken für die Mutter und seltener wirtschaftliche Gründe). Er ist jedoch in Südafrika seit 1996 erlaubt, in Irland erst seit 2019 legal, in China sehr zugänglich, aber in Malta völlig verboten.

Vor allem aber gibt es beim Recht auf Abtreibung keineswegs eine kontinuierliche Aufwärtstendenz, sondern es hat mit Gegenwind zu kämpfen. So hat 2020 ein Urteil des polnischen Verfassungsgerichts den bereits sehr eingeschränkten Zugang weiter erschwert und liegt damit in einem weltweiten Trend. In den letzten Jahren wurde das Recht auf Abtreibung unter dem Druck von reaktionären Rechten und religiösen Institutionen bekämpft und begrenzt, etwa in mehreren US-Staaten, in der Slowakei, in El Salvador und in Nicaragua.



Ein großer Erfolg für Kolumbiens Frauenbewegung; © Raúl Arboleda, AFP

### Kolumbien – Lateinamerika: hin und zurück

Kolumbien hat den freiwilligen Schwangerschaftsabbruch als fünftes Land des Kontinents – neben Uruguay, Guyana, Argentinien und Kuba – erlaubt. Er ist auch in Mexiko-Stadt und in drei mexikanischen Bundesstaaten legal. Am anderen Ende des Spektrums ist er in El Salvador, Honduras, Nicaragua, der Dominikanischen Republik und in Haiti verboten.

Die Entscheidung des kolumbianischen Verfassungsgerichts ist Teil einer sowohl nationalen als auch kontinentalen Entwicklung.

Als Reaktion auf eine Forderung feministischer Organisationen, der Mobilisierungen auf der Straße Ausdruck verliehen, musste das Verfassungsgericht Farbe bekennen. Und das Land musste die Augen für die Situation der Frauen öffnen. Mehr als eine von fünf Abtreibungen betrifft Minderjährige, die 24 % der Verurteilten ausmachen. Durch die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit während der Pandemie wurden sie noch verletzlicher: Die Zahl der Kinder, die von Mädchen unter 14 Jahren geboren wurden, ist in Kolumbien zwischen Oktober und Dezember 2021 um fast ein Drittel im Vergleich zum gleichen Zeitraum von 2020 gestiegen.

Während die Frauenbewegung diesen Sieg gebührend feierte, bekräftigte sie, dass die größten Herausforderungen noch bevorstehen: die Anwendung des Rechts sicherzustellen, eine effektive (Gegen-)

Pädagogik zu entwickeln und den Zugang zur Abtreibung zu gewährleisten. Neben der immer noch starken Stigmatisierung stellt der Widerstand der Politik – Präsident Iván Duque bekundete erneut seine Ablehnung einer Entkriminalisierung – und medizinischer Kreise (wichtigste Quelle der Denunziation) ein großes Hindernis dar. Und in Kolumbien, wie auch in anderen Teilen des Kontinents, ist der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für arme Frauen, für Frauen in ländlichen Gebieten und für afroamerikanische Frauen schwieriger und die Kriminalisierung stärker. Deshalb forderte das Verfassungsgericht die Parlamentarier auf, Gesetze zur Verteidigung der Frauenrechte zu erlassen.

Doch dieser gesetzliche Fortschritt steht im Einklang mit der "grünen Welle" – nach der Farbe der von den Feministinnen getragenen Halstücher –, die Lateinamerika in den letzten Jahren erschüttert hat. Die Änderung in Kolumbien erfolgte etwas mehr als ein Jahr nach dem historischen Beschluss des argentinischen Parlaments, die Abtreibung zu erlauben. Während der Debatten hatten sich Tausende von Frauen um das Parlamentsgebäude versammelt und die starke Mobilisierung fand über die Landesgrenzen hinaus Wiederhall. Wenig später, im September 2021, erklärte der Oberste Gerichtshof Mexikos die Strafbarkeit von Abtreibungen für verfassungswidrig und machte damit den Weg für eine Gesetzesänderung frei. All das Anzeichen dafür, dass die Dinge in Lateinamerika im Begriff sind, sich zu verändern?

## Neuer Linksschwenk und feministische Chancen

Die Entscheidung in Kolumbien ist umso bemerkenswerter, als sie in einem traditionell sehr rechtslastigen Land getroffen wurde, noch dazu mitten im Wahlkampf, nur wenige Wochen vor den Parlamentswahlen (am 13. März) und den Präsidentschaftswahlen (am 29. Mai), für die der linksgerichtete Kandidat Gustavo Petro als Sieger gehandelt wird. Sollte er die Erwartungen einlösen, würde sich eine weitere postneoliberale Wende ankündigen, nach Bolivien, Peru, Chile, Honduras und mit der Aussicht, dass Lula da Silva – der ebenfalls in Umfragen voranliegt – im Oktober 2022 in Brasilien wieder an die Macht kommen könnte.

Wird dieser mögliche Schwenk zurück nach links gleichbedeutend mit Fortschritten beim Zugang zur Abtreibung sein? Nichts ist weniger sicher angesichts der Erfahrungen mit der progressiven Wende in Südamerika zu Beginn dieses Jahrtausends. In der Tat haben sich die Fortschritte in Bezug auf die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, den Zugang zu grundlegenden sozialen Diensten, die sich direkt auf die sozialen Geschlechterverhältnisse auswirkten, nicht in nennenswerten Veränderungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Rechte niedergeschlagen. Uruguay hat 2012, unter der Regierung von Pepe Mujica, als einziges Land die Abtreibung legalisiert.

Das kumulierte soziologische Gewicht der katholischen und evangelikalen Kirchen sowie die Opposition der Rechten sind der Hauptgrund dafür. Die Themen Sexualität und Abtreibung polarisieren und werden von diesen Strömungen, die in den letzten Jahren immer stärker geworden sind, systematisch instrumentalisiert. Man denkt natürlich an Jair Bolsonaro in Brasilien, aber auch Ecuadors Präsident Guillermo Lasso, ehemaliger Banker und Opus-Dei-Gläubiger, steht repräsentativ für diese Allianz aus der politischen Rechten und den konservativen Kirchen. Ecuador ist das Land mit der dritthöchsten Rate an schwangeren Mädchen und Teenagern. Lasso drohte mit seinem Veto gegen einen kürzlich präsentierten Gesetzesvorschlag, den Schwangerschaftsabbruch im Falle einer Vergewaltigung zu erlauben.

Evo Morales in Bolivien 2018, Lula und Dilma Rousseff in Brasilien vor ihm machten einen Rückzieher, indem sie dem konservativen Widerstand dagegen, Abtreibung leichter zugänglich zu machen, nachgaben. Der konservative Erfolg ist jedoch auch auf die Zusammensetzung dieser lateinamerikanischen Linken zurückzuführen. Der ehemalige ecuadorianische Präsident Rafael Correa, ein vehementer Gegner der Abtreibung, brachte ihre Ambivalenz auf eine Formel, indem er sagte, er sei „radikal in der Politik und in der Wirtschaft, aber moralisch konservativ“.

Auch der neue peruanische Präsident Pedro Castillo ist repräsentativ für diese Ambivalenz.

Aber selbst wenn sie nicht aus einem solchen kulturellen Hintergrund stammen, behandeln die regierenden Linken Lateinamerikas die sexuellen und reproduktiven Rechte, insbesondere die Abtreibung, als zweitrangiges Thema, das es nicht wert ist, die sonstigen „ernsthafteren“ und „strategischen“ Reformen ihres Programms aufs Spiel zu setzen. Der Klassenkampf endet an den Türen des Heims und des „Privaten“ (wie er auch an den Schwellen der Rohstoffbörsen zu enden scheint). Und die Hartnäckigkeit einer gewissen Linken, Daniel Ortega in Nicaragua gegen alle Widerstände zu verteidigen, obwohl dieser vor seiner Rückkehr an die Macht im Jahr 2007 die Abtreibung vollständig verbot, um sein Bündnis mit der katholischen Kirche zu festigen, stellt ihre Fähigkeit zu kritischer Analyse zusätzlich in Frage.

Selbst die „neue“ Generation der Linken ist in diesen Fragen nicht engagierter.

So gratulierte Gustavo Petro anlässlich der Entscheidung des Verfassungsgerichts den Frauen zu ihrem Triumph. Allerdings behielt er eine zwiespältige Haltung bei – er trat für das Ideal von „null Abtreibung“ ein – und seine Partei ist in dieser Frage gespalten. Xiomara Castro, die neue Präsidentin von Honduras, hat sich ihrerseits für den Zugang zu Abtreibung bei Vergewaltigung, Gefährdung der Gesundheit der Mutter und eines nicht lebensfähigen Fötus ausgesprochen. Aber wie weit wird ihre Entschlossenheit gehen angesichts des Kongresses und der Strafbarkeit von Abtreibungen, die durch ein Gesetz im Jahr 2021 festgeschrieben wurde?

Und wenn schließlich Gabriel Boric, der ehemalige Anführer der chilenischen

Studentenbewegung, an der viele Frauen beteiligt waren, mehr Bereitschaft zeigt, diesen Kampf zu führen, ist es bezeichnend, dass er nicht der Initiator des neuen Gesetzesvorschlags ist. Im Rahmen der Arbeit der verfassunggebenden Versammlung wurde eine Volksinitiative verabschiedet, um „allen Menschen ihre sexuellen und reproduktiven Rechte anzuerkennen und zu gewährleisten, und zwar unter gleichen Bedingungen und ohne Diskriminierung, einschließlich des Rechts auf Abtreibung ohne Einmischung durch Dritte, staatliche Institutionen oder Beamte“.

## Fortschritt braucht Bewegung

Wenn sich auf dem Kontinent, auf dem sich 14 der 25 Länder mit der höchsten Femizidrate der Welt befinden, die Dinge tatsächlich ändern, ist es also in erster Linie auf die Zunahme und das Erstarken der feministischen Bewegungen zurückzuführen. Es gelang ihnen, ihre Situation sichtbar zu machen, die Abtreibung (und die sexuellen und reproduktiven Rechte) zu einem Bestandteil der öffentlichen Debatte und zu einer politischen Frage zu machen; die sich in erster Linie auf Fragen der Rechte und der öffentlichen Gesundheit beziehen und nicht auf eine moralische oder religiöse Meinung.

Dieser Wandel war möglich, weil sich Frauen als Subjekte von Rechten und nicht als Objekte von Maßnahmen etabliert haben und sich weigern, den medizinischen, religiösen und politischen Institutionen – und seien sie auch noch so verbündet – die Entscheidung darüber zu überlassen, was für sie richtig oder falsch, vorrangig oder zweitrangig ist. Sowohl in Lateinamerika als auch hierzulande hängen die Veränderungen letztlich weniger von den politischen Machtverhältnissen ab als vom Druck der feministischen Bewegungen. ●

**Der Autor ist Mitarbeiter des Centre tricontinental (CETRI) in Belgien. übernommen aus <https://www.cetri.be/L-Amerique-latine-les-gauches-et?lang=fr>**

**Übersetzung: Hermann Klosius**

## Die Klimakrise wird sich in Lateinamerika verschärfen

Ein neuer Bericht des wissenschaftlichen Gremiums der Vereinten Nationen für Klimafragen warnt vor den irreversiblen Auswirkungen des Klimawandels in den kommenden Jahrzehnten und weist darauf hin, dass Lateinamerika besonders gefährdet ist, wobei die Anfälligkeit der Region durch soziale und wirtschaftliche Faktoren wie ein hohes Maß an Armut und Ungleichheit noch verschärft wird.

### Von Fermín Koop

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für den Klimawandel (IPCC), das UN-Gremium, in dem Klimawissenschaftler:innen aus aller Welt vertreten sind, veröffentlichte am 28. Februar seinen jüngsten Bericht „Climate Change 2022: Impacts, Adaptation and Vulnerability“, den zweiten Teil seines Sechsten Sachstandsberichts. Darin wird auf die gefährlichen und weit verbreiteten Veränderungen in der Natur hingewiesen, die der Klimawandel verursacht und die das Leben von Milliarden von Menschen beeinträchtigen.

Die Welt ist in den kommenden Jahrzehnten mit zahlreichen Klimagefahren und -auswirkungen konfrontiert, von denen viele unumkehrbar sind. Der Klimawandel wird das Auftreten von hitzebedingten Krankheiten weiter erhöhen, die Ernährungssicherheit beeinträchtigen und den Zugang zu Wasser erschweren. Die Folgen werden noch deutlicher ausfallen, wenn die globale Erwärmung 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau liegt, der angestrebten Untergrenze des Pariser Abkommens von 2015.

„Dieser Bericht ist eine eindringliche Warnung vor den Folgen der Untätigkeit“, sagte Hoesung Lee, der Vorsitzende des IPCC, auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichts. „Er zeigt, dass der Klimawandel eine ernsthafte und wachsende Bedrohung für unser Wohlergehen und einen gesunden Planeten darstellt. Unser heutiges Handeln wird bestimmen, wie sich die Menschen anpassen und wie die Natur auf die wachsenden Klimarisiken reagiert.“

### Auswirkungen auf Lateinamerika

Thelma Krug, stellvertretende Vorsitzende des IPCC, sagte, Lateinamerika sei durch den Klimawandel stärker gefährdet als die Industrieländer, da seine Auswirkungen durch Armut und Ungleichheit

noch verstärkt würden. Dies könne die Rolle der Region als Nahrungsmittelproduzent beeinträchtigen und zu Ernährungsunsicherheit führen.

Zwischen 2015 und 2019 verkürzte sich beispielsweise die Wachstumsdauer von Soja – die Zeit zwischen Aussaat und Ernte – um 4,7 % in Zentralamerika, 3,1 % im Nordwesten Südamerikas und 2,7 % im Südosten Südamerikas. Die Wachstumsdauer von Mais verringerte sich im gleichen Zeitraum in Mittelamerika um 5 %, im Nordwesten Südamerikas um 5,6 % und im Südwesten Südamerikas um 5,2 %. Solche Veränderungen können und werden auch in Zukunft die etablierten Zyklen und Erträge stören.

Lateinamerika ist bereits von extremen Wetterereignissen betroffen. Die Liste der Bedrohungen umfasst steigende Temperaturen und Meeresspiegel, Küstenerosion und immer häufiger auftretende Dürren, die mit einem Rückgang der Wasserversorgung und Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen einhergehen. So hat beispielsweise die Zahl der extremen Wetterereignisse in Mittelamerika in den letzten 30 Jahren um 3 % pro Jahr zugenommen, wie der Bericht zeigt.

Das Amazonasgebiet, eines der weltweit größten Reservoirs an biologischer Vielfalt und Kohlenstoff, wird als äußerst dürreanfällig beschrieben. Die Dürreanfälligkeit des Bioms stieg von 8 % in den Jahren 2004-2005 auf 16 % in den Jahren 2015-2016, was teilweise auf den Klimawandel zurückzuführen ist. Dies hat zu einer erhöhten Baumsterblichkeit und einem Rückgang der Produktivität der Wälder geführt.

„Der Klimawandel und die damit verbundenen Auswirkungen, wie Abholzung und Waldbrände, haben den Amazonas anfälliger gemacht. Dies beeinträchtigt seine Fähigkeit, Kohlenstoff zu speichern“, sagte IPCC-Autor Jean Ometto,

ein Wissenschaftler aus Brasilien. „Wir haben bereits geringere Niederschläge und intensivere Dürren im südlichen Amazonasgebiet festgestellt.“

Der IPCC wies auf eine Synergie zwischen Bränden, Landnutzungsänderungen (insbesondere Entwaldung) und Klimawandel hin, die sich direkt auf die menschliche Gesundheit, das Funktionieren der Ökosysteme, die Struktur der Wälder, die Ernährungssicherheit und den Lebensunterhalt der von den Ressourcen abhängigen Gemeinschaften auswirkt. In ganz Lateinamerika sind die Menschen den Gefahren von Waldbränden immer stärker ausgesetzt. Im Zeitraum 2017-2020 war das zwischen einem und 26 Tagen länger der Fall als im Zeitraum 2001-2004.

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts hat sich die Zunahme der durchschnittlichen Niederschlagsmenge positiv auf die landwirtschaftliche Produktion im Südosten Südamerikas ausgewirkt. Umgekehrt hat der Mangel an Niederschlägen die Subsistenzlandwirtschaft im gefährdeten Trockenkorridor Zentralamerikas und in den tropischen Anden beeinträchtigt und die Ernährungssicherheit gefährdet.

Auch der dramatische Verlust von Gletschern wird in der neuen Veröffentlichung hervorgehoben. In den Anden sind seit den 1980er Jahren zwischen 30 und 50 Prozent der Gletscherfläche verloren gegangen. Die Gletscher in den südlichen Anden weisen die weltweit höchsten Massenverluste auf und tragen zum Anstieg des Meeresspiegels bei. Der Gletscherrückgang hat zusammen mit dem Temperaturanstieg und der Variabilität der Niederschläge Auswirkungen auf Ökosysteme, Wasserressourcen und Lebensgrundlagen.

Die Andenregion, der Nordosten Brasiliens und der Norden Zentralamerikas sind dem Bericht zufolge die Regionen, die am stärksten von klimabedingter Migration und Vertreibung in Lateinamerika betroffen sind. Hier wirken soziale, politische und wirtschaftliche Faktoren mit immer häufigeren und heftigeren extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürmen, Überschwemmungen und tropischen Stürmen zusammen.

„Die Anfälligkeit unserer Länder für den Klimawandel hängt von einer Reihe





Entwaldung im Gran Chaco, Paraguay; © Michael Edwards, Alamy

miteinander verbundener Variablen ab, wie z. B. den Ökosystemen, von denen wir abhängen und die uns erhalten, der Armut, dem Zugang zur Grundversorgung und der Bildung“, so Edwin Castellanos, ein guatemaltekischer Wissenschaftler und Autor des Berichts.

### Die Zukunft und die Anpassung

Wenn die Treibhausgasemissionen nicht reduziert werden, werden die Risiken des Klimawandels in Lateinamerika erheblich zunehmen, heißt es in dem Bericht. Dazu gehören Dürren, vermehrte Epidemien von durch Wirtstiere übertragenen Krankheiten wie Malaria und Denguefieber sowie unsichere Wasserversorgung aufgrund des Rückzugs der Gletscher. Im La-Plata-Becken, das sich über Nordargentinien, Uruguay, Paraguay, Ostbolivien und Südbrasilien erstreckt, wird beispielsweise mit häufigeren, kürzeren und schwereren Dürren gerechnet.

Es wird erwartet, dass sich die Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen und die Ernährungssicherheit im ländlichen Raum, insbesondere für kleine und mittlere Landwirte und indigene Völker, verschlechtern werden, einschließlich eines allgemeinen Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion, angemessener landwirtschaftlicher Flächen und der Verfügbarkeit von Wasser. Bis 2050 werden in Zentralamerika Ertragseinbußen von 19 % bei Bohnen, 23 % bei Reis und zwischen 4 % und 21 % bei Mais prognostiziert.

Extreme Niederschlagsereignisse, die zu Überschwemmungen und Erdbeben führen, werden den Prognosen zufolge

aufgrund des Klimawandels an Ausmaß und Häufigkeit zunehmen. Ein Anstieg um 1,5 Grad Celsius würde den Anteil der von Überschwemmungen betroffenen Bevölkerung in Kolumbien, Brasilien und Argentinien verdreifachen, in Ecuador vervierfachen und in Peru gar verfünffachen.

Die Rückkopplung zwischen dem Klimawandel und der veränderten Landnutzung, insbesondere der Entwaldung, könnte die Bedrohungen für das Amazonasgebiet verstärken und zu einer Zunahme von Bränden, Walddegradation und einem langfristigen Verlust der Waldstruktur führen. Die kombinierte Wirkung beider Faktoren wird zu einem langfristigen Rückgang der Kohlenstoffvorräte in der Waldbiomasse führen. Das Amazonasgebiet wurde als einer der regionalen Hotspots des Klimawandels identifiziert. Der IPCC prognostiziert dafür bis zur Mitte des Jahrhunderts eine Zunahme von Fluss- und Pluvialüberschwemmungen, Trockenheit, mittleren Windgeschwindigkeiten, extremer Hitze, Feuer und Dürre.

„Je früher wir mit den Anpassungen beginnen, desto geringer werden die Kosten sein. Es ist viel billiger, in Vorbeugung und Anpassung zu investieren als nach einer Katastrophe“, sagte Liliana Miranda, eine peruanische Wissenschaftlerin und IPCC-Autorin. „Wir haben ein Zeitfenster, um uns anzupassen und die Anfälligkeit Lateinamerikas zu verringern.“

Der IPCC hebt die Finanzierung als das Haupthindernis für die Anpassung an den Klimawandel in Lateinamerika hervor. Die Industrieländer haben über ein Jahrzehnt lang versprochen, den Entwicklungsländern 100 Milliarden US-Dollar für

Anpassungs- und Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung zu stellen – ein Ziel, das bisher deutlich verfehlt wurde.

Wie der Bericht im Einzelnen aufzeigt, sind in der Region bereits zahlreiche Anpassungsmaßnahmen im Gange, darunter Bemühungen zur Verbesserung der Wasserversorgung und -qualität, die Diversifizierung von Anbauprodukten, Frühwarnsysteme für gefährliche Ereignisse, Zahlungen für Ökosystemleistungen, grüne Infrastruktur, naturbasierte Lösungen und Beobachtungsstellen für Klima und Gesundheit.

Eine wirksame Anpassung hängt jedoch von Politiken und Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen ab, an denen Akteure aus allen gesellschaftlichen Gruppen beteiligt sind, einschließlich der am stärksten gefährdeten und anfälligen Bevölkerungsgruppen, so der IPCC. Er fügt hinzu, dass indigenes und lokales Wissen für die Anpassung und die Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel von entscheidender Bedeutung ist.

Einmal mehr ist der Bericht eine ernüchternde Analyse der Lage und ein dringender Aufruf zum Handeln. „Die Wissenschaft wird nicht respektiert oder gehört. Die Regierungen interessieren sich nur für Macht und Geld“, sagte Gregorio Mirabal, Koordinator der indigenen Organisationen des Amazonasbeckens (COICA), gegenüber *Diálogo Chino*. „Wir waren als Menschheit nicht in der Lage, die Natur zu respektieren, und jetzt läuft uns die Zeit davon.“ ○

**Dieser Beitrag wurde auf *Diálogo Chino* (<https://dialogochino.net>) am 01.03.2022 unter einer **Creativ Commons-Lizenz** erstveröffentlicht. Die Journalismusplattform widmet sich den Beziehungen zwischen Lateinamerika und der Volksrepublik China mit dem Schwerpunkt nachhaltige Entwicklung. **Fermin Koop** ist Korrespondent für den *Cono Sur* mit Sitz in Buenos Aires. **Übersetzung und Bearbeitung: Jürgen Kreuzroither****

## Fénix in die Asche?

Die Mine Fénix, das größte Nickelbergwerk Mittelamerikas, liegt an den Ufern des Izabal-Sees im Osten Guatemalas. Der See, der größte des Landes, liefert den indigenen Fischern vom Volk der Q'eqchi der umliegenden Gemeinden die Lebensgrundlage. Als er sich im Jahr 2017 plötzlich rot verfärbte, demonstrierten die Fischer der nur wenige Kilometer entfernt gelegenen Stadt El Estor aus Besorgnis über ihr Einkommen gegen die in ihren Augen dafür verantwortliche Mine. Am 6. März 2022 erhielten sie Schützenhilfe durch ein internationales Konsortium von Journalist:innen, das „Mining Secrets“ öffentlich machte.

### Von Hermann Klosius

Die Unterdrückung des Protests der Fischer durch die Nationalpolizei kostete am 27. Mai 2017 den Fischer Carlos Maaz sein Leben. Der Lokalreporter Carlos Choc fotografierte die Leiche und berichtete über den Protest in der Zeitung *Prensa Comunitaria*. Er erhielt daraufhin Drohanrufe, wurde angezeigt und musste schließlich monatelang untertauchen. Auch nach seiner Rückkehr ließ ihn das Unternehmen überwachen.

Die Bewohner:innen der umliegenden Gemeinden klagen neben der Verunreinigung des Sees auch über andere mit dem Nickelabbau zusammenhängende Eingriffe in die Umwelt wie Rodung von Wäldern und Luftverschmutzung. Menschen in der unmittelbaren Umgebung der Mine sollen an Hautausschlägen und Atemwegserkrankungen leiden, besonders Kinder. Sowohl die Betreiberin der Mine, die in der Schweiz ansässige Bergbaufirma *Solway Investment Group* und ihre lokalen Filialen *Compañía Guatemalteca de Níquel* (CGN) und *Pronico*, stellten negative Auswirkungen der Mine auf Gesundheit und Umwelt ebenso in Abrede wie die lokalen Behörden und das Umweltministerium. Die Verfärbung des Sees wurde offiziell mit einer Algenblüte „erklärt“. Diese Darstellung wird jedoch durch vertrauliche Dokumente widerlegt, die durch ein Daten-Leak zugänglich wurden.

Koordiniert vom journalistischen Netzwerk *Forbidden Stories* hatten Journalist:innen renommierter Medien wie *Le Monde*, *The Guardian* und *Intercept* die Recherchen von Carlos Choc bereits 2019 weitergeführt und Berichte darüber in der Reihe „Green Blood“ über die Arbeit bedrohter Kolleg:innen veröffentlicht. Im März 2022 wurde nun ein 470 E-Mail-Konten und acht Millionen Dokumente umfassendes Daten-Leak durch *Forbidden Stories* und etwa 65 Journalist:innen von über 20 Medienpartnern weltweit

ausgewertet und die Ergebnisse unter dem Titel *Mining Secrets* publiziert. Die von einer Hackergruppe namens *Guacamaya Roja* stammenden Daten enthielten interne Gespräche, Anordnungen der Unternehmensleitung, repressive Pläne, finanzielle Bilanzen und E-Mails, aus denen die Unterordnung des guatemaltekischen Staates unter die Interessen des Unternehmens ebenso hervorgeht, wie die Vertuschung von Umweltschäden. Sie offenbaren, wie die Firma lokale Gemeinden mit Bestechung, Zwang und anderen fragwürdigen Taktiken unter Druck setzte und Kritik zum Schweigen brachte. Die Recherche brachte auch Details zur finanziellen Unterstützung und der Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitskräften zum Vorschein.

Hatte *Solway* zunächst jedes Fehlverhalten gelehnet – Generaldirektor Dan Bronstein: „*Solway Investment Group* arbeitet in Übereinstimmung mit den entsprechenden nationalen Gesetzen und internationalen Regeln“ –, wies die Firma nach der Veröffentlichung von *Mining Secrets* „falsche Anschuldigungen“ zurück und stellte die Authentizität der verwendeten Dokumente in Frage, um schließlich Mitte März eine gründliche Untersuchung der Vorwürfe anzukündigen.

### Schließung mit beschränkter Wirkung

Seit Jahrzehnten haben Bergbauprojekte in Guatemala für soziale Konflikte gesorgt. Das Land hat zwar 1994 die ILO-Konvention 169 ratifiziert, die vorsieht, dass von solchen Projekten potentiell betroffene indigene Völker zuvor informiert und konsultiert werden müssen, doch die Regierung ist dieser Verpflichtung vor der Erteilung von Lizenzen nie nachgekommen, auch nicht beim

Projekt Fénix. Daher reichten die Fischer und andere Einwohner:innen von El Estor eine Klage gegen die Regierung ein. Im Juli 2019 entschied das Verfassungsgericht zu ihren Gunsten und ordnete dem Ministerium für Energie und Minen (MEM) an, *Solway* die Lizenz bis zur Durchführung eines Konsultierungsprozesses zu entziehen. Nach langer Verzögerung und einem neuerlichen Urteil war es schließlich im Februar 2021 so weit.

Dennoch kam es nicht zur geforderten freien und fairen Befragung. Der von der Regierung eingeleitete Prozess stützte sich stark auf regierungsnahe Organisationen der Q'eqchi und gab der indigenen Bevölkerung keine wirkliche Entscheidungsmacht über die Zukunft der Mine bzw. wurde sie von den Konsultationen ausgeschlossen. Die vom Lizenzentzug nicht betroffene Nickelverarbeitung ging inzwischen in *Pronico* unvermindert weiter. Wie im Daten-Leak enthaltene Buchhaltungsunterlagen zeigen, hat die Mine in den beiden Jahren, in denen sie den Betrieb hätte einstellen müssen, Rekordgewinne erzielt. Zugleich konzentrierte sich das Unternehmen darauf, die Gemeinden der Umgebung durch diverse Zuwendungen für sich zu gewinnen. Einem der Dokumente zufolge sollten so führende Aktivist:innen in drei Bezirken von El Estor „gekauft“ werden. Zu solchen Vorwürfen befragt, antwortete das Unternehmen nur: „Diese Information entspricht nicht der Wirklichkeit“. Der Aufwand hat sich jedenfalls gelohnt: Am 6. Jänner 2022 wurde der Mine offiziell die Wiederaufnahme der Aktivitäten erlaubt.

Als im vergangenen Oktober Bürger:innen durch eine Blockade der Mine gegen deren illegalen Betrieb protestierten, forderte die Leitung des Unternehmens Präsident Giammattei zum Eingreifen auf; zwei Wochen später verhängte dieser den Ausnahmezustand über die Provinz Izabal und entsandte je 500 Soldaten und Polizisten nach El Estor. Wie schon im Juli 2020 geschehen, als Giammattei ebenfalls auf Wunsch der Mine den Ausnahmezustand für die Region erklärt hatte, wurden die Häuser der Q'eqchi, die den Protest angeführt hatten, durchsucht, wie auch die Häuser jener, die in den Listen der Mininggesellschaft als „Gegner“ des Projekts aufschienen.

Die Eilfertigkeit, mit der Präsident Giammattei den Wünschen der Minen-

betreiber nachkommt, erinnert an einen Vorfall, der im Juli 2021 zur Entlassung von Juan Francisco Sandoval, damals Chef von Feci, der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit, geführt hatte. Am 23. Juni hatte diese Ermittlungen eingeleitet, weil ein Zeuge erklärt hatte, eine Gruppe kasachischer und russischer Geschäftsleute mit Verbindungen zum Unternehmen *Mayaniquel* habe Giammattei einen Teppich mit darin eingewickelten Geldscheinen überreicht. Am 28. Mai 2021, einen Monat nach dieser Übergabe, hat *Mayaniquel* eine neue Lizenz zur Ausbeutung von Nickel und anderen Metallen im Süden von Izabal erhalten. Die diesbezüglichen Untersuchungen seien, so Sandoval von seinem Exil in Washington aus, der Grund für seine Entlassung durch Generalstaatsanwältin Consuelo Porras am 23. Juli 2021 gewesen. Es gibt geschäftliche



Polizeieinsatz in El Estor im Oktober 2021; © Nelton Rivera, Prensa Comunitaria

Beziehungen zwischen *Mayaniquel* und dem Unternehmen *Solway*, dem noch 2011, als es die Mine *Fénix* einem kanadischen Konzern abkaufte, die Beteiligung von russischem Kapital nachgesagt wurde. In Guatemala

ist jedenfalls in Bezug auf die vielfältigen Skandale rund um diese Firmen von „la trama rusa“ die Rede, einem russischen Komplott. ●

### Menschenrechtsverletzungen von Bergbauunternehmen – Kunden reagieren

Die journalistische Recherche „Mining Secrets“ hat seit ihrer Veröffentlichung Anfang März weltweit Reaktionen ausgelöst. Vier europäische Unternehmen – alle Abnehmer des in El Estor geförderten Nickels – haben das Unternehmen *Solway* sowie *Pronico*, die Betreiberfirma der Mine in Izabal, um Erklärungen gebeten.

Die Recherchen legen offen, wie *Solway* und der guatemaltekische Staat die Menschenrechte der in El Estor und den umliegenden Gemeinden ansässigen Maya-Gemeinschaften der Q'eqchi verletzen, damit die Mine ungehindert betrieben werden kann. Sie zeigen auch andere Unregelmäßigkeiten und Verhaltensweisen auf, die gegen guatemaltekisches Recht verstoßen, etwa die Erstellung von Profilen und die Überwachung jener, die die Minenbetreiber als politische Gegner:innen betrachteten. Über eine Stiftung gab die Firma Geld an die guatemaltekische Polizei, die mehrfach Gewalt anwandte, um Maya-Gemeinschaften der Q'eqchi zu unterdrücken. Sie beschenkte außerdem Gemeindeglieder und öffentliche Amtsträger:innen, um die Q'eqchi-Gemeinschaften zu spalten und bei der vorgeschriebenen Befragung der

Gemeinden ein günstiges Ergebnis zu erzielen.

„Die Vorwürfe gegen den Bergbau in Guatemala sind sehr ernst und wurden uns nicht zur Kenntnis gebracht. Wir reagieren entschlossen auf die neuen Informationen und haben zusammen mit einem externen Partner für Nachhaltigkeitsbewertungen eine eigene Untersuchung der Vorwürfe eingeleitet“, schrieb *Outokumpu*, ein in Finnland ansässiges Unternehmen schwedischen Ursprungs, das Edelstahl für Küchenzubehör vertreibt. *Outokumpu* erfuhr erstmals im Oktober 2021 von den Anschuldigungen gegen *Solway*, als das Team einer landesweit ausgestrahlten schwedischen Fernsehsendung das Unternehmen besuchte. Darin hieß es, es gebe Beweise für die Beteiligung des Bergbauunternehmens an der Verschmutzung des Izabal-Sees. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass *Mayaniquel*, einer der Lieferanten der *Fénix*-Mine, in einen Fall von Bestechung des guatemaltekischen Präsidenten verwickelt war.

Dies veranlasste *Outokumpu* am 25. Februar zur Ankündigung, „keine neuen Aufträge für Produkte aus den Minen *Solway* und *Mayaniquel* in Guatemala zu erteilen, bis wir eine unabhängige Bewertung der Situation vorgenommen haben“. Die Firma bekräftigte diese Entscheidung am 6. März in einer Erklärung – dem Tag, an dem rund 20 Medien in aller Welt die

Bergbaugeschheimnisse von *Solway*, *CGN* und *Pronico* aufgedeckt haben.

Tage später gaben drei weitere Unternehmen kurze Mitteilungen zu den Vorwürfen gegen *Solway* heraus, doch keines davon so entschlossen wie *Outokumpu*. *Bosch-Siemens*, ein deutsches Unternehmen, das von *Outokumpu* Edelstahl für die Herstellung von Haushaltsgeräten bezieht, schrieb am 11. März an *Forbidden Stories*: „Bosch wurde erst durch Medienberichte auf die Vorwürfe gegen die *Fénix*-Nickelmine in Guatemala aufmerksam. Wir nehmen diese Anschuldigungen sehr ernst und gehen ihnen nach“. Auch *IKEA*, das schwedische Möbelunternehmen, ist Kunde der *Solway*-Gruppe. In seiner Antwort an das Untersuchungsteam äußerte es sich nicht dazu, ob es seine Geschäftsbeziehungen mit *Solway* aufgrund der Vorwürfe aussetzen werde. „Wir sind zutiefst besorgt über die Umwelt-, Gesundheits- und Korruptionsvorwürfe, die sich negativ auf die Menschen im Umfeld der *Fénix*-Nickelmine in Guatemala auswirken“, so *IKEA*. Das österreichische Unternehmen *Voestalpine Böhler Edelstahl*, das rostfreien Stahl vertreibt, erklärte lediglich, das von ihm verwendete Material stamme nicht direkt aus der Mine *Fénix*, sondern aus einem Werk in der Ukraine.

Gekürzt entnommen dem npla-Newsletter vom 4. Mai 2022

# Die Dominikanische Republik „wieder groß machen“?

Die dominikanische Regierung hat sich immer die Sache der weißen Vorherrschaft zu eigen gemacht und sich damit mit der Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Haitianer:innen verbündet.

Von **Lorgia García-Peña**

Am 20. Februar, als die Dominikaner:innen den 176. Jahrestag der Unabhängigkeit des Landes von Haiti begingen, begann die Regierung mit dem Bau einer 14 Meilen langen Grenzmauer, die haitianische Migrant:innen fernhalten soll. Dieser Mauerbau wurde von einem großen Teil der Bevölkerung begrüßt, der die Haitianer als Eindringlinge betrachtet, die Land und Ressourcen an sich reißen wollen und als Bedrohung für die nationale Kultur, Identität und Unabhängigkeit gesehen werden. Einige meinen sogar, die Mauer sei der erste Schritt, um die Dominikanische Republik „wieder groß“ zu machen.

Während es zwischen USA und Dominikanischer Republik offensichtliche Ähnlichkeiten in der einwanderungsfeindlichen Sprache und Politik samt Einsatz von Überwachungsdrohnen, Einführung biometrischer Daten, Abschiebegefängnissen und Abschiebungen gibt, sind die Gründe und die Geschichte dahinter weit weniger bekannt. Tatsache ist, dass sich die Dominikanische Republik hinsichtlich der haitianischen Zuwanderung stets an den Vereinigten Staaten orientiert hat.

Die Dominikanische Republik erlangte 1844 nach einer 22-jährigen friedlichen Vereinigung die Unabhängigkeit von Haiti. Dies war nicht ihre endgültige Unabhängigkeit – Spanien annektierte das Gebiet von 1861 bis 1865. Allen Dominikanern wurde aber eine große nationale Geschichte erzählt, wonach Haitianer in das Land eingedrungen seien und die Dominikaner zwei Jahrzehnte lang unterdrückt, ihre Jungfrauen vergewaltigt, ihre Kinder getötet und die Barbarei auf ihre Seite der Insel gebracht hätten. Die dominikanische nationale Identität hat sich infolgedessen als Abgrenzung zur haitianischen entwickelt. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus.

Im Jahr 1804 wurde Haiti die zweite unabhängige Nation in Amerika und die erste Nation, die von Nachkommen versklavter Afrikaner angeführt wurde. Für die eu-

ro-amerikanische Welt war das keine gute Nachricht, insbesondere für aufstrebende Supermächte wie die Vereinigten Staaten, denen es gelang, von Europa unabhängig zu werden, während sie weiterhin mit kolonialen Strukturen der weißen Vorherrschaft operierten, die von der Versklavung der Schwarzen und der Enteignung der indigenen Bevölkerungsgruppen profitiert haben. Die USA und Europa missbilligten Haiti und reagierten, indem sie es nicht als freie Nation anerkannten. Außerdem verhängten sie Sanktionen und Wirtschaftsembargos, die den jungen Inselstaat in den Ruin trieben.

Die Dominikaner erkannten schnell, dass es keine gute PR-Strategie war, mit Haiti in Verbindung gebracht zu werden, wenn sie als Land erfolgreich sein, mit den Vereinigten Staaten und Europa Handel treiben und politisch anerkannt werden wollten.

## Politische Anerkennung

So begannen Politiker und die weiße Elite Mitte des 19. Jahrhunderts ein Narrativ zu entwerfen, das die Dominikanische Republik in den Augen der Welt von Haiti unterschied. Das dominikanische nationale Projekt behauptete die spanische Sprache, die hispanische Kultur, die Religion und die rassischen Unterschiede als weder Schwarz noch weiß. Eine Sache, die bei der Schaffung dieser nationalen Identität half, war, dass die Vereinigten Staaten die Dominikanische Republik als das „bessere“ der beiden Länder ansahen, die sich die Insel Hispaniola teilten.

Bereits 1845, ein Jahr nach der Unabhängigkeit von Haiti, gab eine amerikanische Kommission grünes Licht für die dominikanische Selbstverwaltung, während sie sich weigerte, Haiti dasselbe zuzugestehen. Die Vereinigten Staaten betrachteten beide als rassistisch minderwertige Länder, die der Führung durch den „Großen Bruder“ bedurften. Die Domini-

kanische Republik wurde aber als weniger bedrohlich und fortschrittlicher wahrgenommen, nicht zuletzt, weil sie sich politisch und kulturell von Haiti abgrenzte.

Dieses Verständnis für die dominikanische Andersartigkeit veranlasste die Vereinigten Staaten auch zum Versuch, die Dominikanische Republik 1871 zu annektieren, als das Land kurz davor war, unter der Regierung von Präsident Ulysses Grant ein Staat zu werden. Obwohl das Annexionsprojekt nicht zustande kam, was zum Teil dem dominikanischen Widerstand geschuldet war, hörte die Präsenz der USA auf der Insel nie auf.

Bis 1880 besaßen US-Unternehmen 30 Prozent der Insel und begannen mit der Ausbeutung ihrer Naturschätze wie Zucker, Holz und Mineralien. 1906 beschlagnahmten die Vereinigten Staaten das Zollhaus und 1916 besetzten sie die Insel für acht Jahre. Nach Beendigung der Besetzung ließen sie eine ausgebildete Militär- und Polizeitruppe zurück, die keinem Geringeren unterstand als dem später schlimmsten Diktator aller Zeiten, Rafael Leónidas Trujillo.

Während der US-Besatzung von 1916 bis 1924 errichteten die Marineinfanteristen zum ersten Mal in der Geschichte der Insel einen Grenzschutzposten. Die Besatzungstruppen kontrollierten den Transit zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik und militarisierten die Grenze. Außerdem begannen die Vereinigten Staaten, haitianische Arbeitskräfte zu importieren, um sie auf dominikanischen Plantagen in der US-amerikanischen Zuckerrohrindustrie einzusetzen. Eine Praxis, die haitianische Arbeitskräfte als minderwertig verfestigte.

Nach der Besetzung, als Trujillo die Kontrolle über das Land mit Gewalt und Zwang übernahm, wurde das von den Vereinigten Staaten begonnene Projekt der Grenzziehung durch Gewalt und Politik fortgesetzt. So befahl der Diktator 1937 dem Militär, „alle Haitianer“ zu töten,



Präsident Luis Abinader (links) beim Beginn des Mauerbaus im Februar 2022; © Erika Santelices, AFP

die genau an der Grenze lebten, an der Präsident Luis Abinader derzeit seine Mauer baut. Der Befehl führte, wie die Recherchen von Edward Paulino zeigen, zum Völkermord an über 20.000 ethnischen Haitianer:innen, von denen viele in der Dominikanischen Republik geboren wurden. Parallel zu den Gewalttaten schrieben Trujillos Intellektuelle Bücher und entwarfen Bildungspläne, die die Idee der „haitianischen Invasion“ festigen sollten. In den Lehrplänen der Schulen wurde damit begonnen, die Unabhängigkeit von 1844 zu unterrichten und eine Kultur der Angst und des Hasses gegen Haitianer zu etablieren, die jahrzehntelang durch Trujillos politische Nachfolger verstärkt wurde.

### Rassistisches Urteil

Im Laufe der Jahre wurde diese Angst vor Haitianer:innen sowohl durch die Politik als auch durch Propaganda verfestigt. Eines der jüngsten und bekanntesten Beispiele ist das Urteil des Verfassungsgerichts 168-13, besser bekannt als *La Sentencia* (Das Urteil). Es wurde am 23. September 2013 erlassen und schreibt vor, dass alle Personen, die von „illegalen Einwanderern“ oder „Personen auf der Durchreise“ seit 1929 geboren wurden, keinen Anspruch auf die dominikanische Staatsbürgerschaft haben. Außerdem wurde den in diesen Kategorien geborenen Dominikaner:innen rückwirkend die dominikanische Staatsbürgerschaft entzogen, so dass Menschen haitianischer Abstammung in der Domi-

nikanischen Republik mit Deportation rechnen müssen. Die dominikanische Regierung behauptete, *La Sentencia* sei Teil einer „expansiven Einwanderungsreform“, die darauf abziele, die undokumentierte Einwanderung aus Haiti, die nach dem Erdbeben in Haiti 2010 um etwa 20 Prozent anstieg, abzustellen. In der Praxis führte diese „Einwanderungsreform“ dazu, dass Zehntausende von Dominikaner:innen haitianischer Abstammung staatenlos wurden, da keines der beiden Länder auf der Insel Hispaniola sie als Bürger:innen anerkennt.

Dieses Gesetz wurde weltweit wegen seiner Grausamkeit und seiner unsinnigen rückwirkenden Komponente verurteilt. Bei dieser Kritik wurde jedoch kaum beachtet, wie sich *La Sentencia* in einen größeren globalen Kontext der rassistischen Fremdenfeindlichkeit einordnet, der die Einwanderungsgesetzgebung weltweit bestimmt.

Zu dieser Zeit verfolgten Länder wie Italien, Schweden, Chile und Frankreich Einwanderungsreformen, die darauf abzielten, die Zuwanderung einzuschränken und den Anstieg der Zahl farbiger Bürger, insbesondere Afroamerikaner:innen, zu stoppen.

Es gibt ein beliebtes dominikanisches Sprichwort: „Wenn die USA eine Erkältung haben, bekommen die Dominikaner Lungenentzündung“. Nun, die Vereinigten Staaten haben keine leichte Erkältung, sie haben Covid-19, und sie leiden auch an einem chronischen Fall von gegen

Schwarze gerichtetem Rassismus, weißer Vorherrschaft und Fremdenfeindlichkeit. Die Auswirkungen der US-Politik und -Rhetorik – einschließlich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die unter Trump normalisiert und globalisiert wurden, gepaart mit fast zwei Jahrhunderten US-amerikanischem und europäisch unterstützten anti-haitianischen Rassismus, hat zu einer Kultur der Angst und des Hasses geführt. Die dominikanische Grenzmauer und die Behauptung, die Dominikanische Republik „wieder großartig“ zu machen, sind ein Echo auf die gegenwärtige politische Rhetorik des rechten Flügels in den USA, die sich in Trumps Darstellung von Migrant:innen als wirtschaftliche Blutsauger spiegelt, die „unsere Arbeitsplätze wegnehmen“, uns moralisch korrumpieren, die „Vergewaltiger“ sind und „Drogen und Gewalt bringen“.

Diese Art der „Schuldzuweisung an die Einwanderer“, die es schon lange gibt, die aber durch Trump noch verschärft und popularisiert wurde, hat sich in der Rhetorik und Politik der Dominikanischen Republik normalisiert. Während Präsident Abinader überlegt, wie er mit den Auswirkungen der Pandemie auf die Wirtschaft der Insel fertig werden soll, erscheint die gegen Schwarze und Haitianer:innen gerichtete „Schuld sind die Einwanderer“-Rhetorik wieder einmal als Rettungsanker für die Politik. Denn wenn wir den Einwanderern die Schuld geben, werden wir die Verantwortung nicht beim Präsidenten suchen. ●

**Lorgia García Peña ist Wissenschaftlerin für Latinx Studies in der Abteilung für Rassenstudien, Kolonialismus und Diaspora an der Tufts University und Mitbegründerin der Freedom University. Sie ist Autorin des international beachteten Buches *The Borders of Dominicanidad: Race, Nation and Archives of Contradictions*. Der Text wurde auf der Seite [www.nacla.org](http://www.nacla.org) erstveröffentlicht und von Ralf Leonhard übersetzt.**

## Ein Kredit als politische Hypothek

Die Regierung unter Alberto Fernández konnte Anfang März 2022 eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über die Umstrukturierung eines Milliarden-Kredites erzielen, der unter der Vorgängerregierung abgeschlossen wurde. Was eigentlich als entscheidender Schritt Richtung finanzpolitischer Autonomie und Unabhängigkeit betrachtet werden könnte, entwickelt sich zusehends zur Zerreißprobe für die Mitte-links-Regierung in Buenos Aires.

Von Laurin Blecha

Im Jahr 2018 unterzeichnete die argentinische Regierung unter Präsident Mauricio Macri mit dem IWF eine Vereinbarung, die dem Land einen Kredit von über 44 Milliarden Dollar zusagte. Es war das bis dahin weltweit größte Darlehen, das der IWF mit einem Staat ausgehandelt hatte, und machte Argentinien zu einem Land mit enormer Auslandsverschuldung. Die Regierung Macri wollte mit dem Kredit die rückläufige Wirtschaft sowie die steigende Arbeitslosigkeit und Armut im Land bremsen – und nicht zuletzt sollte der Kredit die eigene Wiederwahl absichern. Die Wirtschaftspolitik Macris und seiner Regierung war allerdings größtenteils auf den Export ausgerichtet. So führten die Abschaffung der Ausfuhrquoten von Mais und Weizen sowie die Zollreduzierung auf die Ausfuhr von Soja – beides Maßnahmen der Vorgängerregierung unter Cristina Fernández de Kirchner (CFK) – dazu, dass vor allem die lokalen Agrarkonzerne sowie internationale Firmen und Geldgeber profitierten. Die Gewinne, die man sich aus einem verstärkten Export erhoffte, blieben aus, und wenn diese in einigen Sektoren doch zustande kamen – etwa bei Soja, so wurde das erwirtschaftete Geld nicht in dringend notwendige Sozialprogramme und die Armutsbekämpfung reinvestiert. Auch das Geld des „Jahrhundertkredits“ landete nicht bei der Mehrheit der argentinischen Bevölkerung, sondern in Off-shore-Geschäften, was die Panama Papers eindeutig bewiesen haben.

### Das Ende der Fernández-Fernández-Formel?

Im März dieses Jahres stimmten sowohl die Abgeordnetenkammer als auch der Senat für die von Präsident Alberto Fernández und Wirtschaftsminister Martín Guzmán ausgehandelten Umstrukturierung des Kredites, aber Teile der Regie-

rungskoalition enthielten sich der Stimme oder stimmten dagegen. Dabei handelte es sich vor allem um Anhänger:innen der ehemaligen Präsidentin CFK – allen voran ihr Sohn Máximo Kirchner und die Gruppe *La Campora*, die in der neuen Vereinbarung eine Niederlage gegenüber den *buitres* („Aasgeier“), eine Bezeichnung für habgierige globale Investoren und Finanzinstitutionen, sehen. Es kriselte schon länger zwischen dem Pragmatiker Alberto und der volksnahen und populistisch agierenden Cristina. Die Fernández-Fernández-Formel, die sich bei der Wahl 2019 als taktisch klug erwiesen hatte (siehe Artikel Blecha in LAA Nr. 3/2019) scheint jedenfalls seit der Einigung mit dem IWF nicht mehr zu funktionieren. Persönlich wie programmatisch sind die Grabenkämpfe zwischen den unterschiedlichen Lagern und Flügeln des Peronismus vollends ausgebrochen. So versucht Alberto Fernández seit Wochen andere Themen stärker in den Fokus zu rücken, was ihm aber nur schwer gelingt. Die Medien in Argentinien konzentrieren sich nur zu gern auf eine offene Schlamm-schlacht, die durch Kommentare und Wortmeldungen von Funktionär:innen beider Seiten jeden Tag weiter angeheizt wird. Ein pragmatisches Regieren im Sinne von Alberto Fernández wird dadurch immer schwieriger.

### *You gotta fight for your rights*

Was aber hätte der Staatschef nach Meinung von CFK und ihrer Mitstreiter:innen machen sollen? Eine Erklärung liegt in der Zeit der Präsidentschaften von Néstor und Cristina. Beide stellten sich offensiv gegen den IWF und andere internationale Geldgeber und drohten damit, Kredite gar nicht mehr zurückzuzahlen. Freilich konnten beide Ende der 2000er und Anfang der 2010er Jahre von hohen Exporterlösen profitieren, wie damals auch die progres-



Máximo Kirchner, Anführer der linksperonistischen Gruppe *La Campora*; © NA

siven Regierungen von Lula, Morales oder Chávez einen Aufschwung erlebten. Weit- aus klarer ist der Kritikpunkt von CFK, dass sie in ihrer Amtszeit den Abfluss von Devisen zu stoppen versuchte, womit sie natürlich ständig die Konfrontation mit lokalen Wirtschaftseliten auszufechten hatte. Heute werfen linke Teile des Peronismus, aber auch die Gewerkschaften Alberto Fernández vor, nicht genug für die Anliegen der „einfachen“ Arbeiter:innen und armen Argentinier:innen zu kämpfen.

### Düstere Zeiten

Es sind gerade die ärmsten Bevölkerungsschichten, aber auch zunehmend die Mittelschicht, die unter den Konsequenzen des Macri-Deals und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation zu leiden haben. Die COVID-Pandemie hat die Situation noch zusätzlich verschärft. Die Preise in Argentinien stiegen in den letzten zwölf Monaten um 55% und allein in diesem Jahr um mehr als 15%. Die Inflationsrate ist im März nochmal angestiegen, auch aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen Konsequenzen für die globale Weltwirtschaft. Die Regierung sah sich vor kurzem gezwungen, die geplanten Bonuszahlungen für Senior:innen auszusetzen und die *partidarias* (Lohnverhandlungen) zu verschieben. Besonders informelle Arbeiter:innen, aber auch Selbständige sehen sich einem immer schnelleren Kreislauf von gestiegenen Preisen und niedrigeren Löhnen gegenüber. Wie lange die Argentinier:innen dem pragmatisch zusehen, werden die nächsten Monate zeigen. In einem Jahr wird jedenfalls wieder ein neuer Präsident oder eine Präsidentin gewählt. ●

# Das Weltsozialforum: Katalysator für den globalen Systemwandel

Vor fast genau 20 Jahren wurde das Weltsozialforum (WSF) in Porto Alegre, Brasilien, als Gegenstück zum Weltwirtschaftsforum in Davos gegründet. Die Idee, dem so genannten „Gipfel der Reichen“ einen Treffpunkt für Sozial-, Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensbewegungen entgegenzusetzen, entstand in einem breiten Bündnis, das sich im Zuge der sozialen Kämpfe in Seattle gegen die Welthandelsorganisation (WTO), in Prag gegen die Weltbank und wenig später gegen den Internationalen Währungsfonds (IWF), die wichtigsten Bastionen der neoliberalen Globalisierung, entwickelte.

Von Leo Gabriel\*)

„Obwohl wir nicht in allem übereinstimmen können, gibt es genug Gemeinsamkeiten in unseren Kämpfen, um eine große globale Bewegung zu bilden“, sagte João Pedro Stédile, eine führende Persönlichkeit der Landlosenbewegung Movimento Sem Terra in Brasilien, dem Vorläufer der Via Campesina, 1998 auf einem großen internationalen Symposium auf der Burg Schlaining im Südburgenland.

Ziel des Weltsozialforums (siehe [www.wsf2022.org](http://www.wsf2022.org)), das bereits 13 Mal in einer der großen Städte des globalen Südens wie Mumbai, Nairobi, Caracas, Dakar, Belem und Tunis stattfand, war es von Anfang an, ein Diskussionsforum zu schaffen, in dem Alternativen zum herrschenden Neoliberalismus entwickelt werden, um zu zeigen, dass „eine andere Welt möglich“ ist. Es entstanden nicht nur Konzepte wie Solidarökonomie, partizipative Demokratie, friedlicher Widerstand und Selbstbestimmungsrecht der Völker; unter diesem Vorzeichen fand am 15. Februar 2003 auch die laut *New York Times* größte Demonstration in der Geschichte der Menschheit gegen den Krieg im Irak statt.

Trotzdem hatte das WSF nur indirekten Einfluss auf die politischen Entwicklungen. Im Gegenteil: Die vielfältigen wirtschaftlichen, soziopolitischen, ökologischen und heute auch gesundheits- und friedenspolitischen Krisen breiten sich rascher denn je aus und haben die Mehrzahl der Weltbevölkerung zu Geiseln des neoliberalen Systems gemacht.

## Selbstmord des Neoliberalismus?

Die Pandemie ließ selbst konservative Kreise des Großkapitals den „Tod des Neoliberalismus“ konstatieren. Wenn zum Beispiel Klaus Schwab, der Gründer des Weltwirtschaftsforums, von der Notwendigkeit einer Neuprogrammierung („the great reset“) der Weltwirtschaft spricht, werten Autoren wie Noam Chomsky und Richard Mason dies als Anerkennung des Scheiterns des Neoliberalismus.

So führte das WSF in und außerhalb von Mexiko eine große Debatte über die Rolle, die es in dieser kritischen Zeit spielen könnte. Viele fragten sich, ob sich der organisatorische Aufwand wirklich lohne, so viele Menschen zusammenzubringen, nur um Ideen und Erfahrungen auszutauschen, wo doch heute eigentlich eine globale Organisation gefragt wäre, die in der Lage wäre, die öffentliche Politik auf globaler, nationaler und lokaler Ebene zu beeinflussen. Gerade angesichts des Versagens der internationalen Akteure, einschließlich der UNO, im Nahen Osten und in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion Frieden zu schaffen, sagen die „Erneuerer“ im Weltsozialforum, dass ein zu groß angelegtes Aktionsforum fähiger sozialpolitischer Akteur nötig ist.

## Freiraum versus Aktionsraum

So war auf dem ersten Online-WSF im Jänner 2021 nicht nur ein neues Gesicht zu sehen, sondern auch ein neuer Geist zu spüren. Dieses virtuelle Forum spiegelte deutlich wider, dass das WSF nicht nur ein Ereignis, sondern ein Prozess ist,

wie es die „Erneuerer“ nach jahrelangen Diskussionen im Internationalen Rat vorgeschlagen hatten. Auf der anderen Seite standen europäische und brasilianische NROs, die sich auf die sogenannte „Charta von Porto Alegre“ beriefen, um zu verhindern, dass das Weltsozialforum als politischer Akteur sui generis auftritt.

Gegenüber diesen „Horizontalisten“ gewinnen jedoch die Stimmen, die das WSF nicht mehr als offenen Raum, sondern als Aktionsraum verstanden wissen wollen, angesichts der sich verschärfenden Krisen immer mehr an Einfluss (siehe [www.foranewwsf.org](http://www.foranewwsf.org)). Einer relativ kleinen Gruppe renommierter Denker, wie dem portugiesischen Soziologen Boaventura de Souza Santos, der belgischen Sozialwissenschaftlerin Francine Mestrum vom Centre Tricontinental und dem Gründer der Dritte-Welt-Agentur Inter Press Service, Roberto Savio, gelang es, viele der weltweit größten sozialen Bewegungen wie Via Campesina, Friends of the Earth und das Internationale Friedensbüro, die sich in den letzten zehn Jahren vom WSF distanziert hatten, zurückzugewinnen.

Eines ist in den zahlreichen Webinaren des letzten WSF sehr deutlich geworden: Die Forderung nach einer grundlegenden Erneuerung des politischen und wirtschaftlichen Systems, unter dem die große Mehrheit in den Ländern des globalen Südens leidet, wird dort inzwischen auch von den Mittelschichten geteilt. Der Traum von einem besseren Leben, den der *American Way of Life* bringen sollte, ist definitiv vorbei.

Dies spiegelte sich auch auf dem WSF 2021 in einer gemeinsamen „Erklärung der Sozial-, Friedens- und Umweltbewegungen“ wider, die trotz Störversuchen der Konservativen im Internationalen Rat von einer großen Zahl von Organisationen verabschiedet wurde.

Vom 1. bis 6. Mai fand in Mexiko Stadt<sup>1</sup> ein „hybrides“ (real und virtuell) WSF statt. Ihm vorausgegangen waren Wahlsiege der linken Mitte in Bolivien, Chile, Honduras, Peru und auch Mexiko, was ebenso wie die heuer noch bevorstehenden Wahlen in Kolumbien und Brasilien Anlass für eine hoffnungsvolle Grundstimmung gab. ●

\*) Journalist, Dokumentarfilmer und Anthropologe; Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums

1 nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe



### OAS-Gipfel ohne Kuba, Venezuela und Nicaragua

Kuba, Nicaragua und Venezuela werden keine Einladung zum Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) erhalten, der am 8. und 9. Juni in Los Angeles stattfinden soll. Dies erklärte der US-Staatssekretär für die westliche Hemisphäre, Brian A. Nichols, in einem Interview mit dem kolumbianischen Fernsehsender NTN24. Es handle sich um eine „Entscheidung des Präsidenten“.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez hatte den Ausschluss Havannas von den Vorbereitungen des Forums als „historischen Rückschlag“ kritisiert, nachdem das Land auf Drängen lateinamerikanischer Staaten in den Jahren ab 2015 wieder eingeladen worden war. Hinter den Kulissen sei Druck auf andere Regierungen der Region ausgeübt worden, um Kuba erneut die Teilnahme zu verweigern. Dem hatte sich unter anderem Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador (Amlo) widersetzt, der sich für eine Teilnahme sämtlicher Länder des Kontinents aussprach.

Die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Celac) verurteilte den Ausschluss der drei Länder: „Wir rufen die Organisatoren des Gipfels auf, Ausschlüsse zu vermeiden, die verhindern, dass alle Stimmen der Hemisphäre gehört werden und in einen Dialog treten“. Der Celac gehören alle souveränen Staaten Amerikas außer Kanada und den USA an. Auch Keith Rowley, Premierminister von Trinidad und Tobago, äußerte sich kritisch gegenüber dem Ausschluss Kubas.

Ziel des Gipfels, der unter dem Motto „Aufbau einer nachhaltigen, widerstandsfähigen und gerechten Zukunft“ steht, ist es unter anderem, einen Migrationspakt für den Kontinent zu schließen. Mit Kuba haben die USA hierzu vor wenigen Wochen Gespräche geführt, bei denen jedoch offenbar keine substantielle Einigung erzielt wurde.

Laut dem kubanischen Außenminister soll ein weiteres zentrales Thema des Treffens „Gesundheit“ sein. Nach den Erfahrungen mit der Corona-Pandemie wollten die USA einen „Aktionsplan für Gesundheit und Resilienz der Amerikas bis 2030“ durchbringen, der „viele neoliberale Elemente und Mängel im Hinblick auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen“

beinhalte. Er schließe zudem Kuba und andere Mitgliedstaaten der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation aus, so Rodríguez.

Die OAS wurde 1948 in Kolumbien gegründet und hat ihren Sitz in Washington. Venezuela leitete 2017 das Austrittsverfahren aus der Organisation ein, Nicaraguas Regierung tat dies Ende April. Begründet wurde der Schritt mit der Einmischung in innere Angelegenheiten. Kuba war 1962 ausgeschlossen worden und trat trotz erneutem Angebot 2009 nicht wieder in die Organisation ein. Die OAS vertrete nicht die Interessen der Völker und sei das „Kolonialministerium der USA“, so die sozialistische Regierung.

Marcel Kunzmann, *amerika21*

### Honduras

#### Kongress einstimmig gegen Sonderwirtschaftszonen (ZEDEs)

Am 20. April hat der honduranische Kongress sich einstimmig für die Aufhebung der Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklungszonen (ZEDE) entschieden. Die „Modellstädte“ oder „Charterstädte“ waren von Anfang an stark umstritten. Eine Zweidrittelmehrheit (86 Stimmen) wäre ausreichend gewesen, um das Projekt abzuwenden, doch schlossen sich alle 128 Mitglieder des Kongresses der Initiative an. Damit der Beschluss rechtskräftig wird, muss er in der nächsten Legislaturperiode (2023) ratifiziert, dann von Präsidentin Xiomara Castro genehmigt und schließlich im Amtsblatt veröffentlicht werden. Alle in den letzten Jahren bereits erteilten Konzessionen wären damit hinfällig.

Parallel zur immer massiveren Umsetzung des ZEDE-Konzepts in den letzten Jahren nahm auch der Protest in der honduranischen Gesellschaft zu. Die Aufhebung der Sonderzonen avancierte dabei zu einer der wichtigsten Forderungen an die neuen Behörden.

Vor etwa zehn Jahren hatte der Kongress eine Verordnung zur Schaffung von Sonderentwicklungsregionen (*Regiones Especiales de Desarrollo – RED*) verabschiedet. Die vom US-Wirtschaftswissenschaftler Paul Romer konzipierten REDs basierten auf der Idee, große staatliche Gebiete mit einem sehr hohen Maß an Autonomie auf

unbestimmte Zeit dem transnationalen Kapital anzubieten, um angeblich Arbeitsplätze zu schaffen. Ausgehend von Romers Idee wurde das Konzept der ZEDEs entwickelt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und juristische Organisationen kritisierten das Projekt, breite Teile der honduranischen Gesellschaft schlossen sich der Kritik an.

Im ganzen Land wurden Unterschriften gesammelt und mehr als 50 Anzeigen wegen Verfassungswidrigkeit eingereicht. Der Verband Juristen für den Rechtsstaat beschuldigte den damaligen Präsidenten Porfirio Lobo, den Kongresspräsidenten Juan Orlando Hernández und 126 Abgeordnete offiziell des Hochverrats. Vier der fünf Richter der Verfassungskammer stellten die Verfassungswidrigkeit des Projekts fest und auch der Oberste Gerichtshof erklärte es für verfassungswidrig. Der Kongress ließ jedoch die vier „rebellischen“ Richter absetzen und segnete alle für die Einrichtung der ZEDEs notwendigen Verfassungsänderungen ab.

Sieben Jahre später wurden die ersten ZEDEs (*Roatán, La Ceiba, Choloma, Choluteca*) eingerichtet. Für ihre wirtschaftlichen Aktivitäten wurde ausländischen Investoren nun völlige Autonomie bezüglich ihrer Steuer-, Zoll-, Arbeits-, Justiz- und Sicherheitspolitik gewährt. Als der Kongress Ende Mai 2021 weitere Steuerbefreiungen und -vergünstigungen sowie die Einrichtung einer Sondergerichtsbarkeit beschloss, nahmen die Proteste nochmals zu. Mit der Abstimmung am 20. April wurde nun das gesamte Projekt für verfassungswidrig erklärt.

Xiomara Castro dankte dem Kongress für die Entscheidung: „Die Erfüllung dieses Versprechens ist ein weiteres Element unseres Neubeginns“. Mit der Abschaffung der ZEDEs wurde eines von Castros Wahlversprechen somit in weniger als drei Monaten erfüllt.

Giorgio Trucchi, *Poonal*

### El Salvador

#### Massenverhaftungen sprengen Gefängniskapazitäten

Seit Ausrufung des Ausnahmezustands wurden bis Anfang Mai so viele Menschen verhaftet, dass der Platz in den Gefängnis-



sen nicht mehr ausreichte. Ohne vorherige Debatte hat daraufhin das Parlament ein Gesetzespaket verabschiedet, das unter anderem den Bau neuer Haftanstalten vorsieht. Der Ausnahmezustand war am 27. März nach einer Welle von Bandenmorden verhängt (und dann bis Ende Mai verlängert) worden. Bis Ende April wurden über 18.000 Personen verhaftet, davon viele unter ungeklärten Umständen.

Welche Straftaten die inhaftierten Personen begangen haben sollen, ist vielfach nicht bekannt, aber während des Ausnahmezustands können Menschen bis zu zwei Wochen lang in Haft bleiben, ohne einem Richter vorgeführt zu werden. Außerdem wurde das Briefgeheimnis aufgehoben und die Überwachung der gesamten Kommunikation ohne richterliche Anordnung ermöglicht. Für Bandenmitglieder wurden härtere Strafen beschlossen und das Jugendstrafrecht außer Kraft gesetzt. Jugendliche werden vor Gericht nun wie Erwachsene behandelt.

Seit der Ausrufung des Ausnahmezustands ist immer häufiger von willkürlichen Verhaftungen die Rede. Wie ein Mitglied der Polizeigewerkschaft erzählte, wurden die Beamten aufgefordert, täglich eine bestimmte Quote von Festnahmen einzuhalten, bei Nichterfüllung droht Zwangsversetzung. Die Zeitung *La Prensa Gráfica* berichtete Mitte April vom Tod von vier Menschen im Gefängnis von Izalco, die während des Ausnahmezustands verhaftet wurden. Einem wurden dringend benötigte Medikamente vorenthalten, einer wurde von den Beamten geschlagen und starb an den erlittenen Verletzungen. Der offiziellen Version zufolge hatten die beiden kriminellen Banden angehört, ihre Familien hingegen erklärten, ihre Angehörigen seien in normalen Berufen tätig gewesen.

Ehemalige Bandenmitglieder sind durch die Sicherheitspolitik Bukeles besonders gefährdet. Viele haben den Namen der Bande, der sie angehörten, auf ihren Körper tätowiert; das reicht für eine Verhaftung. Nach dem neuen Gesetz kann auch jede Äußerung, die auf die „territoriale Kontrolle“ der Banden anspielt, mit bis zu 15 Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Verbreitung von Mitteilungen krimineller Vereinigungen, die in der Bevölkerung Panik auslösen könnten, ist verboten.

Der Journalistenverband APES und die Menschenrechtsorganisation *Cristosal* forderten die Verfassungskammer des Obersten Gerichtshofs auf, das Gesetzespaket für verfassungswidrig zu erklären. Auf einer Pressekonferenz erklärte Ruth López, Leiterin der Abteilung von *Cristosal* für Korruptionsbekämpfung und Justiz, die neue Regelung bedeute eine massive Einschränkung der Pressearbeit und untergrabe das Recht der Bevölkerung auf Information. Auch APES-Präsident César Castro sagte, das Gesetzespaket bedeute eine faktische Einschränkung der Pressefreiheit. Dagegen verwies Präsident Bukele auf eine Umfrage des Unternehmens CID Gallup, der zufolge die von seiner Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen breiten Rückhalt in der Bevölkerung haben. Angeblich stehen 78 Prozent der Salvadorianer:innen „voll und ganz“ hinter der Politik der Regierung.

*Poonal*

## Kolumbien

### Falsos Positivos: Soldaten sagen vor Sonderjustiz für den Frieden aus

Militärangehörige haben Ende April vor der Sonderjustiz für den Frieden (JEP) zugegeben, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Sie werden für den Tod von insgesamt 120 Zivilist:innen in den Jahren 2007 und 2008 in der Region Catatumbo verantwortlich gemacht.

Unter der Regierung von Álvaro Uribe (2002-2010) ermordeten Soldaten der kolumbianischen Streitkräfte während des bewaffneten Konflikts Zivilpersonen, die sie als im Kampf gefallene Guerillaangehörige ausgaben, um „Erfolge im Kampf gegen die Terroristen“ zu präsentieren, Quoten zu erfüllen und Prämien zu erhalten. Einem veröffentlichten Untersuchungsbericht des Gerichts zufolge ist die Armee im Zuge der sogenannten *Falsos Positivos* für den Tod von 6.402 Zivilist:innen verantwortlich. Mit dieser Praxis einher geht die Stigmatisierung der Opfer als Kriminelle und Terrorist:innen.

Die Sonderjustiz für den Frieden wurde im Rahmen des 2016 zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation Farc-EP geschlossenen Friedensabkommens geschaffen und ist seit März 2018 aktiv. Als

Instrument der Übergangsjustiz ist sie verantwortlich für die juristische Aufarbeitung von im Konflikt begangenen Verbrechen und für die Verurteilung von (in)direkt beteiligten Akteur:innen von Guerillagruppen, des Militärs, der paramilitärischen Organisationen und Zivilist:innen. Die Anhörung zu den *Falsos Positivos* ist die erste dieser Art. Nie zuvor haben in Kolumbien Militärangehörige vor Gericht Kriegsverbrechen an Zivilist:innen zugegeben.

Insgesamt sagten zehn Soldaten – alle Mitglieder der 15. Mobilbrigade Santiago Herrera Fajardo – sowie eine Zivilperson zu den von ihnen verübten Verbrechen in der Region Catatumbo aus. Das ländliche Gebiet liegt im Nordosten der Provinz Norte de Santander an der Grenze zu Venezuela und ist nach wie vor besonders stark vom bewaffneten Konflikt betroffen. Der Unteroffizier Néstor Guillermo Gutiérrez gab in der Anhörung zu, dass seine Einheit gezielt Zivilist:innen rekrutierte, um sie dann zu töten und als gefallene Guerilleros zu präsentieren. Er gab der Regierung von Präsident Uribe eine Mitschuld, da diese Ergebnisse habe sehen wollen und Druck gemacht habe.

Gutiérrez sprach von einer durch ihn geschaffenen kriminellen Struktur innerhalb der Einheit. Er habe sich gegenüber seinen Vorgesetzten – den Generälen Mario Montoya Uribe und Carlos Ovidio Saavedra Sáenz – rechtfertigen müssen. Durch Druck auf seine Untergebenen und finanzielle Anreize oder Sonderurlaub für besonders hohe „Fallzahlen im Kampf“ habe er „die Kriegsdynamik umgesetzt, die von der damaligen Armeeführung vorgegeben wurde“. Im Fall von Catatumbo sollen die Täter nicht zu Gefängnisstrafen verurteilt werden, sondern Wiedergutmachungsmaßnahmen wie Hausarrest oder Arbeit leisten.

Die Opferverbände fordern indes die Offenlegung der Identitäten der auf höchster politischer Ebene Verantwortlichen für diese Verbrechen. Im Juli veröffentlicht die JEP die Abschlussberichte zu den Anhörungen und Aussagen der Ex-Militärs. Dann soll ein Friedenstribunal die ersten Urteile sprechen.

*Alexandra Schmeil, amerika21*



## Ungesühnte Verbrechen



**Jan Stehle: Der Fall Colonia Dignidad. Zum Umgang bundesdeutscher Außenpolitik und Justiz mit Menschenrechtsverletzungen 1961-2020**  
transcript-Verlag, Bielefeld, 2021,  
642 Seiten, € 29,-

„Der Fall Colonia Dignidad ist eines der dunkelsten Kapitel der bundesdeutschen Geschichte und bis heute in großen Teilen nicht aufgearbeitet. In der von deutschen Staatsbürgern in Chile gegründeten Siedlung wurde zwischen 1961 und 2005 missbraucht, misshandelt, gefoltert und gemordet. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichteten früh darüber, das Auswärtige Amt und die bundesdeutsche Justiz schritten jedoch nicht ein“, heißt es im Verlagstext.

Hier wird tiefgestapelt! Die Dissertation von Jan Stehle ist ein Standardwerk, das Beste, was es zum Thema gibt. „Fakten sind stärker als Theorie“, schrieb der Historiker Eric J. Hobsbawm. Stehle kommt ohne die üblichen, langatmigen Theoriekontextualisierungen aus. Detailliert, ausdauernd und akribisch hat er die Entstehung und Entwicklung der *Colonia Dignidad* (CD) in Deutschland und Chile hin zu einer kriminellen Organisation und einem „Schlüsselakteur im Repressionsapparat der chilenischen Militärdiktatur“ sowie ihre internen und externen Verbrechen recherchiert. Dabei konnte er auch auf bisher unzugängliche Quellen – Gerichtsprotokolle und insbesondere das Geheimarchiv der CD – zurückgreifen. Oft wurde die behördliche Mauer des Schweigens durchbrochen, indem beherzte Menschen ihm Dokumente „überließen“. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht die Tatenlosigkeit der deutschen Behörden. Diese hätten hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte versagt und sich mitschuldig gemacht. Zu möglichen

Beweggründen dafür äußert sich Stehle nur wissenschaftlich-vorsichtig.

In der Tat: Im Wesentlichen erfährt man wenig wirklich Neues. Aber es ist eben nun sauber wissenschaftlich dokumentiert! Bemerkenswert: Das Ausmaß der Waffenproduktion und des Waffenhandels durch die CD war wohl erheblich größer als bisher angenommen und die Zusammenarbeit mit der Pinochet-Diktatur umfassender und enger. „Darüber hinaus versorgte die CD die Repressionsorgane der Diktatur mit Waffen, Kommunikationstechnologie und Know-how. Sie schulte Angehörige des Militärapparats in geheimdienstlichen Methoden, Foltertechniken sowie der Handhabung von Waffen und Sprengstoff. Als Teil ihrer Allianz mit der Diktatur betrieb die CD ein Spionage- und Spitzelnetzwerk, das nicht nur der Bekämpfung der linken Opposition gegen die Diktatur diente, sondern die Loyalität von Angehörigen der Militärregierung, der verschiedenen Waffengattungen und ihrer jeweiligen Geheimdienste überprüfte.“ Ein Ex-Agent des Pinochet-Geheimdienstes DINA berichtete in einer gerichtlichen Vernehmung (vom 25. 4. 2007) darüber, wie überrascht er und seine Kollegen seinerzeit über das hochmoderne technologische Niveau der Colonia waren, insbesondere was Kommunikations- und Überwachungstechnologie betrifft; Technologie, die ihnen zum Teil noch unbekannt war. Und erneut stellt sich dem Autor dieser Rezension die Frage: Wie war es möglich, dass hier offenbar der Schwanz mit dem Hund wedelte? Wie konnten ein mäßig gebildeter Laienprediger und seine Jünger in der tiefen chilenischen Provinz und lange vor Internet-Zeiten über Anschaffung und Handhabung moderner Militärtechnologie Bescheid wissen? Welche Rolle spielten ausländische Geheimdienste? Kontakte zwischen chilenischem Geheimdienst, der *Colonia Dignidad* und dem BND sind dokumentiert. Diente ihnen die CD als Sprungbrett für ihre Aktivitäten in Chile? Die Archive des BND bleiben weiter eisern verschlossen. Doch die politischen Rahmenbedingungen für eine Öffnung sind heute in Berlin wie in Santiago besser denn je. Einstweilen kommt hier auch Stehle nicht weiter und enthält sich in seiner Dissertation informierten Spekulationen, wie sie anderenorts gewagt worden sind. (vgl. robert-lessmann.com/am-schauplatz-chile-colonia-dignidad)

**Robert Lessmann**

## Von einem der auszog, die „Anderen“ zu begreifen



**Tom Waibel: Masken des Widerstands. Spiritualität und Politik in Mesoamerika**  
Löcker, Wien 2022, 504 Seiten, € 34,80

Als im Herbst 2021 eine fast 200-köpfige Delegation von Zapatist:innen ihre „Reise für das Leben“ zur friedlichen Rückeroberung Europas über Wien antraten, hätte niemand daran geglaubt, dass in Zeiten der Pandemie so etwas möglich sein kann. Der Autor, Philosoph und Aktivist Tom Waibel war maßgeblich für das Gelingen dieser Unmöglichkeit vor Ort mitverantwortlich. Mit seiner Dissertation, 2006 am Philosophischen Institut der Uni Wien vorgelegt, hatte er sich, einer anarchistischen Tradition folgend, zwischen alle wissenschaftlichen Stühle gesetzt.

Jahre später, angeregt durch den Besuch der Delegation, mit einem aktualisierten und erweiterten Schlusskapitel versehen, legt er nun mit *Masken des Widerstands. Spiritualität und Politik in Mesoamerika* seine mehr als 500-seitige Arbeit vor. In vier Hauptkapitel unterteilt, zeigen bereits die Überschriften, dass Tom Waibel sich ausführlich mit dem Begriff und der Funktion der Maske auseinandergesetzt hat. Packend wie Krimilektüre vom Feinsten beschreibt er die komplexe und grausame Unterdrückungsgeschichte Mesoamerikas und die widerständigen Praxen der indigenen Bevölkerung. Hierzu dienten Maskierungen aller Art: sei es durch schweigende Subversion oder durch die Schimützen der Zapatist:innen, um sich den gängigen Vorstellungen und dem Blick „der Anderen“ zu widersetzen und zu entziehen.

Als die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) im Januar 1994 aus dem Regenwald der Selva Lacandona hervortrat und der mexikanischen Regierung den bewaffneten Kampf erklärte, richtete sich der Fokus der Weltöffentlichkeit augen-

blicklich auf diesen außergewöhnlichen Aufstand. Die widerständigen Praxen haben ihre Wurzeln in der Kultur und Lebensweise der mesoamerikanischen Bevölkerungen, vor allem der Tzotzil, Tzeltal, Tojolabal und Ch'ol. Ihre überlieferte Kosmologie und spirituelle Verbindung zur Natur, aber auch ihre lange Geschichte des Widerstands waren seit Jahrhunderten und trotz aller Grausamkeiten wirkmächtige Instrumentarien gegen die Eroberer.

Der Nachhall von Schock und Grauen schreibt sich allerdings ins Körpergedächtnis ein: „Nun stellte er mir seine Kinder vor und ich begrüßte eins nach dem anderen. Als aber die Reihe an die Jüngste kam, brach das kleine Mädchen in ein herzerreißendes Heulen und Wehklagen aus. Ihr Schreien wurde umso lauter, je mehr ich mich bemühte, sie zu beruhigen. Es fiel mir nicht leicht, ihren Schrecken und meine Anwesenheit zusammen zu denken. [...] Auf mein Fragen hin erklärte mir mein Retter, dass das Mädchen Angst davor hatte, mitgenommen und verspeist zu werden. ‚Man sagt, die Weißen stehlen kleine Kinder und fressen sie auf.‘“ Selten war man sich selbst so fremd und vertraut zugleich wie bei der Lektüre von *Masken des Widerstands*.

Elisabeth Streit

## Dekolonisierung und Emanzipation



Jens Kastner: *Dekolonialistische Theorie aus Lateinamerika. Einführung und Kritik*. Unrast Verlag, Münster, 2022, 208 Seiten, € 16,95

Eine verdienstvolle Arbeit. Die Literatur zum Thema boomt. Bewegungen und Staaten haben sich eine Entkolonialisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Beziehungen vorgenommen (vgl. u.a. Art.9/1 Constitución Política del Estado Plurinacional de Bolivia). Kastner sezziert

hier die klassischen (nicht ausschließlich lateinamerikanischen) Ansätze aus verschiedenen Perspektiven: Marxismus, Moderne, erkenntnistheoretische, praktisch-politische, dependenztheoretische, feministische Perspektive einschließlich eines Exkurses zum Zapatismus, der unter anderem schon als „gelebte Dekolonialität“ interpretiert worden ist; ein Beispiel und geradezu paradigmatischer Fall einer dekolonialistischen Bewegung.

Dass es sich dabei um keine leichte Lektüre handelt, liegt am Thema, nicht am Autor. Das kenntnis- und gedankenreiche Buch liefert aber auch für Nichtakademiker:innen wertvolle Denkanstöße und Begriffsklärungen – wie zum Beispiel beim „Volk“ (*pueblos indígenas*) – sowie Fragestellungen wie: Kann auch emanzipatorisch, progressiv etc. sein, wer nicht zum Volk, zur Klasse gehört oder wer nicht indigen ist? Oder andersherum: Ist das Volk, die Arbeiterklasse, sind die Indigenen per se emanzipativ/progressiv? Fragen, die die Mühe lohnen. Und Kastner wagt im letzten Absatz auch eine Antwort: „Die nicht oder wenig repräsentierten, zu keiner hegemonialen Form sich durchsetzenden Gruppen von Menschen sollten selbstverständlich immer auch im Fokus einer an der Abschaffung sozialer Ungleichheit interessierten Sozialforschung und Sozialtheorie stehen. Allerdings: An Erfahrungen und Ideen aus diesen nicht repräsentierten, marginalisierten Positionen ansetzen, muss – anders als das Gros dekolonialistischer Theorieansätze es nahelegt – nicht notwendigerweise bedeuten, sie als emanzipatorisch vorauszusetzen und/oder per se inhaltlich zu befürworten“.

Robert Lessmann

## Migration aus Kuba



Leonardo Padura: *Wie Staub im Wind*. Unionsverlag, Zürich, 2022, 515 Seiten, € 26,80

Wer ist die Mutter von Adela? Im neuen Padura ermittelt nicht sein Teniente/Detectiv Mario Conde. Wir ermitteln selbst, über 500 Seiten. Kein Kriminalfall diesmal, obwohl Kunstraub und Drogenhandel im Geheimdienstmilieu eine Rolle spielen. Der Schauprozess gegen die hochdekorierten Militärs beziehungsweise Polizisten General Arnaldo Ochoa und Tony de la Guardia dient als reale Hintergrundkulisse (dokumentiert im Buch: „Causa 1/89“), wie oft bei Padura. Aber hier nur schemenhaft. Er endete 1989 mit Todesurteilen.

Es ist ein Roman über Migration und das Leben in der Diaspora. 2,4 Millionen Kubaner:innen sollen heute im Ausland leben; seit der Revolution von 1959 sind es inklusive Nachkommen sicher erheblich mehr. Auf der Insel leben elf Millionen. Familientüberweisungen sind der wichtigste Devisenbringer und sichern ein Überleben in der Dauerkrise. Vielfach schlägt man sich auch mit halbseidenen Geschäften durch. „Manche verdienen einen Haufen Geld, andere kommen gerade so durch, aber alle müssen sich etwas einfallen lassen. Meine Generation ist in einer Zeit aufgewachsen, als es nichts gab und geglaubt haben wir dabei auch an nichts.“

Schonungslose Alltagseinblicke. Die Romane von Leonardo Padura gelten als die besten soziologischen Studien über die Insel. Im eigentlichen Sinn gibt es ja keine. Auch diesmal wird im Hintergrund wieder viel Alltagsleben geschildert, vielleicht weniger zielgenau als sonst, dafür ausführlicher und bedrückender. Es geht schließlich ums Weggehen. Padura begleitet eine Gruppe von Freunden, die über drei Jahrzehnte in alle Winde zerstreut wird. Die Flößerkrise von 1994 kommt vor und auch die Zulassung freier Bauernmärkte, die ab 1996 eine gewisse Entspannung bei der Versorgungslage brachte für jene, die es sich leisten konnten. Geändert hat sich unter dem Strich nicht viel. Nicht nur die Armut treibt sie hinaus, auch die Perspektivlosigkeit. Und die Bevormundung: Die Übertragung eines Konzerts von „The Mamas and the Papas“ war verboten worden „weil ein Jemand an höchster Stelle beschlossen hatte, ihre Musik sei ideologisch zersetzend, weshalb dieser Jemand seine Entscheidung als Schutzmaßnahme



darstellte, ohne dass ihn jemand um Schutz gebeten hätte.“ Und das immerwährende, diffuse Gefühl, bespitzelt zu werden. „Das lange Dasein unter solch elenden wirtschaftlichen Bedingungen hatte zu menschlichen und moralischen Verwerfungen geführt, die zweifellos schwerer zu beheben waren als alle materiellen Entbehrungen.“ Doch über allem ist es ein Buch über die Liebe zu Kuba und die Kraft der Freundschaft.

**Robert Lessmann**

## Teilhabe im Alter



**Christel Wasiek: Seniorenhilfe weltweit – Erfahrungen in Lateinamerika**  
Herder Verlag, Freiburg, 2021 S. 192, € 18

Fast jeder zehnte Mensch auf dieser Erde ist 65 oder älter. Weltweit am stärksten wächst der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung in Lateinamerika: Bereits heute leben in der Region 45 Mio. ältere Menschen, in dreißig Jahren werden es nach Schätzungen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) viermal mehr sein. Als Konsequenz der radikalen Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme während der neoliberalen Hochphase mit ihren Zwangsbeiträgen in aktienbasierte private Pensionsfonds mit exorbitanten Verwaltungskosten erwartet Millionen auf dem Subkontinent nicht Altersarmut, sondern Alterselend. Am Ende sind es Kleinstrenten in Höhe von 60 Euro oder wenig mehr, die nach einem jahrzehntelangen Arbeitsleben bleiben.

Aber bei Christel Wasieks Blick auf alte Menschen in Lateinamerika – mit ihren ausführlichen Länderbeispielen aus Uruguay, Mexiko, Kuba, Peru, Chile, Brasilien und Kolumbien – geht es neben dieser

schreienden Ungerechtigkeit um viel mehr als nur um ökonomische Aspekte: Sie fordert in ihrem Buch, in dem sie an den Lernerfahrungen ihres eigenen, jahrzehntelangen Engagements in Lateinamerika sowie an den Entwicklungen und Fortschritten von 50 Jahren Forschung auf dem Feld der sozialen Gerontologie teilhaben lässt, einen neuen Gesellschaftsvertrag, der älteren Menschen Autonomie, Teilhabe, gesellschaftliches und gemeinschaftliches Engagement bis zum Lebensende ermöglicht. Vorgestellt werden in diesem mit eindrucksvollen Fotos der Autorin illustrierten Band Ideen und Modellprojekte, die über Lateinamerika hinaus Hoffnung machen: etwa Beispiele für Mehrgenerationsarbeit, bei der ältere Menschen Kinder und Jugendliche begleiten und umgekehrt, zu gegenseitigen Mentor:innen werden. All das ist hochpolitisch, Teil eines länderübergreifenden Aufbegehrens gegen einen paternalistischen, auf bloße Fürsorgeaspekte reduzierten Umgang mit älteren Menschen.

**Jürgen Schübelin**

## Portrait eines Waffenschiebers

**Ursula Prutsch: Wer war Fritz Mandl. Waffen, Nazis und Geheimdienste**  
Molden Verlag, Wien-Graz 2022;  
304 Seiten, € 30,00

Was verbindet die Protagonistin eines vor über 40 Jahren erschienen Romans (*Pubis angelical*, Barcelona 1979) von Manuel Puig, dem vor allem durch den „Kuss der Spinnenfrau“ international bekannt gewordenen argentinischen Schriftsteller, mit einem Herrn Mandl aus Österreich? Sie wird mit Hedy Lamarr, einer der schönsten Schauspielerinnen des 20. Jahrhunderts und nun auch wegen ihres während des Zweiten Weltkriegs in den USA angemeldeten Patents zur Frequenzsprungtechnik Namensgeberin für einen Wissenschaftlerinnen-Preis, verglichen. Von Manuel Puig, der die Faszination des Mediums Film für Sinnggebung und auch Überleben in einem durch soziale und politische Bedingungen sowie durch genderspezifische Zuschreibungen geprägten System in seinen Romanen verarbeitet, wird der Ehemann

des Wiener Hollywoodstars immer nur als solcher, als Industrieller oder als größter Waffenhändler der Welt bezeichnet, aber nie namentlich genannt. Ihm wird von seiner Frau im Roman zugetraut, dass sein Ratschlag gleichermaßen von Chamberlain, Hitler, Mussolini und dem Weißen Haus in Anspruch genommen wird. Dichterische Freiheit, blühende Imagination? Mitnichten.

Ursula Prutsch, österreichische Lateinamerikanistin und Universitätsprofessorin in München, hat durch akribische Forschungsarbeit und unter Heranziehung des von der Familie Mandl zur Verfügung gestellten Archivs ein spannendes Portrait entworfen. Es umfasst die interessante Industriegeschichte zur Zeit der Österreich-Ungarischen Monarchie mit Schwerpunkt auf die Hirtenberger Patronenfabrik ebenso wie die Zwischenkriegszeit, die politische Nähe Fritz Mandls zur Heimwehr und deren Unterstützung, seine Bewunderung für Mussolini, dennoch auch Waffenlieferungen an die Republikaner im Spanischen Bürgerkrieg und an Mexiko. In Südamerika wurden im Chaco-Krieg (1932-1935) beide Konfliktparteien, Bolivien und Paraguay, versorgt.

Beim Einmarsch deutscher Truppen, am 12. März 1938, befand sich Mandl, der nach den „Nürnberger Rassegesetzen“ als „jüdischer Mischling“ galt, bereits in Südfrankreich, konnte aber mit den Nationalsozialisten die Übergabe seiner Firma und die Freilassung und Ausreise seines Vaters verhandeln. Am 11. August 1939 schiffte er sich nach Argentinien ein, wo er sich neue Geschäftsfelder erschloss und auch gute Kontakte zum dortigen Militär pflegte. Trotzdem stand er auf der schwarzen Liste der alliierten Geheimdienste und wurde als angeblicher „Nazi“ von Juan Perón für einige Wochen ins Gefängnis gebracht (1945). So kam er, der als überzeugter Österreicher galt, doch erst zehn Jahre später zurück. 1957 erhielt er die Firma restituiert. Und er produzierte und handelte weiterhin mit Kriegsmaterial bis ein Jahr vor seinem Tod 1977: ein Leben wie in einem Agententhriller mit all dem dazugehörigen Glamour. Es bleibt aber auch Verwunderung und Ungläubigkeit über die Unverfrorenheit des Rüstungsgeschäfts. Nicht allen gelingt – wie Hedy Lamarr – die Flucht vor Waffenhändlern...

**Brigitte Ghafouri-Schmidt**

## Gustavo Esteva (1936–2022)

**Gustavo Esteva starb am 17. März 2022 in Oaxaca, Mexiko. Die Globalhistorikerin Martina Kaller hat diesen Nachruf auf den einflussreichen Kritiker der Entwicklungsidee verfasst.**

„Repensar todo de nuevo“ – „Alles noch einmal überdenken“, pflegte Gustavo Esteva zu sagen. Das prägte sein Denken, sein Leben und sein Handeln.

So lautete auch der Titel einer Artikelserie, die er in der zweiwöchentlich erscheinenden Beilage der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* mehr als ein Jahr lang veröffentlichte. Gustavo bot den Lesern und Leserinnen verdauliche Versionen von Ivan Illichs Texten an und verwob dessen oft schwer zugängliche Ideen mit Geschichten.

Als wir Anfang der 1990er Jahre begannen, alles neu zu denken, übersetzte ich gerade sein Buch *Fiesta – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik* (Wien/ Frankfurt 1992, Neuauflage 1995). Ein Grund mehr, sich mit jenen Autoren zu beschäftigen, die Esteva maßgeblich beeinflusst hatten. Er war überzeugt, dass man sich, wie er sagte, „zu den Läusen am Kopf des Autors gesellen muss“, damit die Worte im Kontext der anderen Sprache spürbar werden. Ansonsten wäre es die Mühe nicht wert. Griffbereit fand ich in seiner Bibliothek seine Lektüre. Als Gast bei Gustavo und seiner Frau Nicole Blanc in San Pablo Etlá, einem kleinen Dorf in der Nähe der Stadt Oaxaca, genoss ich das Privileg, Zugang zu diesem Schatz zu erhalten. Wir führten unzählige, lange Gespräche, in denen er mich einlud, eigene Interpretationen vorzubringen, um mir schließlich seine näher zu bringen. Gustavo verpasste mir eine fruchtbare Gehirnwäsche. Meine Sicht auf Vieles, nicht nur in Mexiko, hat sich über die Jahrzehnte der Freundschaft und Zusammenarbeit tiefgreifend verändert.

In den 1990er Jahren erschütterten viele Krisen Gustavos Heimatland. Voraus ging im Jahr 1985 das verheerende Erdbeben in Mexiko-Stadt. Nach dieser Katastrophe, meinte Esteva, würden die Dinge nie wieder so werden, wie sie waren. Mexikos Streben, von einem Entwicklungsland zu einem Schwellenland aufzusteigen, lag buchstäblich in Trümmern. Der Staat der Bürokraten befand sich auf dem Rückzug. Die

Stunde der Basisbewegungen war gekommen. Die damit einhergehende Wiederentdeckung indigener Kulturen gipfelte am 1. Januar 1994 im Aufstand der Zapatist:innen. Gustavo wurde unmittelbar danach in das Beratersteam der Aufständischen nach Chiapas berufen. Die Idee der Autonomie als politische Möglichkeit in einer multikulturellen Gesellschaft hatte ihn schon lange fasziniert und beflügelt. Es bot sich die Gelegenheit, Autonomie zu verhandeln. Er erfüllte seine Aufgabe auch bei den Friedensverhandlungen von San Andrés, als er Bischof Samuel Ruiz beistand, die militärische Konfrontation zwischen der mexikanischen Zentralmacht und dem bewaffneten Arm der zapatistischen Aufständischen beizulegen.

Gustavo, selbst ein begnadeter Meister der Feder, konnte von den Kommuniqués des Subcomandante Marcos nicht genug bekommen. Wie ähnlich waren doch Gustavos und Marcos Ansichten. Er teilte mit den Zapatist:innen Begriffe, Konzepte, Metaphern und die tiefe Hoffnung, dass es Alternativen gibt.

International wurde Esteva für seine harsche Entwicklungskritik bekannt. Er behauptete und machte uns klar, dass Entwicklung allen schadet. Er sagte: „Entwicklung stinkt.“ Wir hatten in diesem Odeur vergessen, was ein gutes Leben bedeutet. Hatten es eingetauscht gegen die Versprechen des technischen Fortschritts, von formaler Schulbildung und Wirtschaftswachstum. Dafür bezahlen wir nun mit einer verheerenden Umweltzerstörung. Immer rasanter griff die Globalisierung des kolonialen Lebensstils um sich. Unsere Erde kann nicht mehr. Es ist Zeit zu handeln. Gleichzeitig gilt es „noch einmal alles zu überdenken“. Das ist kein Widerspruch.

Gustavo Esteva ist Autor und Herausgeber von mehr als 40 Büchern, schrieb hunderte Aufsätze in akademischen Zeitschriften und Büchern, unzählige Zeitungsartikel und Kolumnen. Er hielt Vorträge in der ganzen Welt und lehrte an vielen Uni-



© Desinformémonos

versitäten von Kanada bis Chile; auch in Wien und anderen Orten Europas. Gustavo hat seine akademischen (und anderen) Titel nie verwendet. Er nannte sich einen herumstreifenden Geschichtenerzähler. Das war er, ein strenger Analytiker ebenso.

Gustavo Esteva spielte eine zentrale Rolle bei der Gründung des unabhängigen Lernexperiments *Universidad de la Tierra* (UNITIERRA) in Oaxaca Stadt. Ein zapotekischer Intellektueller hatte den Namen vorgeschlagen. Er fand, dass die UNITIERRA ein Ort mit Bodenhaftung sein sollte. Gustavo gefiel das und UNITIERRA hat sich vom ersten Moment an an ein Prinzip gehalten: Hier lernt man durch Tun. Unterschiedlichste Aktivitäten, regionale und internationale Projekte, intensive Lerneinheiten und natürlich die unvergesslichen *Tertulias* (offene Seminare, bei denen jede und jeder willkommen ist) wurzeln im unerschöpflichen Wissen der Indigenen sowie den reichhaltigen Erfahrungen der sozialen Bewegungen im Süden Mexikos.

Ich habe den großzügigsten Mentor, Lehrer, Inspirator und Begleiter auf meiner eigenen intellektuellen und persönlichen Reise verloren. Mit ihm geht sein Optimismus nicht verloren, schon gar nicht seine Gastlichkeit und unerschütterliche Überzeugung, dass die Kraft aus Freundschaft erwächst und durch die Freundschaft die Kraft.

Gustavo Esteva darf in Frieden ruhen. Wir bleiben unruhig in diesen schwierigen Zeiten. ○

**Martina Kaller, Wien, am 20. März 2022**

Hinweis: Ein Text von Gustavo Esteva ist im Sammelband "Entwicklungstheorien" (=GEP Bd. 17) zu finden, im Abschnitt "Post-Development", S. 348-350.